

Entwurf eines Reglements

zur

Bildung des Kurländischen ritterschaftlichen Bankvereins.

Vorgetragen auf dem ordinären Landtage 1822.



Inhaltsverzeichnis

des

Reglements für den Kurländischen Bankverein.

Kapitel.	Inhalt.	Artikel.
	Erster Theil.	
I.	Allgemeine Grundsätze des Kurländischen Bankvereins . .	1 bis 31.
II.	Von der Natur und den Vorzügen der Pfandbriefe	32 — 60.
III.	Von dem General- und Specialverzeichnis der in jedem Johannistermin auf die associirten Güter ausgefertigten Pfandbriefe	61 — 72.
IV.	Von der Beytritts- und Darlehnsfähigkeit der Personen und Güter zu dem Bankverein	73 — 87.
V.	Von der Verwaltung des gesammten Kurländischen Kredit- wesens und der dabey stattfindenden Kontrolle im Allge- meinen	88 — 93.
VI.	Von den Gliedern der Bankdirektion und ihrer Wahl . . .	94 — 119.
VII.	Von den Kreisuratoren, ihrer Wahl und Obliegenheiten .	120 — 129.
VIII.	Von den Geschäften des Direktionskollegii	130 — 154.
IX.	Von der Vollziehung der von der Direktion ausgehenden Verfügungen	155 — 166.
X.	Von der Kontrolle der Bankdirektion:	
	a) Von dem engern Ausschuß	167 — 183.
	b) Von dem Generalkonvent oder der allgemeinen Socie- tätsversammlung	184 — 209.

Kapitel.	Inhalt.	Artikel.
Zweyter Theil.		
XI.	Von dem Verfahren bey nachgesuchten Pfandbriefsdarlehen und von der Ausfertigung und Eintragung der Pfandbriefe	210 bis 229.
XII.	Von der Einzahlung der Pfandbriefszinsen	230 — 241.
XIII.	Von der Auszahlung der Zinsen an die Pfandbriefsinhaber und Gläubiger der Bank	242 — 250.
XIV.	Von Beytreibung der rückständig gebliebenen Zinsen durch Sequestration	251 — 280.
XV.	Von der dem schuldblos unglücklichen Gutsbesitzer wegen der Zinszahlung zu gestattenden Nachsicht	281 — 298.
XVI.	Von Ergänzung der ausbleibenden Zinsen und dem Verfahren bey Aufnahme von Darlehen	299 — 308.
XVII.	Von dem Verfahren bey angebotenen Darlehen	309 — 317.
XVIII.	Von der Aufkündigung, Bezahlung und Einlösung der Pfandbriefe	318 — 334.
XIX.	Von dem öffentlichen Aufgebot verloren gegangener oder entfremdeter Pfandbriefe und unbekannter Pfandbriefsinhaber	335 — 355.
XX.	Von dem eigenthümlichen Fonds der Bank und seiner Bildung	356 — 363.

Erster Theil.

Kapitel I.

Allgemeine Grundsätze des Kurländischen ritterschaftlichen Bankvereins.

Artikel 1.

Der Kurländische ritterschaftliche Bankverein bestehet in der vom Staat sanktionirten Verbindung der Kurländischen Gutsbesitzer, für die auf ihre Güter aus der Kreditbank gegebenen Darlehne mit ihrem derselben namentlich verhafteten Grundeigenthum solidarisch aufzukommen.

Art. 2.

Er zweckt dahin ab, den Realkredit zu befördern, das Interesse des Grundeigenthümers mit dem des Geldeigenthümers zu vereinbaren, den Geldwucher zu verhindern, und den Schuld- und Konkursprocessen so viel wie möglich vorzubeugen.

Art. 3.

In dieser Absicht werden, unter der Garantie der verbundenen Gutsbesitzer, privilegierte Pfandbriefe auf die einzelnen Güter, nach vorhergegangener reglementsmäßiger Ausmittlung ihres Werthes, ausgefertiget und in Umlauf gesetzt, deren Vorzüge und Beschaffenheit am gehörigen Orte entwickelt sind.

Art. 4.

Die Gesamtheit der zu dem obigen Zweck verbundenen Grundeigenthümer, es mögen dieselben aus dem Kreditverein Dahrlehne empfangen haben, oder demselben auch nur beygetreten seyn, um dereinst Dahrlehne zu erhalten, oder um durch ihren Beytritt die zu leistende Garantie zu verstärken, bildet eine Societät, deren Verfassung, so wie ihre Rechte und Pflichten, das gegenwärtige Reglement bestimmt.

Art. 5.

Ueber die Aufrechthaltung der darin enthaltenen Gesetze und die Verwaltung des Societätsvermögens, welches die Kreditbank bildet, wacht eine von den Grundeigenthümern gewählte Direktion.

Art. 6.

Jedes gegenwärtige und künftige Mitglied des Vereins ist durch seinen Beytritt und Aufnahme in denselben den Gesetzen des Reglements, so wie im Uebertretungsfall den darauf gesetzten Strafen, unterworfen.

Art. 7.

Zur Aufnahme in die Societät ist jeder Grundeigenthümer geeignet, dessen Dispositionsfähigkeit weder durch Gesetz noch Vertrag beschränkt ist, und dessen Gut die reglementsmäßige Sicherheit gewährt.

Art. 8.

Vormünder können nur nach zuvor eingeholter und beygebrachter Genehmigung der obervormundschaftlichen Behörde mit den Gütern ihrer Pflegebefohlenen dem Bankverein beytreten, es mag die Vormundschaft wegen Minderjährigkeit, Verschwendung, oder wegen einer andern moralischen Unfähigkeit angeordnet seyn. War aber das auf eine unter Kuratel stehende Person vererbte Gut schon früher der Bank verhaftet, so bleibt auch solches nach wie vor den Gesetzen des Reglements unterworfen. Zur Belegung von Pupillengeldern bey der Bank bedarf es keiner obervormundschaftlichen Autorisation.

Art. 9.

Erbpfandbesitzer haben in Absicht der Aufnahme mit den Grundeigenthümern gleiche Rechte.

Art. 10.

Die Sicherheit des mit Pfandbriefen zu belegenden Guts setzt die Ausmittlung seines Werthes voraus. Dieser wird bestimmt:

- a) entweder durch den letzten gehörig dokumentirten Einkaufspreis, bis zum letzten December des Jahres 1821, oder
- b) durch Abschätzung des Gutes nach den taxmäßigen Grundsätzen des Reglements, die da, wo die erste Werthbestimmung nicht statt findet, keine Ausnahme erleidet.

Art. 11.

Dient der Einkaufspreis zur Grundlage des Werths, so kann das Gut bis zur Hälfte desselben, im zweyten Fall aber bis auf zwey Drittel des taxmäßigen Werths mit Pfandbriefen belegt werden.

Art. 12.

Beytritt und Austritt in und aus dem Bankverein ist, nach der Natur des dem Institut zum Grunde liegenden Gesellschaftsvertrages, zwar lediglich Sache des freysten Willens, jedoch kann Keiner vor drey Jahren, und überhaupt nicht eher austreten, bevor er nicht die auf dem Gute eingetragenen Pfandbriefe abgelset hat.

Art. 13.

Aus der bloßen Abzahlung der Pfandbriefe allein folgt noch nicht der Austritt aus dem Verein, vielmehr ist dazu eine ausdrückliche schriftliche Willenserklärung erforderlich.

Art. 14.

Ein ausgetretenes Mitglied wird bey seinem Wiedereintritt als ein neu eintretendes behandelt, und sein Gut einer summarischen Revision, nach Anleitung

der reglementsmäßigen den Taxatoren vorgeschriebenen Grundsätze, unterzogen, um die seit der ältern Taxe etwa eingetretenen Veränderungen gegen seinen frühern Zustand und den davon abhängenden Werth auszumitteln.

Art. 15.

Wer ein mit Pfandbriefen belegtes Gut durch gerichtlichen Zuschlag oder durch einen Privatkauf erwirbt, der wird, so lange er solche nicht ablöst, in Absicht dieses Guts, als ein Mitglied des Vereins, in Absicht seiner übrigen nicht associirten Güter aber, als ein Fremder betrachtet.

Art. 16.

Ueber jedes in den Bankverein aufgenommene Gut wird ein geordnetes Hypothekenbuch geführt, und mit dessen Einrichtung und Anlegung nach der darüber an seinem Orte ertheilten Instruktion verfahren. (Confer. zweyter Anhang zum Reglement.)

Art. 17.

Die Namen derjenigen Güter, welche sich dem Bankverein associiren, und Darlehne erhalten, werden vor jedem Receptionstermin durch das Intelligenzblatt öffentlich bekannt gemacht.

Art. 18.

Die Kurländische Hülfssleihbank hat auf die mit Pfandbriefen belegten Güter nicht bloß ein vorzügliches Hypothekenrecht, wonach derselben keine Privatschuld vorstehen darf, sondern auch ein eventuelles Pfandrecht.

Art. 19.

Der Pfandbesitz selbst tritt aber erst dann ein, wenn der Grundeigenthümer seinen reglementsmäßigen Verpflichtungen nicht nachkommt, wenn er mit der Zinszahlung in Rückstand bleibt, oder wenn ein den Pfandbriefen nachstehender Gläubiger gegen ihn Realexecution ausbringt.

Art. 20.

Vor vollständiger Abfindung der Bank hat also kein nachstehender Gläubiger auf die Revenüen oder auf den Kauffchilling des Gutes einen Anspruch.

Art. 21.

Damit aber auch kein nachstehender Gläubiger der Bank vorspringen, oder diese in einen Rechtsstreit verwickeln kann, so wird jede von nachstehenden Kreditoren bey Einer Kurländischen Gouvernementsregierung nachgesuchte und zulässig befundene Realexekution zur Vollziehung an die Bankdirektion verwiesen. (Art. 263.)

Art. 22.

Vermöge dieses privilegirten Pfandrechts kann die Bank weder in einen Konkurs verwickelt, noch vor ihrer vollständigen und vorzüglichen Befriedigung in dem Pfandbesitz gestört werden. Sie ist nur verbunden, auf erfolgte gerichtliche Bekanntmachung, den Verlauf ihrer Forderungen in dem Konkurse schriftlich anzugeben.

Art. 23.

Zur Sicherheit des Interesse der Hohen Krone, der öffentlichen Anstalten, und aller sonstigen Gläubiger in- und ausserhalb den Gränzen des Kurländischen Gouvernements, soll weder eine Behörde, noch ein anderes vom Staate privilegirtes Institut, es habe Namen, welchen es wolle, besonders eine Reichsleihbank, ein Tutelkonseil, ein Findelhaus und ein Kollegium der allgemeinen Fürsorge, einem Kurländischen Gutsbesitzer eine Anleihe bewilligen, oder mit demselben auf den Realkredit seines Gutes einen Kronspoddrett oder anderweitigen Kontrakt abschließen, bevor sich nicht derselbe durch ein Attest der Bankdirektion darüber ausgewiesen hat, daß sein Gut nicht zum Bankverein gehört.

Art. 24.

Die Korrespondence der Bankdirektion, so wie die von ihr ausgehenden Verhandlungen und Ausfertigungen, sind als officiell von dem Gebrauch des Stempelpapiers befreyt.

Art. 25.

Da der Kurländische Bankverein durch die zu erwartende Allerhöchste Kaiserliche Sanction zu einer öffentlichen Anstalt erhoben wird, so hat er sich auch diesem gemäß des besondern Schutzes Einer Kurländischen Gouvernementsregierung und aller hohen und niedern Behörden dergestalt zu erfreuen, daß diese verpflichtet sind, dessen Interesse bey vorkommenden Fällen von Amtswegen wahrzunehmen, Schaden und Nachtheil aber auf geschehene Anzeige der Direktion abzuwenden, so wie überhaupt die Requisitionen derselben bey den auf die Kreditbank Bezug habenden Geschäften in Ausübung zu bringen.

Art. 26.

Diesem gemäß sind auch die Oberhauptmanns-, Hauptmanns- und Kreisgerichte gehalten, auf die Requisition der Bankdirektion bey vorkommenden Sequestrationen und Verpachtungen der Güter wegen rückständiger Kapital- und Rentenzahlungen, die erforderliche richterliche Hülfe unverzüglich und unweigerlich zu leisten.

Art. 27.

Die Bankdirektion bedient sich bey ihrer Geschäftsführung eines öffentlichen Siegels mit dem kaiserlichen Adler und der Umschrift:

„Direktion der Kurländischen ritterschaftlichen Hülfsleihbank.“

Auch genießt dieselbe gleich den übrigen Behörden die Postfreyheit.

Art. 28.

Da kein Gesetz auf den Wechsel der Zeit und auf unvorherzusehende Fälle berechnet werden kann, so soll es auch den Gliedern des Bankvereins und den Eigenthümern der associirten Güter gestattet seyn, in so fern eine längere Erfahrung Abänderungen oder Zusätze nothwendig macht, wodurch die Geschäftsführung und Verwaltung erleichtert wird, und das Institut an Vollkommenheit und Sicherheit gewinnt, Beschlüsse abzufassen und solche der Kurländischen Gouvernementsregierung zur Publikation einzureichen.

Art. 29.

Vorschläge dieser Art müssen schriftlich unter Anführung aller dafür sprechenden Gründe von der Direktion dem Konvent vorgetragen, von dem letztern geprüft und darüber abgestimmt werden.

Art. 30.

Ein gültiger Beschluß setzt aber eine Generalversammlung und ferner die Anwesenheit von wenigstens der Hälfte der Societätsmitglieder voraus. Bey der Abstimmung selbst entscheidet die Mehrheit der Stimmen. (Art. 192.)

Art. 31.

Sollte wider Verhoffen eine Abänderung in der Grundverfassung der Bank nöthig werden, so muß darüber die Allerhöchste Kaiserliche Genehmigung und Bestätigung eingeholt und abgewartet werden. Auch kann ein solcher Vorschlag nur dann statt finden, wenn wenigstens zwey Drittel der Generalversammlung darüber einig sind.

Kapitel II.

Von der Natur und den Vorzügen der Pfandbriefe des Kurländischen ritterschaftlichen Bankvereins.

Art. 32.

Die Artikel 3. erwähnten Pfandbriefe der Kurländischen ritterschaftlichen Kreditbank sind Hypothekeninstrumente, welche von der Direktion des Bankvereins, als gesetzmäßigen Stellvertretern der verbundenen Gutbesitzer, auf ihre Güter dergestalt ausgefertigt werden, daß die Gesamtheit derselben für die Sicherheit der darin verschriebenen Kapitalsumme, so wie für die pünktlichste Zinszahlung, dem Pfandbriefsinhaber aufkommt. (Art. 1.)

Art. 33.

Zur Erreichung der höchstmöglichen von der Societät zu vertretenden Sicherheit wird ein Pfandbriefsdarlehn, in Gemäßheit der Artikel 10. und 11., nach bewandten Umständen entweder auf die Hälfte des Erwerbspreises oder auf zwey Drittel des taxmäßigen Werthes eines associirten Gutes bewilliget, auch darf demselben in dieser Summe des reglementsmäßigen Werthes keine ältere Hypothekenschuld fortbauernnd vorstehen, sondern sie muß entweder abgelbset, oder wenn dies nicht sogleich möglich ist, von dem angenommenen Werth der Hälfte oder zwey Drittel abgezogen, und danach die Summe des in Pfandbriefen zu bewilligenden Darlehns bestimmt werden. So lange übrigens eine derartige Post den Pfandbriefen vorsteht, genießt sie auch, gleich den letztern, dieselben Rechte und Vorzüge bis zu ihrer Ablösung.

Art. 34.

Die Pfandbriefe selbst werden auf Silberrubel, jedoch nicht unter der Summe von Hundert und nicht über Fünftausend Silberrubel ausgestellt, und landüblich verzinsel.

Art. 35.

Die Ein- und Auszahlung der Zinsen erfolgt jährlich zu Johannis vom 1sten bis 14ten Junius a. St. und in den nächstfolgenden Tagen, in so fern die Auszahlung in den drey letzten Tagen nicht beendet werden kann. (Kap. XII. Art. 231. und Kap. XIII. Art. 242. seq.)

Art. 36.

Beyl.
No. 1.

Die Pfandbriefe werden auf Pergament nach dem sub No. 1. beyliegenden Schema ausgefertigt, von dem Direktor und zwey Råthen der Direktion unterschrieben und, nach geschehenem Ausdruck des Direktionsiegels mit Buchdrucker-schwärze, in das Generalverzeichnis über sämtlich ausgegebene Pfandbriefe nach der Nummerfolge eingetragen. (Kap. III. Art. 61. seq.)

Art. 37.

Zum Behuf der Zinserhebung werden mit den Pfandbriefen für drey Zinszahlungstermine, mithin für drey Jahre, besondere Coupons, nach dem sub No. 2. beyliegenden Schema, ausgegeben.

Beyl.
No. 2.

Art. 38.

Jeder Inhaber eines Coupons ist, ohne daß es der Vorzeigung des Pfandbriefes bedarf, zur Zinserhebung legitimirt; er muß aber das ganze Blatt, worauf solche abgedruckt sind, um deshalb beybringen, indem das fällige Coupon von der Kassenverwaltung abgeschnitten und die geschehene Zinszahlung damit belegt wird.

Art. 39.

In dem letzten Zinszahlungstermin erhält der Inhaber neue, auf drey Zinszahlungstermine lautende, Coupons; er muß sich aber durch Vorzeigung des Pfandbriefes als dessen zeitiger Besitzer legitimiren.

Art. 40.

Es ist dem Pfandbriefsinhaber gestattet, die ihm gebührenden Jahresrenten bis zum zweyten Zinszahlungstermin, jedoch nicht länger, stehen zu lassen. Welchet er sich dann nicht, so wird der Zinsenrückstand für seine Gefahr und Rechnung ad depositum genommen.

Art. 41.

Die Pfandbriefe nebst den dazu gehöri gen Coupons sind alle von völlig gleichem Vorrecht; sie werden auch nicht auf den Namen eines besondern Gläubigers oder Schuldners, sondern nur auf den Namen des Guts, welches mit Pfandbriefen belegt ist, ausgestellt.

Art. 42.

Daraus folgt, daß

- a) die Pfandbriefe als billets au porteur ohne alle Cession aus einer Hand in die andere übergehen; daß sich

- b) der Pfandbriefsinhaber auch nicht an das in seinem Pfandbriefe benannte Gut oder dessen Besitzer, sondern einzig und allein an die Bankdirektion, als Stellvertreter der verbundenen Güter, hält; daß er
- c) unter keinen Umständen in einen über das verpfändete Gut etwa entstehenden Konkurs verwickelt, oder durch die Insolvenz des einzelnen Grundeigentümers in Absicht des Kapitals oder der Zinsen gefährdet, mithin auch
- d) die richtige Zinszahlung durch keinen Konkurs unterbrochen werden kann.

Art. 43.

Will Jemand seinen Pfandbrief gegen Entfremdung sichern, so kann er ihn durch einen von dem Direktor auf dessen Rückseite zu setzenden Vermerk, der ihn als namentlichen Eigenthümer bezeichnet, außer Cours setzen lassen. Ihm selbst ist alsdann keine weitere Privatcession gestattet. Will er über den Pfandbrief disponiren, so läßt er ihn von der Bank durch einen die Beschränkung der Cirkulation aufhebenden Vermerk wieder in Cours setzen.

Art. 44.

Ein auf den Pfandbrief zur Bezeichnung des Eigenthums gesetzter Privatvermerk ist, wegen des daraus zu besorgenden Mißbrauches, nicht gestattet.

Art. 45.

Pfandbriefe, die unmündigen, so wie unter Kuratel stehenden Personen und Stiftungen gehören, können zur Sicherheit des Privateigenthums, auf den Antrag der Kuratoren, zwar außer, jedoch nur auf Requisition der kompetenten vormundschaftlichen Behörde, wieder in Cours gesetzt werden.

Art. 46.

Die Pfandbriefe dienen im Privat- und öffentlichen Verkehr zur Erleichterung der baaren Gelbzahlung.

Art. 47.

Sie müssen aber unverfehrt und unverlezt aus einer Hand in die andere gehen. Ist eine darauf befindliche Bezeichnung verläßt oder undeutlich, oder sind in dem Namen oder Zahlen und Nummern Korrekturen und Rasuren gemacht worden, so wird ein solcher Pfandbrief, wenn er bey der Bank zum Vorschein kömmt, dem Inhaber abgenommen, und letzterer, als der Verfälschung verdächtig, der kompetenten Behörde zur Untersuchung angezeigt.

Art. 48.

Die Verfälschung eines Pfandbriefes wird der Verfälschung falscher Münze gleich geachtet, und wissentliche Verbreiter falscher oder verfälschter Pfandbriefe werden den Verfälschern gleich gestellt.

Art. 49.

Dem Besitzer eines unverfälschten aber durch erweislichen Zufall beschädigten Pfandbriefes wird, gegen Zurückgabe des letztern und Bezahlung der halben reglementsmäßigen Gebühren, ein neuer unter gleicher Nummer und auf das nämliche Gut ausgefertigt.

Art. 50.

Von dem Aufgebot verloren gegangener Pfandbriefe und unbekannter Pfandbriefsinhaber ist an seinem Orte das Nöthige versehen. (Kap. XIX. Art. 335. seq.)

Art. 51.

Wenn die Pfandbriefsinhaber ihre Pfandbriefe kündigen und von der Bank eingelöst wissen wollen, so wird die Auffündigung acht Monate vor dem Johannisstermin an die Direktion gerichtet, welche gegen Empfangnahme des ihm abzuliefernden Pfandbriefes und der Zinskoupons dem Inhaber über die geschehene Kündigung, und daß der Betrag des Pfandbriefes ihm in dem nämlichen Johannisstermin bezahlt werden soll, eine Rekognition ertheilt. (Conf. Art. 210. und Art. 330.)

Art. 52.

Um aber die Existenz des Instituts überhaupt zu sichern, und solches nicht durch eine Konkurrenz willkürlicher und gleichzeitiger Aufkündigungen der Pfandbriefseinhaber in Gefahr zu setzen, kann — so lange die Erfahrung keine Abänderung nöthig macht — kein Pfandbrief vor Ablauf von drey Jahren, vom Tage der Ausstellung der Zinsscheine an gerechnet, der Direktion zur Einlösung durch Baarzahlung gekündigt werden. (Art. 318.)

Art. 53.

Die Nummern der aufgekündigten Pfandbriefe werden, um mögliche Verfälschungen zu verhüten, durch das Intelligenzblatt bekannt gemacht.

Art. 54.

Wie es mit der gegenseitigen Aufkündigung von Seiten der Bank zu halten sey, und in welchen Fällen solche statt finde, wird im weitern Verfolg vorkommen. (Art. 160. 268. 276. 301. Lit. d.)

Art. 55.

Die Bankdirektion verpflichtet sich aber, den Grundeigenthümern die auf ihre Güter gegebenen Pfandbriefe bey richtiger Zinszahlung, und, in so fern keine Unsicherheit oder sonstige reglementsmäßigen Ausnahmen eintreten, nicht zu kündigen.

Art. 56.

Will aber ein Grundeigenthümer von dieser Begünstigung keinen Gebrauch machen, und sein Gut von der Pfandbriefschuld befreien, so ist es ihm gestattet, seine Pfandbriefe entweder durch baare Zahlung, oder durch andere Pfandbriefe drey Jahre nach der Ausstellung abzulösen, und seinen Entschluß ein Jahr vor Johannis, wo die Abzahlung geschehen soll, der Direktion schriftlich anzuzeigen. (Kap. XVIII. Art. 320. seq.)

Art. 57.

Diese frühzeitige Anzeige ist um deshalb nöthig, damit die Bank Zeit gewinnt, die angekündigten Pfandbriefe, die sich im Umlauf befinden, wieder einzuziehen. Das hiebey stattfindende Verfahren ist gehdrigen Orts vorgeschrieben. (Kap. XVIII. Art. 320.)

Art. 58.

Zur Beförderung des Umlaufs der kleinen auf hundert Silberrubel laufenden Pfandbriefe, wird von der auf ein abgeschätztes Gut bewilligten Pfandsomme in der Regel, und in so fern nicht der An- oder Darleiher es anders verlangt, ein Viertel in derartigen kleinen Pfandbriefen ausgegeben. Ein größeres Quantum von diesem Werth ist der Debitor oder Kreditor weder anzunehmen verpflichtet, noch zu verlangen berechtigt.

Art. 59.

Dies Nämliche findet auch dann statt, wenn ein Gutsbesitzer die Pfandbriefssumme in Pfandbriefen ablset.

Art. 60.

Um die Rechnungsführung zu vereinfachen, fallen geröchene Summen unter hundert Silberrubel bey Abschätzung und Darlehen gänzlich weg.

Kapitel III.

Von dem General- und Specialverzeichnis der in jedem Johannistermin auf die associirten Güter ausgefertigten Pfandbriefe.

Art. 61.

Bey der Wichtigkeit eines Instituts, dessen Verwaltung den höchsten Grad von Aufmerksamkeit und die strengste Ordnung erfordert, ist die Führung einer

Liste nothwendig, welche die in jedem Johanniſtermin auf die associirten Güter ausgefertigten Pfandbriefe im Ganzen und im Einzelnen überſehen läßt.

Art. 62.

Diese Liste, von welcher Alles ausgehet, ist die Grundlage der Rechnungsführung, welche durch sie kontrollirt wird. Sie muß, um den Geschäftsgang zu erleichtern, Vollständigkeit und Kürze vereinbaren, und auch dazu dienen, bey der Revision der Bank, ihren Etat ohne große Mühe zu überſehen und zu prüfen.

Art. 63.

Da der Kredit und die Sicherheit der Bank von dem richtigen Verhältniß der Summen ihrer Pfandbriefe zu dem Art. 10. und 11. festgesetzten reglementmäßigen Werth der Güter abhängt, so müssen nachgewiesen werden:

- a) die Namen der in jedem Johanniſtermin mit Pfandbriefen belegten Güter unter fortlaufenden Nummern und unter Anführung ihres derzeitigen Eigenthümers;
- b) ihr reglementmäßiger Werth, je nachdem ihn der Einkaufspreis oder die Abschätzung bestimmt;
- c) die Summe des ganzen Pfandbriefsdarlehns;
- d) die Nummer und die Summen der einzelnen Pfandbriefe, aus welchen das Darlehn besteht;
- e) die Nummer, unter welcher der Pfandbrief in dem Hypothekenbuch des Gutes eingetragen worden ist;
- f) die kassirten und abgelöseten Pfandbriefe.

Art. 64.

Da die hinter den Pfandbriefen eingetragenen Privatschulden das der Bank nach Artikel 18. bis 22. gebührende privilegirte Vorzugsrecht, die nur für ihre eigene Sicherheit wacht, durchaus nicht schmälern können noch dürfen, so bedürfen auch die Privathypotheken keiner Nachweisung durch das Generalverzeichnis,

welches nur den Schulden- und Vermögens-Etat des mit Pfandbriefen belegten Gutes in so weit nachweist, als er die Bank interessirt.

Art. 65.

Dem obigen Zwecke gemäß wird dem Generalverzeichnis über die in jedem Johannistermin bewilligten Pfandbriefsdarlehen, nach dem Schema sub No. 3., Bepl.
No. 3. ein besonderes, gehörig paginirtes, und mit einem nach alphabetischer Ordnung der Güter angelegten Register versehenes Buch gewidmet. Ob solches nur für eine einjährige Johannisversur oder für mehrere Jahre einzurichten, und welches von beyden am zweckmäßigsten sey, bleibt der Direktion überlassen.

Art. 66.

Das Verzeichniß selbst wird von dem darauf besonders vereideten Syndikus, auf den Grund der Bewilligungsprotokolle, unter der Aufsicht der Direktion, geführt, die das abgeschlossene Konto eines jeden Gutes unterschreibt und dessen Richtigkeit verantwortet.

Art. 67.

Da alle Pfandbriefe vor ihrer Ausantwortung an den Empfänger erst in das Hypothekenbuch der damit zu belegenden Güter eingetragen werden müssen, so wird den Pfandbriefen ihre Hypothekennummer erst nach erfolgter Ingrossation beygesetzt.

Art. 68.

Die Generalnummer, unter welcher der Pfandbrief in dem Verzeichniß der Bank eingetragen steht, läuft in allen folgenden Versuren ununterbrochen fort.

Art. 69.

Aus dem Verzeichniß wird für jedes Gut ein mit dem erstern übereinstimmender, von der Direktion unterschriebener, Extrakt ausfertigt, mit welchem die von ihr vollzogenen Pfandbriefe an die das Hypothekenbuch führende Behörde zum Behuf der Ingrossation gelangen. Ist die Eintragung dem Extrakt gemäß geschehen, so wird solche auf jedem Pfandbriefe besonders, auf dem erstern nur

im Allgemeinen bemerkt. Mit dieser Legalisation versehen, gehen beyde, der Extrakt und die darin benannten Pfandbriefe, an die Direktion zurück.

Art. 70.

Sind die Nummern des Hypothekenbuchs, aus dem mit dem Attest der Hypothekenbehörde über die richtig geschehene Eintragung versehenen Special-extrakt, in dem Generalverzeichniß bey jedem Gute nachgetragen, so ist die ganze Operation bis zur Ausgabe der Pfandbriefe beendet, die nach bewandten Umständen entweder an die damit abzufindenden Gläubiger des Gutsbesizers für die von ihnen abgelieferten Obligationen oder an ihn selbst behändigt werden. In jedem Fall muß derselbe unter dem Extrakt über den Empfang der darin verschriebenen Pfandbriefe quittiren, wogegen er, als sich von selbst verstehend, die eingelieferten, delirten und kassirten Obligationen zurück erhält.

Art. 71.

Die solchergestalt quittirten Special-extrakte vertreten die Stelle des Schulddokuments, werden als Hauptbeläge der Administration sorgfältig aufbewahrt und nach Jahrgängen geheftet.

Art. 72.

Pfandbriefe können nur an den, für den sie ausfertigt sind, ausgehändigt werden. Soll die Empfangnahme durch einen Bevollmächtigten geschehen, so muß dieser sich durch eine gerichtliche Vollmacht dazu legitimiren.

Kapitel IV.

Von der Beytritts- und Darlehnsfähigkeit der Personen und Güter zu dem Bankverein.

Art. 73.

Der zur Aufnahme geeigneten Personen und Güter ist zwar schon in den vorhergegangenen Artikeln 7. bis 9. bey den allgemeinen Grundsätzen gedacht

worden. Zur Vollständigkeit des Systems ist es aber nöthig, jetzt die Erfordernisse besonders abzuhandeln.

Art. 74.

In Absicht der zum Adel gehörigen Personen beyderley Geschlechts wird die allgemeine Dispositionsfähigkeit, welche die Gesetze zur Eingehung eines jeden bürgerlichen Geschäfts erfordern, und diesem gemäß vorausgesetzt, daß solche weder durch Gesetz und Recht, noch durch Vertrag beschränkt sey.

Art. 75.

In Absicht der adelichen Privatgüter, und der ihnen nach der allgemeinen Allodifikation gleich zu achtenden bürgerlichen Lehne, wird freyes Eigenthum derselben oder Erbpandbesitz, so wie ferner erfordert, daß ihre Verschulbung überhaupt nicht verboten sey.

Art. 76.

Da aber die Bank nur Pfandbriefsdarlehen entweder auf die Hälfte des letzten ausgemittelten Erwerbspreises vor dem Jahr 1822 oder bis auf zwey Drittel des tarmäßigen Werths bewilliget, so ist es ferner für alle beytretenden Güter grundgesetlich, daß die dadurch nicht abgefundenen Gläubiger den Pfandbriefen mit ihren Hypotheken nachstehen, daß der Eigenthümer sie dazu willig macht, und von ihnen die Cession der Priorität, d. h. die gerichtlich beglaubigte Erklärung, beybringt:

daß sie dem Pfandbriefsdarlehn mit ihren auf dem Gute eingetragenen Obligationen nachstehen, dem erstern das Vorzugsrecht einräumen, und sich nur an denjenigen Werth des Guts halten wollen, der, nach vollständiger Befriedigung der Bank, wegen Kapital, Zinsen und Kosten übrig bleibt.

Art. 77.

Welchergehalt ein Gutsbesitzer sein Eigenthum und seinen Schuldenetat der Bank nachzuweisen habe, wird an seinem Orte bestimmt werden. (Theil 2. Kap. XI. Art. 212. seq.)

Art. 78.

Mehrere Miteigenthümer eines Guts werden in Absicht der Bank dergestalt als eine moralische Person betrachtet, daß, ohne Rücksicht auf den jedem Miteigenthümer gebührenden Antheil, das Gut ungetheilt für die darauf zu bewilligenden Pfandbriefe haftet. Die Beschuldung setzt daher die Uebereinstimmung aller Miteigenthümer voraus.

Art. 79.

Nur diejenigen Fideikommiß-, Familien- und Majoratsgüter, deren Qualität, Erbfolgeordnung und unüberschuldbarer Antrittspreis durch die Fundationsurkunden und durch ausgebrachte Ediktalien aller unbekannten Familien- und Realprätendenten als unstreitig feststehet, sind zur Aufnahme in den Bankverein geeignet.

Art. 80.

Da aber, zur Tilgung der auf unveräußerlichen Fideikommißgütern ruhenden Hypothekenschulden, selbst dann, wenn sie auch den stiftungsmäßigen Antrittspreis nicht überschreiten, nur die Revenüen verwandt und nöthigenfalls sequestrirt werden können, so erfordert auch die Sicherheit der Bank, wenn solche Güter mit Pfandbriefen belegt werden sollen, eine besondere Vorsicht.

Art. 81.

Kann und darf das Gut überhaupt nach der Foundation nur bis zu einer gewissen Summe beschuldet werden, so kann dem Besitzer die Hälfte derselben, ohne vorhergegangene Taxe, als Darlehn bewilliget werden.

Art. 82.

Verlangt er aber eine reglementmäßige Abschätzung, und beträgt danach der stiftungsmäßige Antrittspreis nur den halben taxmäßigen Werth oder weniger, so kann der erstere zum Vollen mit Pfandbriefen belegt werden.

Art. 83.

Uebersteigt aber der Antrittspreis die Hälfte des abgeschätzten Werths, so ist das Fideikommissgut auch nur bis zu diesem halben Werth darlehnsfähig.

Art. 84.

In jedem Fall aber dürfen der Bank auch in dem Antrittspreise, so weit er pfandbriefsfähig ist, keine Privathypotheken vorgehen, sondern ihre Inhaber müssen entweder von ihr abgefunden werden, oder ihr die Priorität cediren.

Art. 85.

Die Darlehnsfähigkeit der Erbpfandbesitzer wird nach den in den Artikeln 10. und 11. enthaltenen allgemeinen Grundsätzen beurtheilt.

Art. 86.

Die der Reichsleihbank verpfändeten Güter werden, so lange der Pfandnexus dauert, denen gleich gestellt, deren Verschuldung verboten ist.

Art. 87.

Daß endlich Krons-, Stadt- und andere öffentliche Güter überhaupt nicht, Pupillengüter aber nach Art. 8. nur unter Genehmigung der vormundschaftlichen Behörde, beytritts- und pfandbriefsfähig sind, folgt schon aus den allgemeinen Grundsätzen des ersten Kapitels.

Kapitel V.

Von der Verwaltung des gesammten Kurländischen Kreditwesens und der dabey stattfindenden Kontrolle im Allgemeinen.

Art. 88.

Die Organisation der gesammten Geschäftsführung der Kurländischen Kreditbank hat zwey Hauptabtheilungen, nämlich:

- A. die Verwaltungsbehörde, und
- B. die Kontrolle.

Art. 89.

Die Verwaltungsbehörde besteht aus der Bankdirektion, die in Mitau ihren Sitz hat, und aus den bey derselben angestellten Ober- und Unterbeamten.

Art. 90.

Ihr sind zum Betrieb der Lokalgeschäfte, als zur Beyhülfe bey den Specialtaxen der Güter, da, wo solche nach den Targgrundsätzen statt findet, zur Ausführung der Sequestrationen, zu den Verpachtungen, zur Aufsicht über einzelne unter besondere Kontrolle gesetzte Oekonomie, so wie zur Vollziehung anderer das Kreditwesen betreffenden Aufträge, zehn Kommissarien, nämlich zwey für jede Oberhauptmannschaft, unter dem Namen der Kreiskuratoren, untergeordnet.

Art. 91.

Die Kontrolle der Bankdirektion wird zuvörderst durch einen engern Ausschuss gebildet. Er besteht aus fünf Societätsgliedern, wozu jede Oberhauptmannschaft zwey Kandidaten vorschlägt. Die Wahl geschieht von allen Societätsgliedern bey ihrer Generalversammlung.

Art. 92.

Sie sind also nach ihrer Natur und Bestimmung die Bevollmächtigten der in einer jeden Oberhauptmannschaft befindlichen zum Bankverein gehörigen Gutsbesitzer. Ihr Hauptgeschäft besteht in der jährlichen Revision der Bank; ausser-

dem Kontririren sie bey allen wichtigen Gegenständen, die eine gemeinschaftliche Berathung mit den Oberhauptmannschaften erfordern, nach den unten vorkommenden reglementsmäßigen Bestimmungen.

Art. 93.

Die Gesamtheit aller zur Societät gehörigen Kurländischen Güter und Güterbesitzer, jedoch nur in so fern sie zu dem Kurländischen Indigenatsadel gehören, bildet die Generalversammlung oder den Konvent, als die zweyte Kontrolle, welche wegen der mit einer so zahlreichen Zusammenkunft und deren Veranstaltung verbundenen Kosten nur alle fünf Jahre statt findet, um das neue Direktorium und dessen Personale zu wählen, die Geschäftsführung des Abgehenden zu revidiren, sie bey befundener richtiger Amtsführung zu quittiren, und über die zu seinem Ressort gehörigen Gegenstände, die am gehörigen Orte vorkommen werden, Beschlüsse abzufassen.

Kapitel VI.

Von den Gliedern der Bankdirektion und ihrer Wahl.

Art. 94.

Die Bankdirektion besteht:

- 1) aus einem Direktor;
- 2) aus fünf Direktionsrathen;
- 3) einem Syndikus;
- 4) einem Generalkassenrendanten;
- 5) aus sieben Kanzelleybeamten, und
- 6) einem Ministerial.

Art. 95.

Der Direktor nebst seinen Rathen werden von der Generalversammlung alle fünf Jahre durch die Mehrheit der Stimmen, nach den unten vorkommenden

Grundregeln, gewählt. Zur Wahl der fünf Rathsstellen in der Direktion präsentirt jede Oberhauptmannschaft dem Konvent drey gehörig qualifizierte Kandidaten. Haben mehrere zur Wahl gebrachte Subjekte gleiche Stimmen, so entscheidet unter ihnen das Loos.

Art. 96.

Es erfordert sowohl die Pflicht als das eigene Interesse der Societät, bey der Wahl zu so wichtigen Aemtern nur auf Männer von untadelhaftem Charakter Rücksicht zu nehmen, welche mit den gehörigen ökonomischen Kenntnissen auch Geschäfts- und Landeskenntnisse verbinden.

Art. 97.

Sie müssen, als sich von selbst verstehend, wohlbesitzliche zur Societät gehörige Indigenae seyn, das heißt, sie müssen in ihrem nach allgemeinen Landesgrundsätzen gewürdigten Gute ein reines Vermögen von 15000 Silberrubel besitzen, und solches während ihrer Amtsdauer nicht beschulden.

Art. 98.

Eben dahero wird ihre Qualität als Direktionsglieder mit Bezug auf das Wahlprotokoll und den hiemit ausgesprochenen reglementsmäßigen Grundsatz in dem Hypothekenbuche ihres Gutes vermerkt.

Art. 99.

Societätsglieder, welche Kronsämtler bekleiden, können nicht in die Direktion gewählt werden, es sey denn, daß sie ihren Posten aufgeben.

Art. 100.

Eben so wenig diejenigen Erbpandbesitzer, welche die Vorzüge des Indigenats weder durch Geburt noch Verleihung besitzen.

Art. 101.

Verwandte in absteigender und im zweyten Grade der Seitenlinie können nicht gleichzeitig zu Direktionsgliedern gewählt werden.

Art. 102.

Die Wahl erfolgt durch die Mehrheit der Stimmen. Ihre Annahme hängt aber von dem freyen Willen des Gewählten ab, und es findet dabey kein Zwang statt.

Art. 103.

Um die Ordnung des Geschäftsganges auch durch Geschäftskunde aufrecht zu erhalten, müssen von den abgehenden Rätthen zwey in ihrem Amte bleiben, und diese durch das Loos ausgemittelt werden.

Art. 104.

Außerdem kann jedes abgehende Direktionsglied von der Generalversammlung aufs Neue gewählt werden.

Art. 105.

Der Syndikus und der Generalkassenrendant werden von der Direktion und dem engern Ausschuß gemeinschaftlich gewählt.

Art. 106.

Beide Posten dauern lebenslänglich; es sey denn, daß einer oder der andere seine Entlassung nachsuchte, oder von dem Konvent, wegen erwiesener Pflichtwidrigkeit, entsetzt, oder aus gleichem Grunde von der Direktion und dem engern Ausschuß suspendirt würde.

Art. 107.

Der Syndikus wird bey der Parität der Stimmen vorzugsweise aus dem Adel gewählt. Er muß ein erfahrener Rechtsverständiger seyn, die Provinzialverfassung und den Rechts- und Geschäftsgang kennen, sich auch, in so fern er nicht schon früher einen Posten im Justizfach bekleidet hat, einer öffentlichen Prüfung bey dem Kurländischen Oberhofgericht unterwerfen.

Art. 108.

Es ist ihm, in so fern ihn sein Amt nicht ausschließlich beschäftigt, gestattet, damit Sachwalter- oder Notariatsgeschäfte zu verbinden.

Art. 109.

Zu dem Posten eines Generalkassenrendanten wird nicht bloß Kenntniß des Rechnungsfaches überhaupt, sondern auch besonders der kaufmännischen Buchführung erfordert.

Art. 110.

Er muß als ein redlicher und zuverlässiger Mann bekannt seyn, und überdem eine genügende Kaution bestellen, deren Betrag die Direktion mit dem engern Ausschuß, mit Rücksicht auf den unter seinen Händen bleibenden Kassenbestand, bestimmt.

Art. 111.

Wenn gleich bey der Wahl zu diesem Posten auf dazu geeignete Subjekte aus dem Adel Rücksicht zu nehmen ist, so sind doch Personen bürgerlichen Standes dadurch nicht ausgeschlossen.

Art. 112.

Die Artikel 94. benannten Kanzelleybeamten werden von der Direktion allein, nach Befund der zu ihrer Bestimmung erforderlichen Qualifikation, der Regel nach, für immer angestellt. Sie können nur wegen eintretender Pflichtwidrigkeit oder sonstiger moralischer Unvollkommenheit durch den Beschluß des Kollegii, nach vorhergegangener dreymonatlichen Aufkündigung, ihres Dienstes entlassen werden.

Art. 113.

Die Kanzellisten müssen eine gute orthographische, wo möglich schöne Handschrift schreiben, und die nöthigen Schulkennnisse besitzen. Einer aus ihrer Zahl, der des Rechnens kundig ist, muß dem Rendanten als Kassenschreiber assistiren.

Art. 114.

Der Ministerial, der in dem Direktionshause wohnt, und die Aufsicht über dasselbe führt, so wie die Reinigung der Zimmer und deren Heizung übernimmt,

muß lesen und schreiben können. Daß hiezu ein zuverlässiges Subjekt von bekannter Treue und Nüchternheit nur gewählt werden kann, versteht sich von selbst.

Art. 115.

Von seiner Anstellung und Entlassung gelten die Vorschriften des Artikels 112.

Art. 116.

Die von dem Generalkonvent gewählten Direktionsglieder, nämlich der Direktor und die fünf Direktionsräthe, müssen dem Civiloberbefehlshaber angezeigt, und von Einer kurländischen Gouvernementsregierung, nach dem im Anhange des Reglements vorgeschriebenen Formular, zu ihrem Amte vereidigt werden.

Art. 117.

Alle übrige bey der Direktion angestellte Offizianten werden von dem Direktionskollegio vereidigt und auf ihre reglementsmäßigen Obliegenheiten angewiesen.

Art. 118.

Sämmtliche Direktionsglieder, Beamte und Subalternen beziehen die, in dem im Anhange des Reglements befindlichen Salarienetat festgesetzten, Besoldungen halbjährig postnumerando in der Reichsilbermünze, und genießen die mit dem wirklichen Staatsdienst verbundenen Rechte und Vorzüge.

Art. 119.

Der Personal- und Salarienetat wird von der Direktion und dem engern Ausschuß auf fünf Jahre entworfen. Treten nach Ablauf dieses Zeitraums nothwendige Abänderungen ein, so muß darüber die Generalversammlung abstimmen. Sie kann jedoch die schon bestehenden Besoldungen der lebenslanglich Angestellten, so lange sie sich im Dienste befinden, weder herabsetzen noch schmälern.

Kapitel VII.

Von den Kreiskuratoren, ihrer Wahl und ihren Obliegenheiten.

Art. 120.

Die zehn Kreiskuratoren sind die Gehülfen der Direktion bey den in jeder Oberhauptmannschaft vorkommenden den Bankverein betreffenden Lokalgeschäften.

Art. 121.

Worin diese bestehen, ist schon in dem vorhergehenden Artikel 90. bestimmt, auf dessen Inhalt hiemit, zur Vermeidung einer zwecklosen Wiederholung, Bezug genommen wird.

Art. 122.

Jede Oberhauptmannschaft wählt zu ihren Kreiskuratoren zwey Subjekte aus der Zahl der associirten Gutsbesitzer durch die Mehrheit der Stimmen auf fünf Jahre, und reicht das Wahlprotokoll der Direktion ein, welche die Gewählten in Eid und Pflicht nimmt.

Art. 123.

Sie richten sich bey ihren Amtsverrichtungen nach den für einen jeden Geschäftszweig in diesem Reglement gegebenen Vorschriften, und bey einzelnen ihnen von der Direktion gemachten Aufträgen nach dem Inhalt des Kommissorii.

Art. 124.

Sie beziehen keine etatsmäßige Besoldung, sondern erhalten bey vorkommenden Geschäften, in so fern sie nicht, nach den Grundsätzen des Reglements, unentgeltlich auszuführen sind, täglich 2 Silberrubel als Diäten.

Art. 125.

Die Meilengebühren werden ihnen in allen Fällen, wo nicht die Fuhre in Natur gestellt wird, mit 120 Kopfen Silbermünze für die Meile vergütet.

Art. 126.

Bey sequestrirten ihrer Aufsicht und Verwaltung anvertrauten Societätsgütern erhalten sie 6 Procent von der Summe der reinen jährlichen Revenüen.

Art. 127.

Was oben Artikel 101. von der Unzulässigkeit der Wahl zu nahe verwandter Personen in die Direktion gesagt worden ist, findet auch bey der Wahl der Kreisfuratoren seine Anwendung.

Art. 128.

Daraus folgt auch von selbst, daß sie weder an der Abschätzung, noch an der sequestrationsmäßigen Verwaltung solcher Güter Theil nehmen können, mit deren Besitzern sie in den angegebenen Graden verwandt sind.

Art. 129.

Bey Vollziehung der ihnen gemachten Aufträge sind sie zu dem Grade der Aufmerksamkeit, den man nach gemeinrechtlichen Grundsätzen von Kunst- und Sachverständigen verlangt, so wie ferner verpflichtet, über die Ausführung eines jeden ihnen aufgetragenen Geschäfts an die Direktion zu berichten, und in bedenklichen oder in dem Reglement nicht entschiedenen Fällen bey derselben anzufragen.

Kapitel VIII.

Von den Geschäften des Direktionskollegii.

Art. 130.

Die Bankdirektion sorgt als verwaltende Behörde dafür, daß die Vorschriften des Reglements in jedem vorkommenden Fall und in allen Verwaltungszweigen genau befolgt werden, und daß Alles geschehe, was zur Erhaltung und Beförderung des landschaftlichen Credits abzweckt.

Art. 131.

Sie führt daher nicht allein die Oberaufsicht über alle ihr untergeordnete Beamte, sondern jedes Societätsglied ist auch durch seinen Eintritt und die Vor-

schrift des Reglements Art. 5. und 6. verpflichtet, ihren Anweisungen, welche den Verein, und Alles, was zu dessen Aufrechthaltung abzweckt, betreffen, die schulbige Folge zu leisten. In dieser Absicht ist ihr in allen das Kreditwesen betreffenden Angelegenheiten mit der Geschäftsleitung auch eine vollziehende Autorität verliehen, deren Gränzen im neunten Kapitel bestimmt sind.

Art. 132.

Nach dieser allgemeinen Bestimmung gehört zum Ressort der Direktion:

- 1) Die Korrespondenz mit allen höhern und niedern Behörden in und ausser dem Kurländischen Gouvernement.
- 2) Die Prüfung und Beurtheilung der Receptionsfähigkeit derjenigen Güter, deren Besitzer der Societät beitreten wollen.
- 3) Die reglementsmäßige Abschätzung derselben durch die Direktionsräthe, die Prüfung der von diesen aufgenommenen Taxen, so wie die Abhelfung aller dabey vorkommenden Mängel.
- 4) Die Bestimmung der Darlehenssumme, welche dem abgeschätzten Gute nach Maaßgabe der Taxe oder des Erwerbspreises bewilliget werden kann.
- 5) Die Anlegung und Führung der Generalliste über die jedem Gute bewilligten Pfandbriefe nach dem Kap. III. Art. 61. seq. gegebenen Vorschrift.
- 6) Die Ausfertigung, Abstempelung und Vollziehung der Pfandbriefe bey versammeltem Kollegio.
- 7) Die Empfangnahme der eingezahlten Interessen von den ausgefertigten Pfandbriefen, so wie die Auszahlung derselben an die Pfandbriefsinhaber, und die Herbeschaffung der dazu nöthigen Gelder.
- 8) Die Verhängung der Sequestration über die Güter der säumigen Zinszahler, so wie die mögliche Bewilligung der ihnen in einzelnen Fällen zu gestattenden Nachsicht.

- 9) Die Aufnahme einheimischer und auswärtiger Anleihen in nöthigen Fällen.
- 10) Die Verwaltung des ganzen Societätsfonds.
- 11) Die Aufkündigung der Pfandbriefe, Ablösung der gekündigten, so wie
- 12) Die Amortisation verloren gegangener Pfandbriefe und Coupons, und Erneuerung der beschädigten.

Die Art und Weise, wie jeder der vorbenannten Gegenstände zu behandeln, und was dabey zu beobachten sey, ist in besondern Kapiteln enthalten. Die formelle Ordnung des Geschäftsganges wird durch folgende allgemeine Grundsätze bestimmt.

Art. 133.

Das Kollegium versammelt sich jährlich dreyimal, nämlich: vier Wochen vor Johannis, ferner in den Monaten Oktober und Januar jeden Jahres, und bleibt so lange zusammen, bis alle Geschäfte beendigt sind.

Art. 134.

Die Versammlung im Monat Oktober zweckt dahin ab, um die in den Sommermonaten aufgenommenen Taxen zu revidiren, die Summe der Darlehne zu bestimmen, so wie die etwa eingegangenen Aufkündigungen, oder die der Bank angebotenen Kapitalien, kennen zu lernen.

Art. 135.

Es ist keinem Mitgliede gestattet, von diesen Sitzungen willkürlich auszubleiben. Nur erweisliche Krankheit ist ein gesetzmäßiger Entschuldigungsgrund. Wer ohne legale Abhaltungen und ohne vorhergegangene Anzeige ausbleibt, verliert den monatlichen Betrag seiner Gage, welche als Strafe dem Societätsfonds anheim fällt.

Art. 136.

Ausser diesen Plenarversammlungen müssen das ganze Jahr hindurch, zum Betrieb der laufenden Sachen, wenigstens ein Mitglied nebst dem Direktions-

syndikus, es sey der Direktor oder ein Rath, anwesend seyn. Findet der Direktor bey vorkommenden Fällen außerordentliche Zusammenkünfte nöthig, so ist er berechtigt, solche auszusprechen.

Art. 137.

Der Direktor führt den Vorsitz im Kollegio, er leitet den Gang der Geschäfte, siehet darauf, daß Ruhe, Würde und Anstand in den Versammlungen herrsche, und weist den, der solche stört, in seine Schranken und zur Ordnung zurück. Er ist dafür verantwortlich, daß die Kupferplatten zu den Pfandbriefen und der Siegelstempel, nach gemachtem Gebrauche, in einem besondern Depositalkasten von drey Schlüsseln, wovon er den einen, und die beyden auf ihn folgenden Rätthe die beyden andern führen, aufbewahrt werden.

Art. 138.

Die einkommenden Sachen werden von dem jedesmaligen Vorsitzer, oder in seiner Abwesenheit von dem Syndikus, erbrochen, von dem dazu bestimmten Kanzellisten in das Journal eingetragen, und von dem Direktor oder dessen Stellvertreter, nach Maaßgabe der Gegenstände, unter die Mitglieder zum Vortrag vertheilt.

Art. 139.

Alle Rechtsachen und Prüfungen der hypothekarischen Sicherheit eines beytretenden Gutes und seiner Receptionsfähigkeit werden dem Syndikus zugeschrieben. Zur Revision der eingegangenen Taxen werden allemal zwey Referenten, nämlich ein Re- und ein Korreferent, ernennet. Jeder entwirft ein motivirtes schriftliches Gutachten, ohne Mittheilung an den Korreferenten, so, daß die beyderseitigen Meinungen erst bey dem Vortrage im Kollegio bekannt werden.

Art. 140.

Es versteht sich von selbst, daß kein Rath, welcher mit dem Eigenthümer des abgeschätzten Gutes in dem Art. 101. angenommenen Grade verwandt ist, weder die Taxe revidiren, noch darüber mitstimmen darf, worauf schon der Direktor bey der Distribution der Sachen von Amtswegen zu sehen hat.

Art. 141.

Dies Nämliche gilt auch von dem Rath, der sich der summarischen Revision oder der Aufnahme der Taxe von dem in den Bankverein aufzunehmenden Gute unterzogen hat. Ihm gebührt aber bey Einreichung seiner Arbeit ein motivirter gutachtlicher Bericht, so wie die Auskunftsertheilung über die an ihn gemachten Rückfragen.

Art. 142.

Die Beschlüsse und Entscheidungen werden nach der Mehrheit der Stimmen abgefaßt. Bey Gleichheit der Stimmen giebt die Meinung den Ausschlag, welcher der Direktor beyspricht. Der Syndikus hat in allen Rechtsachen eine geltende, in ökonomischen und andern Vorträgen nur eine beratende Stimme.

Art. 143.

Es ist jedem Mitgliede, so wie dem Syndikus, gestattet, seine von dem gefaßten Beschluß abweichende Meinung schriftlich, jedoch unter Anführung rationeller Gründe, zum Protokoll der Sache zu geben, und sich dadurch außer einer etwa möglichen Verantwortung zu setzen.

Art. 144.

Der von dem Kollegio abgefaßte Beschluß wird von dem Direktor und den anwesenden Råthen unterschrieben und von dem Syndikus kontrafignirt, der auch alle Entscheidungen expedirt und in dem Tischregister verschreibt. Das Letztere wird mit jedem Monat abgeschlossen und von dem Kollegio unterschrieben, so wie von dem Syndikus kontrafignirt.

Art. 145.

Letzterer vertheilt die expedirten Sachen nach einer angelegten Kontrolle zum Behuf der Reinschrift unter die Kanzellisten, und sorgt, nach geschehener Unterschrift des Kollegii und Kontrafignatur, für den Abgang und die Eintragung der ausgehenden Verfügungen unter der gehörigen Rubrique des Tischregisters.

Art. 146.

Die Registratur, welche unter der Aufsicht des Syndikus steht, zerfällt, nach der Natur der Gegenstände, in die General- und Specialregistratur. Zu der ersteren gehören alle diejenigen Geschäftszweige, welche nicht die einzelnen Güter, sondern allgemeine Gegenstände betreffen, namentlich die Einrichtung und Verfassung des Kollegii, die Korrespondenz mit den Behörden, die Bestellung und Einführung der Beamten, die Aufnahme von Darlehen, die der Bank gemachten Aufkündigungen, der Personal- und Salarienetat, das Kassenwesen u. s. w. Die Specialregistratur enthält dagegen jedes einzelne zur Societät gehörige Gut, namentlich die Prüfung seines Besitzstandes, seines Schuldenetats, die Aufnahme und Revision der Taxe, die Prüfung seiner Sicherheit, so wie den Beschluß des Kollegii über das zu bewilligende Darlehn.

Art. 147.

Jedes derartige Aktenstück wird nach dem Namen des Gutes, so wie solches in dem Hypothekenbuche eingetragen ist, rubricirt. Ueber beyde Registraturen werden besondere Repertoria geführt.

Art. 148.

Das Heften und Rubriciren der Akten geschiehet unter der Aufsicht des Syndikus durch einen darauf angewiesenen Kanzellisten. Jedes Aktenstück wird paginirt, mit einem Verzeichniß versehen, und erhält in der Registratur und dem Repertorio seinen angewiesenen Platz.

Art. 149.

Die Verwaltung der Haupt- und Nebenkassen wird von dem Rendanten und zwey Råthen als Kassenkuratoren besorgt. Die dazu eingehenden baaren Gelder, Pfandbriefe und Dokumente, werden in besondern mit drey Schlüsseln versehenen Depositalkassen, welche unter die beyden Kassenkuratoren und dem Rendanten vertheilt sind, dergestalt asservirt, daß Keiner ohne den Andern zur Kasse gelangen kann.

Art. 150.

Ueber die Einnahme und Ausgabe der baaren Gelder und Pfandbriefe, so wie der sonstigen Dokumente, wird von dem Rentanten ein zweck- und ordnungsmäßig eingerichtetes Journal und Hauptbuch und die Kontrolle von den Kassensuratoren geführt.

Art. 151.

Die Haupt- und Nebenkassen werden alle halbe Jahr von dem Direktor, mit Zuziehung eines Rathes und des Syndikus, revidirt, welcher das Revisionsprotokoll führt.

Art. 152.

Ausserdem bleibt es der eigenen Beurtheilung und Verantwortung des Direktors überlassen, ausserordentliche Revisionen der Haupt- und Nebenkassen vorzunehmen.

Art. 153.

Eben so muß auch jeden Monat das Tischregister von ihm oder dem stellvertretenden Rathe revidirt werden, um die etwannigen Rückstände zu kontrolliren, und wegen ihrer ungesäumten Expedition das Nöthige zu veranlassen.

Art. 154.

Welchergestalt nun nach diesen allgemeinen Grundsätzen der besondere ordnungsmäßige Gang des kleinen Dienstes, so wie die Kassen- und Kanzellerverwaltung, zu reguliren sey, bleibt der von der Direktion, nach bewährten Erfahrungsgrundsätzen, abzufassenden Dienstinstruktion vorbehalten.

Kapitel IX.

Von der Vollziehung der von der Direktion ausgehenden Verfügungen.

Art. 155.

Da das Reglement als Gesetz den Ausspruch des allgemeinen Willens der Societät enthält, den jedes eintretende Mitglied durch seine Aufnahme auch als

den sehnigen anerkennt (Art. 6.), so folgt auch daraus die Verpflichtung zur pünktlichsten Befolgung derjenigen Verfügungen, welche die Direktion in den Angelegenheiten der Bank erläßt.

Art. 156.

Die Direktion ist daher autorisirt, dem Gesetze da, wo es durch Nichtbefolgung oder Auflehnung verletzt wird, selbst, und durch Obrigkeitliche Beyhülfe, ohne processualische Weitläufigkeit, Gehorsam und Achtung zu verschaffen.

Art. 157.

Sie weist diesem gemäß bey einem eintretenden Widerspruch gegen ihre Anordnungen das unzufriedene Societätsmitglied durch eine belehrende Verfügung auf das Gesetz und seine Pflicht zurück, und fordert es zu deren Befolgung auf.

Art. 158.

Wird dadurch der beabsichtigte Zweck nicht erreicht, so kann sie gegen den Ungehorsamen eine Ordnungsßbn in Gelde festsetzen, und solche, nach Verschiedenheit der Fälle und mit Rücksicht auf den Nachtheil, welcher der Societät aus der Auflehnung erwächst, bis zur Summe von 50 Silberrubel steigern.

Art. 159.

Die festgesetzten Pbnen fließen zum eigenthümlichen Fonds der Bank. Weigert der Gefrahte die Bezahlung, so ersucht die Direktion, wegen ihrer Veytreibung durch das kompetente Gericht, Eine Kurländische Gouvernementsregierung.

Art. 160.

Sollte wider alle Erwartung dennoch der mögliche Fall eintreten, daß ein Societätsmitglied, der verhängten Ordnungsstrafen ungeachtet, in seiner Auflehnung beharre, und dadurch die gesetzliche Ordnung störe, so werden demselben, auf vorhergegangenen gemeinschaftlichen Beschluß der Direktion und des engern Ausschusses, die Pfandbriefe zur Abzahlung gekündigt.

Art. 161.

Sollte auch die Abzahlung oder Ablösung der Pfandbriefe nicht erfolgen, so wird das Gut nach den unten vorkommenden Vorschriften sequestrirt, und, bey beharrlicher Weigerung eines von dem Besitzer zu veranstaltenden außergerichtlichen Verkaufs, auf seine Gefahr und Kosten subhastirt.

Art. 162.

Läßt es der Eigenthümer des Guts zum Verkauf kommen, so scheidet er nicht nur von der Societät aus, sondern er verliert auch, während der Dauer des gegen ihn eingeleiteten Verfahrens, das Recht zur Abstimmung bey den Wahlen und bey andern das Institut betreffenden Angelegenheiten.

Art. 163.

Sollte bey der Ausföhrung gegen die Verfügungen der Diskretion, oder gegen die von ihr mit dem engern Ausschuss gefaßten gemeinschaftlichen Beschlüsse, zugleich eine Widerseßlichkeit eintreten, wodurch die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährdet wird, so werden derartige Vergehungen Einer kurländischen Gouvernementsregierung zur fiskalischen Beahndung angezeigt. Die reglements- mäßigen zur Sicherheit der Bank nöthigen Maaßregeln behalten nichts desto weniger ihren Fortgang.

Art. 164.

So wie die Direktion die von ihr ausgehenden Verfügungen in einer ihrer Würde und der gegenseitigen Achtung angemessenen Weise abfaßt, so ist auch jeder Bittsteller verpflichtet, diese nämliche Achtung in seinen Eingaben und Gesuchen zu beobachten.

Art. 165.

Eingaben, welche leidenschaftliche Aeufferungen oder Persönlichkeiten enthalten, werden dem Bittsteller mit einer Dorsualresolution zurückgegeben. Sollten sie aber in wirkliche Injurien gegen das Kollegium oder einzelne Glieder aus-

arten, so muß die Direktion ihre Rüge Einer Kurländischen Gouvernementsregierung überlassen.

Art. 166.

Eben so, wie jeder Gutsbesitzer, sind auch die Direktionsbeamten und Subalternen den Verordnungen des Kollegii Folge zu leisten schuldig, und können dazu durch verhältnißmäßige Geldstrafen, die von ihren Gehalten oder Diäten abgezogen werden, angehalten, bey beharrlicher Widerspenstigkeit aber ihrer Aemter entsezt werden.

Kapitel X.

Von der Kontrolle der Bankdirektion.

A. Von dem engern Ausschuß.

Art. 167.

Der engere Ausschuß, dessen Personale nach dem Art. 91. auf den Vorschlag der Oberhauptmannschaften von sämtlichen Gliedern des Bankvereins gewählt und durch Einreichung des Wahlprotokolls bey der Direktion legitimirt wird, bildet die erste und unmittelbare Kontrolle.

Art. 168.

Da die Geschäfte des engern Ausschusses nur auf wenige Tage im Jahr eingeschränkt sind, so sind auch die Gewählten zur Annahme der Stellen verpflichtet.

Art. 169.

Als Stellvertreter der Societätsglieder in den Oberhauptmannschaften, müssen sie ihre Kommittenten von dem jedesmaligen Zustande der Verwaltung unterrichten, und bey wichtigen zur allgemeinen Berathung ausgesetzten Gegenständen ihre Erklärung einholen.

Art. 170.

Das Hauptgeschäft des engern Ausschusses besteht in der jährlichen Revision der Geschäfts- und Kassenverwaltung, welche im Monat Oktober nach der unten vorkommenden Anleitung statt findet.

Art. 171.

Außerdem entscheidet derselbe gemeinschaftlich mit der Direktion über nachstehende Gegenstände:

- 1) über die Wahl eines Syndikus und Rendanten;
- 2) über den Betrag der von dem Letztern zu bestellenden Kaution und ihre gesetzmäßige Sicherheit;
- 3) über die von dem Besitzer eines abgeschätzten Gutes gegen die Taxe und deren Festsetzung in den unten anzugebenden Fällen geführte Beschwerde;
- 4) über den Ausschluß eines Gutbesizers aus der Societät bey eingetreteneinem Ungehorsam gegen die Anordnungen der Direktion; (Art. 162. u. f. w.)
- 5) über die Aufnahme von Darlehen, so wie da, wo solche nicht möglich sind, über die verhältnißmäßige Repartition der zu erlassenden Auffundigungen ausstehender Kapitalien;
- 6) über alle diejenigen Verwaltungsgegenstände, bey welchen die Direktion eine gemeinschaftliche Berathung und Entscheidung für nöthig hält.

Art. 172.

Um zu der Geschäfts- und Kassenrevision das Nöthige vorzubereiten, läßt die Direktion für ein jedes von den fünf Gliedern des engern Ausschusses aus dem Generalverzeichniß der Pfandbriefe eine specielle Konsignation derjenigen Güter anfertigen, die im Lauf des Jahres abgeschätzt und mit Pfandbriefen belegt worden sind, und legt den Revidenten das Hauptbuch vor, um sich von der Uebereinstimmung desselben mit den Belegen, deren Art. 70. seq. gedacht worden ist, zu überzeugen. In dieser Konsignation wird nur die Hauptsumme des Pfandbriefsdarlehns, ohne Anführung der einzelnen Pfandbriefe, aufgenommen.

Art. 173.

Das Expeditionswesen wird durch das Tischregister und dessen Vergleichung mit einzelnen Akten und den darin enthaltenen Verfügungen, und die Ordnung in der Registratur durch die Repertorien geprüft.

Art. 174.

Zum Behuf der Kassenrevision erhalten die Revidenten den letzten Johannisabschluß von allen Haupt- und Nebenkassen, welche sie mit den Büchern und Kontrollen, so wie die Rubriken der Einnahme und Ausgabe mit den Belegen vergleichen. Sie untersuchen endlich nach den Büchern die baaren Gelder, Aktiva und sonstigen Dokumente einer jeden Kasse, wozu sie die Schlüssel erhalten.

Art. 175.

Ueber das ganze Revisionsgeschäft und dessen Befund wird ein ausführliches Protokoll geführt, auch darin bemerkt, was zur Abhelfung etwa vorgefundener Mängel verordnet worden. Werden die Kassen richtig befunden, so wird die Generalquittung in dem Protokoll verschrieben, und ein mit der Unterschrift des engern Ausschusses versehenes Duplikat dem Direktionskollegio zur Aufbewahrung und Legitimation bey den kompetenten Generalakten zugestellt. Ein zweytes behalten die Revidenten, die solches bey der nächsten Jahresrevision zum Grunde legen.

Art. 176.

Sollten sich bey der Revision Kassenmängel oder Defekte ergeben, so müssen die Revidenten den Grund ihrer Entstehung, nöthigenfalls unter Zuziehung eines unparteyischen Sachverständigen, untersuchen, die Summe des ausgemittelten Defektes feststellen, wegen dessen Ersatzes gegen den fahrlässigen oder unredlichen Beamten, gemeinschaftlich mit der Direktion, die erforderlichen Maaßregeln ergreifen, wegen Verhütung ähnlicher Vorsehen für die Zukunft zweckmäßige Verfügungen treffen, auch über das ganze Revisionsgeschäft ihren Kommittenten einen schriftlichen Bericht erstatten.

Art. 177.

Abgesondert von der Revision der Geschäfts- und Kassenverwaltung ist die gemeinschaftliche Berathung über diejenigen Gegenstände, welche nach dem Artikel 171. den Beytritt und die Zuziehung des engern Ausschusses erfordern.

Art. 178.

Um die darüber abzufassenden Beschlüsse nicht dadurch aufzuhalten, daß die Glieder des engern Ausschusses von ihren Oberhauptmannschaften erst Information einziehen, so muß das Direktionskollegium den Erstern die abzuhandelnden und zu berathenden Gegenstände schon vor dem Eintritt der Revision und so zeitig bekannt machen, daß sie noch Zeit gewinnen, mit ihren Kommittenten darüber Rücksprache zu nehmen.

Art. 179.

Ueber derartige Vorträge und Beschlüsse, welche von der Direktion und dem engern Ausschuss gemeinschaftlich abgefaßt werden, muß ein vollständiges Protokoll von dem Syndikus geführt, und von der Direktion und den Gliedern des engern Ausschusses unterschrieben werden.

Art. 180.

Auch in diesen gemeinschaftlichen Sitzungen entscheidet die Mehrheit der Stimmen in der Art, daß bey der Stimmengleichheit die Meinung prävaliret, welcher der Direktor beytritt.

Art. 181.

Ist aber der Gegenstand so wichtig oder zweifelhaft, daß sich auch das gemeinschaftliche Kollegium darüber nicht zu entscheiden getraut, oder daß es sich darüber nicht einigen kann, so wird solcher bis zum Eintritt der Generalversammlung ausgesetzt.

Art. 182.

In Fällen, wo sich ein Societätsmitglied durch die Tare seines Gutes und den danach angenommenen Werth gefährdet hält, und darüber die Entscheidung des

engern Ausschusses verlangt, wird der Grund seiner Beschwerde nach dem Inhalt der Akten untersucht, und die deshalb getroffene Verfügung gemeinschaftlich von der Direktion und dem engern Ausschuss vollzogen.

Art. 183.

Da die Funktion des engern Ausschusses mit dem fünften Revisionsjahre aufhört, so müssen auch nach erfolgter Berichtserstattung über den Befund des letzten Verwaltungsjahres der Bankdirektion in jeder Oberhauptmannschaft, wegen der Wahl der Glieder zu dem künftigen engern Ausschuss, die nöthigen Vorbereitungen getroffen werden. Dies Nämliche muß auch wegen der Kreiskuratoren geschehen.

B. Von dem Generalkonvent oder der allgemeinen Societätsversammlung.

Art. 184.

Der Generalkonvent, als die zweyte Verwaltungskontrolle (Art. 93.), versammelt sich alle fünf Jahre, und zwar im Monat December, zu Mitau.

Art. 185.

Zu seinem Ressort gehört:

- 1) die Wahl des Direktors und der fünf Rätthe, so wie des engern Ausschusses, auf vorhergegangene Präsentation der Oberhauptmannschaften; (Art. 91. und 94. seq.)
- 2) die Generalrevision der fünfjährigen Geschäftsführung des abgehenden Direktionskollegii;
- 3) die Ertheilung der Generalquittung bey befundener Richtigkeit der Verwaltung;
- 4) die Prüfung und Entscheidung derjenigen Geschäftsgegenstände, welche von der Direktion und dem engern Ausschuss nach dem Artikel 181. von dem Beschlusse der Generalversammlung abhängig gemacht worden sind;

- 5) die nähere Erwägung und Prüfung derjenigen Vorschläge, welche zur Verbesserung und Vervollkommenung der Administration und zur Aufnahme des Credits abzwecken; (Art. 28.) — so wie
- 6) der etwa im Lauf der Zeit nothwendig werdenden Abänderungen in der Grundverfassung der Bank zum Behuf der nachzusehenden Allerhöchsten Genehmigung; (Art. 31.)
- 7) die Revision des Personal- und Salarienetats zum Behuf der dabey eintretenden Abänderungen und Verbesserungen.

Art. 186.

Die Generalversammlung erfordert zur Abfassung gültiger Beschlüsse wenigstens die Anwesenheit der Hälfte der Societätsglieder aus allen fünf Oberhauptmannschaften.

Art. 187.

Diejenigen zum Bankverein gehörigen Gutsbefitzer, welche nicht persönlich erschienen sind, auch keine Bevollmächtigte ernannt haben, werden ein für allemal für einwilligend in die Beschlüsse der anwesenden Mehrheit erachtet.

Art. 188.

Minderjährige Gutsbefitzer werden durch ihre Vormünder vertreten, ohne Rücksicht, ob die Letztern Societätsglieder sind oder nicht. Nur müssen sie zum Indigenatsadel gehören. Ist dieß nicht der Fall, so müssen sie einem Indigena ihre Vollmacht übertragen.

Art. 189.

Wer durch Krankheit, Abwesenheit im Auslande oder durch Altersschwäche an seiner persönlichen Gegenwart gehindert wird, ist berechtigt, ein Societätsglied zur Abstimmung zu bevollmächtigen.

Art. 190.

Dies Nämliche gilt auch von Frauenzimmern, welche mit Pfandbriefen besetzte Güter besitzen. Tritt Jemand für sie als Assistent auf, so muß er als solcher

legitimirt, auch zur Beywohnung der Versammlung nach Artikel 190. qualificirt seyn.

Art. 191.

Kein Bevollmächtigter darf aber mehr als eine Vollmacht übernehmen.

Art. 192.

Ueber die abzufassenden Beschlüsse entscheidet in der Regel die Mehrheit der Stimmen. Zu Abänderungen in der Grundverfassung des Vereins (Art. 185. No. 6.) müssen zwey Drittel der Versammlung ihre Zustimmung geben. (Art. 31.)

Art. 193.

Wer mehrere dem Bankverein associirten Güter besitzt, übt für dieselben auf der Generalversammlung doch nur eine Stimme aus. Dies Nämliche gilt auch von mehreren Miteigenthümern eines einzelnen Gutes.

Art. 194.

Wer aber in mehreren Oberhauptmannschaften grundbesitzlich ist, hat auch in jeder das Recht der Abstimmung für die in derselben belegenen Güter, jedoch nur in den Oberhauptmannschaftsversammlungen.

Art. 195.

Das die Direktionsmitglieder und Beamten als Besitzer associirter Güter bey allen das Kreditsystem angehenden Gegenständen und Angelegenheiten, mit Ausnahme derjenigen, die ihre zu untersuchende Amts- und Geschäftsführung betreffen, stimmfähig sind, versteht sich von selbst.

Art. 196.

Dagegen sind diejenigen Gutsbesitzer, deren Güter wegen unterbliebener Kapitals- oder Rentenzahlung, oder wegen Widersetzlichkeit ihrer Besitzer (Art. 162. seq.), unter Sequestration oder Subhastation stehen, so lange als dieses Hinderniß dauert, von dem Recht der Mit- und Abstimmung ausgeschlossen.

Art. 197.

Dies Nämliche gilt auch nicht allein von den Mitgliedern der Direktion des engern Ausschusses und von den Kreiskuratoren, sondern sie müssen auch, wenn sie sich in einer solchen Lage befinden, ihre Aemter niederlegen.

Art. 198.

Was nun dieß zum Voraus geschickt die Organisation des Konvents selbst betrifft, so wählt derselbe für die Zeit seiner Anwesenheit einen Präsidenten und Sekretär, um die vorzunehmenden Wahlen, und den ordnungsmäßigen Gang der in Berathung zu ziehenden Gegenstände zu leiten, worüber als sich von selbst ver-
stehend ein vollständiges Konferenzprotokoll geführt wird.

Art. 199.

Da die Gültigkeit der von der Versammlung abzufassenden Beschlüsse die gehörige Zahl der anwesenden Mitglieder voraussetzet (Art. 30. und 31.), so prüft der Präsident vor allen Dingen, ob mit Einschluß der Direktionsglieder auch die Hälfte der Societät, als der gesetzmäßige Numerus, in Person oder durch Bevollmächtigte anwesend sey. Die Glieder des engern Ausschusses sind daher verpflichtet, ihm die aus ihren Oberhauptmannschaften in vorstehender Art gegenwärtigen Glieder anzuzeigen.

Art. 200.

Die abgehende Direktion läßt hierauf durch den Syndikus einen ausführlichen schriftlichen Bericht über die fünfjährige Verwaltung vortragen, wodurch sie den Konvent von dem ganzen Zustande der Bank, namentlich unter Vorlegung des Generalverzeichnisses (Kapitel III. Art. 65.) von der Zahl der bis dahin associirten Güter, ihrem abgeschätzten Werth, von dem Betrage der abgegebenen Pfandbriefe und baaren Gelder, so wie von dem baaren Geldfond der Bank, dergestalt unterrichtet, daß dieser Vortrag nebst dem gleichfalls vorzulegenden letzten Revisionsprotokoll, zugleich zum Leitfaden bey der vorzunehmenden Generalkrevision dienen kann.

Art. 201.

In einem besondern Vortrage werden aber dem Konvent die nach dem Art. 185. No. 4 — 7. zu seinem Ressort gehörigen und zur gemeinschaftlichen Berathung zu stellenden Gegenstände bekannt gemacht. Jeder Gegenstand muß zugleich mit dem Gutachten der Direktion begleitet seyn.

Art. 202.

Nach dieser Darstellung, welche dem Präsidenten bey der Folgeordnung der Deliberationen zum Leitfaden dient, schreitet die Versammlung, wenn zuvor über diejenigen zwey Rätthe, welche nach dem Art. 103. in der neuen Direktion bleiben, das Loos entschieden hat, zur Wahl der Direktionsglieder, mit Rücksicht auf die nach dem Art. 96. Kapitel VI. dabey statt findenden Grundsätze, und des engern Ausschusses.

Art. 203.

Die neu gewählte Direktion, mit Ausschluß der zurückbleibenden beyden Rätthe aus der ältern Administration, bilden, nebst dem engern Ausschuß, die Revisionskommission der fünfjährigen Verwaltung, verfahren dabey nach den Art. 172., und legen die ältern Revisionsprotokolle des ausgetretenen engern Ausschusses zum Grunde.

Art. 204.

Sollte, außer den reglementsmäßig zurückbleibenden beyden Rätthen, der Konvent mehrere Glieder aus der frühern Verwaltungsbehörde aufs Neue gewählt haben, so muß derselbe zum Behuf der Revision andere Kommissarien aus seinen Mitteln ernennen.

Art. 205.

Die Revisionskommission unterrichtet den Konvent durch Ueberreichung des Revisionsprotokolls von dem Befund der stattgehabten Untersuchung; hat sich dabey nichts Wesentliches zu erinnern gefunden, so autorisirt der Konvent die Revisionskommission, den abgehenden Direktionsgliedern, unter der Mitunter-

schrift des Konventspräsidenten, über ihre Verwaltung Quittung und Decharge mit der Bewilligung zu ertheilen, daß die in dem Hypothekenbuche ihres oder ihrer Güter eingetragene Amtsverhaftung darin deliret werde.

Art. 206.

Haben sich aber Monita und Anstände ergeben, welche der Quittung im Wege stehen, so gehört es zur Amtspflicht der neuen Direktion, wegen ihrer Erledigung die nöthigen Anordnungen zu treffen, auch dabey, in so fern es nöthig ist, den engern Ausschuß mit zuzuziehen, und die eingetragene Amtsqualität nicht eher extabuliren zu lassen, als bis jede Verantwortung aus der ältern Administration gehoben ist.

Art. 207.

Ob mit dieser Revision der Anfang zu machen, oder ob solche so lange aussetzen sey, bis der Konvent über alle zum Vortrag gebrachte Gegenstände entschieden hat, hängt von dem Ermessen des Präsidenten ab, dem es auch überlassen bleibt, der Revision selbst beyzuwohnen.

Art. 208.

Erst dann, wenn die Generalversammlung alle ihr obliegenden Funktionen vollständig erfüllt hat, wird sie von dem Präsidenten entlassen. Das von ihr, dem Sekretär und den Gliedern des engern Ausschusses, so wie von den Kreiskuratoren als Stellvertretern ihrer Oberhauptmannschaften, vollzogene Protokoll, wird in gehöriger Ausfertigung der Direktion zur Nachachtung und Befolgung mitgetheilt, der es auch obliegt, die Publikation derjenigen Verbesserungen oder Abänderungen, die zur allgemeinen Wissenschaft nach Vorschrift des 28sten Artikels im ersten Kapitel gebracht werden müssen, bey der Kurländischen Gouvernementsregierung nachzusuchen.

Art. 209.

Die neugewählten Direktionsglieder müssen dem Civiloberbefehlshaber der Provinz, so wie dem Civilgouverneur und den Kurländischen Palaten, angezeigt werden.

Zweiter Theil.

Kapitel XI.

Von dem Verfahren bey nachgesuchten Pfandbriefsdarlehen und von der Ausfertigung und Eintragung der Pfandbriefe.

Art. 210.

Die Bank bewilliget die bey ihr nachgesuchten Darlehne in der Regel nur in Pfandbriefen. Will ein Pfandbriefsinhaber seine Pfandbriefe nicht selbst umsetzen und Baarzahlung haben, so muß er solche der Bank nach Vorschrift des Art. 51. acht Monat zuvor kündigen, in so fern sie selbst nicht bereit ist, solche zugleich zu realisiren.

Art. 211.

Wer aber die Hülfe der Bank, entweder zur Ablösung aufgekün digter Kapitalien oder zur Beförderung seiner Wohlfahrt, nachsucht, der muß, um sich unnöthige Kosten und eine Abweisung seines Gesuches zu ersparen, sehr wohl prüfen, ob er nach seinem Vermögens- und Schuldenetat auch hilfs- und darlehnsfähig sey (Art. 7.), ob seine unabgefundenen Gläubiger mit der Sicherheit, die ihnen in dem Gute übrig bleibt, zufrieden, und ob sie bereit und willig sind, der Bank das Vorzugsrecht, so wie solches der Art. 76. des Reglements verlangt, gerichtlich zu cediren.

Art. 212.

Ist er darüber mit sich und mit seinen Gläubigern einig, so muß er über sein Gut, in so fern er solches nicht im Wege der gerichtlichen Subhastation erstanden hat, und er das Pfandbriefsdarlehn zur Bezahlung des Rauffschillings verwenden will, bey Einem kurländischen Oberhofgericht, nach der darüber im ersten

Anhange gegebenen Vorschrift, zum Behuf der Präklusion aller unbekannten Realprätendenten und stillschweigenden Hypotheken und der davon abhängenden Anlegung eines ordnungsmäßigen Hypothekenbuches, die Eröffnung eines Ediktalprocesses nachsuchen.

Art. 213.

Ist solchergestalt sein Grundeigenthum gesichert und sein Schuldenetat festgestellt, so wendet er sich mit Ueberreichung aller dahin gehbrigen Dokumente, entweder im Original oder in gehörig beglaubter Abschrift, namentlich der Erwerbungsurkunde, der gerichtlichen Schuldenkonsignation und des oberhofgerichtlichen Urtheils, an die Direktion der Bank, mit der Bitte, um die reglementsmäßige Würdigung seines Gutes, um die Bewilligung eines Darlehns nach Maaßgabe des ausgefundenen Werths, und Einrichtung seines Hypothekenbuches durch die kompetente Behörde.

Art. 214.

Findet die Direktion den Bittsteller receptionsfähig, und das Gesuch zulässig, so überträgt sie dem Direktionrath, unter Zuziehung eines benachbarten Mitgliedes des Bankvereins, die summarische Lokaluntersuchung, in so fern nämlich das aufzunehmende Gut vor dem ersten Januar 1822 von seinem Besitzer erkaufte oder erworben, auch bey dem Instanzgericht auf seinen Namen verschrieben worden ist.

Art. 215.

Hat er solches später akquirirt, so wird die Aufnahme der Generaltaxe verordnet, in so fern nicht der Gutsbesitzer unter Anführung überzeugender Gründe eine Specialtaxe verlangt, und die Direktion solche statthast findet. Da alles das, was bey jeder Art der Abschätzung zu beobachten ist, durch das im fünften Anhange befindliche Taxationsreglement ausführlich vorgeschrieben ist, so wird darauf Bezug genommen.

Art. 216.

Findet die Direktion bey dem Besuch etwa Mängel und Anstände, die einer Auskunft und Erledigung bedürfen, so überträgt sie dem zur Abschätzung ernannten Rath, den Besizer darüber zu vernehmen, und ihm über das, was annoch geschehen muß, um alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die nöthige Anleitung zu geben.

Art. 217.

Die aufgenommene Taxe wird dem Gutbesizer bekannt gemacht, und er mit seiner Erklärung darüber gehört. Da er bey ihrer Aufnahme zugegen ist, die dazu nöthigen Materialien den Kommissarien mittheilen muß, und die Abschätzungsgrundsätze gesetzmäßig feststehen, so ist dadurch gegründeten Einwendungen zwar nach Möglichkeit vorgebeugt. Treten solche dennoch ein, so muß der Gutbesizer die Gründe seines Widerspruchs anzeigen, und die Kommission, in so fern sie solchen nicht zu widerlegen und den Besizer von der Richtigkeit der Taxe zu überzeugen vermag, der Entscheidung des Direktionskollegii überlassen. Wie solches hiebey zu verfahren habe, wird an seinem Orte vorkommen.

Art. 218.

Die mit dem gutachtlichen Bericht der Kommission eingereichte Taxe wird in dem versammelten Kollegio, in Gemäßheit des Art. 139. seq., vorgetragen, geprüft, über den revisionsmäßig ausgesundenen und angenommenen Werth des Gutes, so wie über die Summe des zu bewilligenden Darlehns, mit Rücksicht auf den Art. 33., das Bewilligungsprotokoll aufgenommen und durch die Unterschrift des Kollegii legalisirt.

Art. 219.

Der Gutbesizer wird hievon mit der Aufforderung benachrichtiget, nicht nur die Namen derjenigen Gläubiger, die mit dem Pfandbriefsdarlehn abgefunden werden sollen, ungesäumt anzuzeigen, sondern auch dafür zu sorgen, daß dieselben die abzulfsenden Obligationen, gegen eine ihnen nach Anleitung des Arti-

feß 51. zu ertheilende Recognition, der Bank einliefern, in Absicht der unabgefundenen auf dem Gute bleibenden die Art. 76. vorgeschriebene Prioritätscession nebst den Handvesten selbst einzureichen, und zwar unter der Verwarnung, daß ehe solches geschehen sey, die Ausfertigung der Pfandbriefe nicht vor sich gehen könne.

Art. 220.

Da es lediglich die Sache des dem Bankverein beystretenden Grundeigenthümers ist, alles dasjenige von selbst zu besorgen, was das Reglement vorschreibt, so hat er sich alle aus der Verzögerung entstehende Nachtheile so wie ferner selbst bezumessen, wenn der Johannistermin, zu welchem er das Darlehn braucht, fruchtlos verstreicht.

Art. 221.

Eben so hat es sich aber jeder von der Bank abzulebender Realgläubiger, der aus Eigensinn, Mißtrauen oder Persönlichkeit die frühzeitige Einlieferung seiner Obligation an die Bank gegen das von ihr dagegen auszustellende Reversale verweigert, auch selbst zuzuschreiben, wenn er deshalb unbefriedigt bleibt.

Art. 222.

Da die Bank in dem Fall, wo der Grundeigenthümer mit dem Pfandbriefsdarlehn ältere Realschulden tilget, nur das Kapital ablöst, ihre Pfandbriefe erst vom Tage der Ausstellung ab verzinsset, und sich auf keine Berechnung und Liquidation etwanniger rückständiger Zinsen einläßt, so ist jeder Pfandbriefsanleiher schuldig und gehalten, sich darüber mit seinem Gläubiger abzufinden und auszugleichen.

Art. 223.

Gleichzeitig mit der Verfügung, wodurch die Bankdirektion den Gutsbesitzer von seiner Aufnahme und von dem ihm bewilligten Darlehn benachrichtiget, ersucht sie auch das Kurländische Oberhofgericht, unter Mittheilung aller Art. 213. benannten Materialien, um die Anlegung des Hypothekenbuches, so wie um die

vorläufige Eintragung aller aus der gerichtlichen Schuldenkonfignation dem oberhofgerichtlichen Urtheil oder den eigenen Angaben des Gutßbesizers sich ergebenden Hypothekenschulden, nach der Ordnung der Zeitfolge, um die künftige Eintragung der Pfandbriefe und die Deletionen der abzulösenden Realschulden vorzubereiten.

Art. 224.

Sind von dem Gutßbesizer und seinen Gläubigern sowohl die abzulösenden als auch die mit der Prioritätscession versehenen Obligationen bey der Direktion eingegangen (Art. 219.), und die Pfandbriefe, nach der darüber Kap. III. Art. 65. bis 69. gegebenen ausführlichen Anleitung, ausgefertigt, so werden solche nebst dem Pfandbriefsverzeichniß der obgedachten Behörde mit der Requisition übersandt, durch die jetzt zu übersehenden Ingrossationen und Deletionen, das Hypothekenbuch des aufgenommenen Gutes, nach der darüber im zweyten Anhang enthaltenen Vorschrift, zu berichtigen, auch spätere Darlehne nicht anders zu ingrossiren, als bis der Schuldner dazu den Konsens der Direktion beygebracht hat. Dies Nämliche gilt auch von der nachgesuchten Eintragung anderer Realrechte und Besitzveränderungen.

Art. 225.

Wenn die eingetragenen Pfandbriefe mit dem attestirten Verzeichniß der delirten und kassirten oder mit der Prioritätscession versehenen Obligationen, und mit der Nachweisung der Kosten, deren Einziehung die Direktion besorgt, an Letztere zurückgelangen, so wird in dem eintretenden nächsten Johannißtermin mit der Ausantwortung der Pfandbriefe und Obligationen an die legitimirten Empfänger verfahren. (Art. 70.)

Art. 226.

Wenn in dem Artikel 217. gegebenen Fall der Besizer eines abgeschätzten Gutes die ausgenommene Taxe anstreitet, und die Direktion die gemachten Ausstellungen unerheblich findet, so bescheidet sie ihn darüber belehrend, bestimmt den

reglementsmäßig zulässigen Betrag des zu bewilligenden Darlehns, fordert ihn aber zugleich zur ungesäumten Abgabe seiner Erklärung auf, ob über seinen Widerspruch auch noch von dem engern Ausschuss bey dessen nächster Anwesenheit entschieden (Art. 171. No. 3.), die Ausfertigung der Pfandbriefe und die Anlegung des Hypothekenbuches einstweilig anstehen, oder damit eventualiter unter dem Vorbehalt seines Rechtes verfahren werden soll, und setzt bis zum Eingange der Erklärung die weitere Verfügung aus.

Art. 227.

Findet die Direktion die Beschwerde erheblich, und besteht solche in einem Verstoß gegen die Abschätzungsgrundsätze, dem ohne eine Lokaluntersuchung abgeholfen werden kann, so wird die Taxe nach dem Beschlusse des Kollegii berichtigt. Erfordert aber die Erledigung der Beschwerde eine Revision der Taxe an Ort und Stelle, so wird solche durch Ernennung einer neuen Kommission verordnet. Wird dadurch die erste Taxe bestätigt, so fallen dem beschwerdeführenden Gutbesitzer die Kosten der neuen Untersuchung zur Last. Dies Nämliche findet auch dann statt, wenn der durch die erste Taxe ausgefundene Werth des Gutes durch die Revision nur um 500 S. Rubl. erhöht wird.

Art. 228.

Auch ausser dem Fall einer Beschwerdeführung ist die Direktion zu einer Superrevision der eingereichten Taxe an Ort und Stelle durch andere Kommissarien berechtigt, wenn sich bey dem Vortrage derselben eine Gefahr drohende Ueberschätzung ergibt, der nur durch eine Lokaluntersuchung abgeholfen werden kann. Zu einer solchen Superrevision zur Abwendung eines zu besorgenden Verlustes muß der Direktionsrath, wegen des dabey zunächst versirenden Interesse der Oberhauptmannschaft, einen von den Kreiskuratoren mit zuziehen.

Art. 229.

Wegen der Principal- und subsidiarischen Haftung für einen durch erweisliche Ueberschätzung der Societät zugefügten Schaden, wird auf die Abschätzungsgrundsätze verwiesen.

Kapitel XII.

Von Einzahlung der Pfandbriefszinsen.

Art. 230.

Jeder Pfandbriefschuldner ist verpflichtet, das Pfandbriefsdarlehn alljährlich zu Johannis mit 6 pro Cent in Silberrubeln der Bank zu verzinsen, und den Beytrag zu den Verwaltungskosten mit $\frac{1}{4}$ pro Cent zu entrichten.

Art. 231.

Die Einzahlung erfolgt vom 1ten bis zum 11ten Junius alten Styls um deshalb, weil der 12te Junius und die folgenden Tage ausschließlich zur Rentenzahlung an die Pfandbriefsinhaber, Ausgabe der Pfandbriefe und Auszahlung gekündigter Kapitalien bestimmt sind. (Art. 35.)

Art. 232.

Die Einzahlung geschieht an den obenbenannten Tagen, Vormittags von 8 bis 12 und Nachmittags von 3 bis 7 Uhr. Zu diesen Stunden müssen die beyden Kassencuratoren nebst dem Rentanten auf der Kasse gleichzeitig anwesend seyn, die eingehenden Gelder empfangen, jede Zahlung gehörigen Orts eintragen, die Quittung unterschreiben und bey dem Kassenschluß die Gelder in dem dazu bestimmten Depositalkasten verschließen.

Art. 233.

Ausser der Zeit der Kassensitzung darf weder der Direktor, noch ein Rath oder der Rentant, Gelder annehmen, sondern sie müssen diejenigen, die sich bey ihnen melden, auf die gehörige Zeit und an das versammelte Kassenpersonale verweisen.

Art. 234.

Die Zinsen müssen, wie schon erwähnt worden ist, baar in der Reichsilbermünze bezahlt, und dabey weder Anweisungen, noch Ab- und Gegenrechnungen, gestattet werden. Ist der Zinszahler selbst Inhaber von Pfandbriefen und Kouponen, so werden letztere als Baarzahlung angenommen.

Art. 235.

Die Zahlung kann von dem Schuldner oder von einem dazu abgeordneten Dritten geschehen. Dagegen ist die Einsendung der Gelder durch die Post nicht gestattet, weil zwischen der Kasse und dem Zahler, wegen Rücksendung der Quittung, oder eines möglichen Defekts an der Zahlung, keine Korrespondenz statt finden kann.

Art. 236.

Ueber die erfolgten Einzahlungen werden, unter der Benennung des Gutes, gedruckte, von den beyden Kassensuratoren unterschriebene, von dem Rentanten kontrafirmirte Quittungen unter dem Abdruck des Kassensiegels ertheilt.

Art. 237.

Jede Zahlung wird von dem ersten Kurator, so wie sie geschieht, hintereinander in das nach dem Schema sub No. 4. zu führende Protokoll, von dem zweyten in die Kontrolle, und von dem Rentanten in das Rechnungsbuch eingetragen.

Beyl.
No. 4.

Art. 238.

Die Kontrolle hat mit dem Rechnungsbuche übereinstimmende Rubriken, wird vor dem Eintritt des Zahlungstermins aus dem Generalverzeichnis der mit Pfandbriefen belegten Güter nach alphabetischer Ordnung, unter Benennung des Gutes und seiner Nummer, des Pfandbriefsdarlehens und der Zinssumme, angefertigt, und ihre Richtigkeit von dem Syndikus attestirt. Für den Tag und die Summe der Zahlung sind eigne Rubriken bestimmt.

Art. 239.

Am Schluß des Kassentages wird das Protokoll mit der Kontrolle verglichen, und ersteres von beyden Kassenskuratoren unterschrieben.

Art. 240.

Mit dem Ablauf des 1ten Junius alten Styls müssen alle Zinsen eingegangen und die Bücher geschlossen seyn, aus welchen nach beendigtem Johannistermin der Restenextrakt von jedem Gute angefertigt, der Direktion eingereicht, und von dieser die Exekution gegen die im Rückstande gebliebenen Güter verfügt wird.

Art. 241.

Alles, was in den vorstehenden Artikeln von der Einzahlung der Zinsen gesagt worden ist, findet auch seine Anwendung bey der Ein- und Abzahlung aufgekündigter Pfandbriefskapitalien.

Kapitel XIII.

Von der Auszahlung der Zinsen an die Pfandbriefsinhaber
und Gläubiger der Bank.

Art. 242.

Die Auszahlung der Zinsen an die Pfandbriefsinhaber und Gläubiger der Bank nimmt mit dem 12ten Junius in den nämlichen, Art. 232. bestimmten, Vor- und Nachmittagsstunden ihren Anfang, und dauert bis zum 20sten des nämlichen Monats, wo die Kasse geschlossen wird.

Art. 243.

In der Regel ist der bloße Besiß des Zinskoupons hinreichend, um den Präsentanten bey der Kasse zur Empfangnahme der Zinsen zu legitimiren, nur muß er das ganze Blatt, worauf die dreijährigen Zinskoupons abgedruckt sind, der Kasse vorzeigen, welche, zur Vermeidung eines möglichen Mißbrauchs, das auf den

jedesmaligen Zahlungstermin laufende Koupon abschneidet und damit ihre Rechnung belegt. (Art. 38.)

Art. 244.

Ohne Vorzeigung der Zinsscheine dürfen, selbst gegen Vorzeigung des Pfandbriefes, keine Zinsen gezahlt werden, vielmehr werden letztere so lange deponirt, bis der Inhaber entweder die Zinsscheine zum nächsten Zahlungstermin herbeigeschafft, oder ihre Amortisation ausgebracht hat.

Art. 245.

Wegen der zur Zahlungszeit nicht abgeforderten Pfandbriefszinsen wird auf den Art. 40. zurückgewiesen, und nach dessen Inhalt verfahren.

Art. 246.

Bey der von den Kassenskuratoren Behufs der Zinsenauszahlung zu treffenden ordnungsmäßigen Vorbereitung, der Führung des Protokolls der Kontrolle und des Rechnungsbuchs, findet alles das statt, was bey der Zinseneinnahme verordnet worden ist.

Art. 247.

Die abgeschnittenen Koupons dienen statt Quittung als Rechnungsbeleg, und werden nach geschehener Eintragung und erfolgter Zinsauszahlung durchstrichen.

Art. 248.

Die von der Kasse eingelieferten Zinsscheine wirken einen vollständigen Beweis der Zahlung gegen jeden deshalb gemachten Anspruch innerhalb derjenigen drey Jahre, auf welche die Zinsscheine gestellt sind. Nach Ablauf dieser Frist werden letztere vernichtet, und jede Nachforderung daraus ist verjährt.

Art. 249.

Es steht den Gläubigern frey, die ihnen gebührenden Zinsen abermals bey der Bank entweder gegen Pfandbriefe oder Schuldscheine der Kreditdirektion

zinsbar zu belassen, vorausgesetzt, daß die Zinssumme nicht unter hundert Silberrubel beträgt. (Art. 34.)

Art. 250.

Nach beendigtem Johannis und nach erfolgtem Rechnungsschluß müssen die Kassenverwalter dem Kollegio über die nicht erhobenen Zinsen eine von den Kuratoren und dem Rentanten unterschriebene Nachweisung einreichen, und die Annahme der zurückgebliebenen Summen ad depositum nachsuchen.

Kapitel XIV.

Von Veytreibung der rückständig gebliebenen Zinsen durch Sequestration.

Art. 251.

Da der Kredit und die Existenz des Kurländischen Bankvereins davon abhängt, daß die mit Pfandbriefen belegten Güter und deren Besitzer die übernommenen Verpflichtungen zur gehörigen Zeit auf das Pünktlichste erfüllen, so ist auch die Direktion von ihrer Seite nicht nur berechtigt, sondern bey eigener Verantwortung verpflichtet, die ihr nach dem Art. 155. seq. verliehenen Rechte zur Sicherheit der Bank ohne Anstand gegen den säumigen Grundbesitzer durch obrigkeitliche Hülfe in Erfüllung zu setzen, und den wirklichen nutzbaren Pfandbesitz des ihm verhafteten Gutes zu ergreifen.

Art. 252.

Sobald nun nach abgelaufenem Johannistermin der Direktion der Resten-extrakt eingereicht worden ist, so requirirt sie die kompetente Hauptmannsbehörde, unter Bekanntmachung der schuldigen Summen, das verhaftete Gut dem schon zuvor davon benachrichtigten Kreiskurator, nach einem aufgenommenen Inventario, zu übergeben, das Sequestrationsverfahren einzuleiten, dem Besitzer jede weitere Disposition und Einmischung in die Verwaltung zu untersagen, den an-

gestellten Wirthschaftsbeamten, so wie der Bauerschaft, solches bekannt zu machen, und sie anzuweisen, nur dem Befehl des verwaltenden Kreisfurators Gehorsam und Folge zu leisten.

Art. 253.

Das requirirte und zur unaufhältlichen Befolgung der Requisition nach Art. 26. verpflichtete Hauptmannsgericht muß den nicht über 14 Tage auszufehenden Termin dem Gutsbesitzer und dem Kreisurator bekannt machen, auch, nach gehdrig erfolgter Innoteszenz, selbst bey der Abwesenheit des Besizers, mit der Inventur und der Uebergabe des Gutes verfahren.

Art. 254.

Werden die rückständigen Zinsen von dem Exequendo vor oder in dem Exekutionstermin entrichtet, so ist er nichts desto weniger verpflichtet, die ausgebliebenen von der Bank vorgeschossenen Renten bis zum nächsten Johannistermin zu verzinsen, auch die etwa schon aufgelaufenen Kosten zu bezahlen.

Art. 255.

Einer Bekanntmachung der Exekution an die hinter den Pfandbriefen eingetragenen Hypothekengläubiger bedarf es weder von Seiten des Gerichts, noch der Bankdirektion, da die Namen der aufgenommenen und mit Pfandbriefen belegten Güter öffentlich bekannt gemacht werden (Art. 17.), und jeder Interessent verpflichtet ist, bey einer eintretenden Veränderung seine Gerechtsame selbst wahrzunehmen.

Art. 256.

Bey der Aufnahme des Gutsinventarii muß der ökonomische und bauliche Zustand eben so genau ausgemittelt werden, wie solches unten bey der Aufnahme der Taxe in den darüber entworfenen Grundsätzen verordnet worden ist. Der anwesende Eigenthümer ist dabey mit zuzuziehen, um im nöthigen Fall über vorkommende Gegenstände pflichtmäßige Auskunft und Nachricht zu geben.

Art. 257.

Findet sich bey der Aufnahme des Inventarii ein so großer Vorrath an Getreidebeständen, daß durch deren Verkauf, unbeschadet der Dekonomie, die Bank befriediget werden kann, so wird dazu ein Termin angesetzt. Ob übrigens die Sequestration aufzuheben, oder zur Sicherheit der Bank für die Zukunft fortzusetzen, oder der Gutsbefitzer unter Aufsicht zu stellen sey, hängt von dem Gutachten des Kreiskurators und der darauf erfolgten Entscheidung der Direktion ab. Bis dahin, daß solche eingeht, bleibt die Sequestration stehen.

Art. 258.

Wird solche weiter fortgesetzt, so bleibt es der Einsicht des Kurators überlassen, entweder den auf dem Gute vorgefundenen Amtmann, in so fern er ihn sonst zur Wirthschaftsführung tüchtig findet, beizubehalten, oder einen zuverlässigen Disponenten anzustellen.

Art. 259.

In einem so wie in dem andern Fall muß er den Wirthschaftsführer anweisen, ihm alle Monate die Wirthschaftsverschlüge einzureichen, so wie die baaren Gelder, in so fern sie nicht zur Bestreitung der Ausgaben in der Dekonomie nöthig sind, an ihn abzuliefern, und über die Ausführung der befohlenen Anordnungen Rechenschaft zu geben. Da die ganze Direktion der Wirthschaft der eigenen Kenntniß des Kreiskurators und seiner Erfahrung überlassen bleiben muß, weil sich für einzelne und nicht vorherzusehende Fälle keine Vorschriften geben lassen, so muß er auch von selbst ermessen, wie oft, nach dem Umfange der Dekonomie, seine persönliche Gegenwart und Revision an Ort und Stelle nöthig sey.

Art. 260.

Die eingenommenen baaren Gelder werden, nebst den Verschlügen und der durch Belege justificirten Administrationsrechnung, in der Regel halbjährig, zu Neu-Weihnachten und Johannis, an die Direktion eingesandt, die letztere von ihr revidiret und, bey befundener Richtigkeit, quittirt. Eine frühere Ablieferung

der baaren Gelder muß aber dann erfolgen, wenn solches die Direktion verlangt, oder der entbehrliche reine Kassenbestand, nach Abzug der Krons- und Landesabgaben, die Summe von fünfhundert Silberrubel übersteiget.

Art. 161. a)

Ist das Gut verpachtet, so muß zwar nichts desto weniger mit der oben vorgeschriebenen Ausmittelung und Aufnahme des Inventarii verfahren, dagegen aber der Arrendator — vorausgesetzt, daß er die gehörige Sicherheit bestellt, das ihm vom Verpächter übergebene Inventarium als vorhanden nachgewiesen und kontraktmäßig gewirthschaftet hat — zwar beybehalten, jedoch angewiesen werden, die jährige oder halbjährige Arrendesumme so lange an die Bank zu zahlen, bis diese wegen aller Rückstände befriediget ist.

Art. 261. b)

Die Bank läßt bey den mit Pfandbriefen belegten Gütern und ihrer eintretenden Sequestration, sowohl zur Sicherstellung ihres Pfand- und Vorzugsrechtes, als auch zur Abwendung aller ihr nachtheiligen wirklichen oder simulirten Arrendekontrakte, nur eine dem Gutsbesitzer geleistete halbjährige Arrendepreannumeration gelten. Hat der Arrendator die Arrende für mehrere Jahre vorausbezahlt, so muß er auch im erweislichen Fall mit der gezahlten Summe, als einer persönlichen Forderung, der Bank nachstehen.

Art. 262.

Will der Arrendebesitzer mit seinem mehr als halbjährigen Vorschuß der Bank nicht weichen, oder an dem Gute und dessen Revenüen ein Retentionsrecht ausüben, so ist die Direktion berechtigt, wegen des gesetzmäßigen Vorzugsrechtes ihrer liquiden Kapitals- und Zinsenforderungen, auf dessen Ermission, ohne alle processualische Weitläufigkeit, bey der kompetenten Behörde anzutragen, da schon die Kurländischen Statutargeseze (Kommissorialische Decisionen vom Jahre 1717. Desider. 13. No. 2.) dem Schuldner bey Strafe der Nullität verbieten, die Rechte seiner Pfand- und Hypothekengläubiger durch willkührliche Dispositio-

nen über sein Grundeigenthum zu schmälern, auch kein Pächter eines dem Bankverein associirten Gutes sich mit der Unwissenheit dieses Reglements und der, der Bank darin verliehenen Vorrechte entschuldigen kann. Die Exmision eines von dem beschuldeten Gutbesitzer eingesetzten Pächters findet aber auch dann statt, wenn sich bey der angestellten Untersuchung ergibt, daß die jährliche Arrende zum Nachtheil der Bank, oder der hinter derselben eingetragenen Gläubiger, auf eine mit dem wahren Gutertrage in keinem Verhältniß stehende Summe stipulirt worden, und daß der in dem §. 122, der Kurländischen Statuten angenommene Fall eines Betruges vorwalte.

Art. 263.

Hat vor oder nach eingeleiteter Sequestration ein der Bank nachstehender Realgläubiger, in der Art. 21. vorgeschriebenen Art, wegen seiner liquiden Kapitals- und Rentenforderung, die Exekution nachgesucht, so verbleibt nichts desto weniger der Bank der Pfandbesitz und die Verwaltung des Gutes, und sie ist nur verpflichtet, dem Gläubiger Rechnung zu legen, und ihm den nach Abzug ihrer vollständigen Befriedigung bleibenden Ueberschuß auszusahlen.

Art. 264.

Dies Nämliche findet auch dann statt, wenn, auf Andringen eines oder mehrerer Gläubiger, über das Vermögen des verschuldeten Gutbesizers Konkurs eröffnet wird. Die Bank hat alsdann die gesetzmäßige Verwaltung des Gutes, sie theilt dem Konkurskurator oder dem Konkursgericht die Administrationsrechnung mit, und zahlt den danach nachgewiesenen Bestand zur Konkursmasse.

Art. 265.

Die angeordnete Sequestration dauert in der Regel nur ein Jahr. Ist dadurch die Bank gehörig befriediget, auch außer ihr kein anderer auf Zahlung oder Fortsetzung der Sequestration dringender Gläubiger vorhanden, und läßt auch der wirthschaftliche Zustand des Gutes keine Unsicherheit für die Zukunft besorgen, so wird solches, nach gelegter und revidirter Administrationsrechnung, auf den

Grund des aufgenommenen Inventarii, dem Schuldner zurückgegeben, und ihm die eigene wirthschaftliche Verwaltung überlassen.

Art. 266.

Sollte indessen der Schuldner aus rationellen Gründen die Fortsetzung der Sequestration verlangen, so kann solche jedoch nicht länger als ein Jahr stehen bleiben, weil die Bank keine Verpflichtung hat, nach ihrer erlangten Befriedigung und Sicherstellung fremdes Interesse wahrzunehmen.

Art. 267.

Das im Lauf der Sequestration aus den Revenüen des Gutes neu angeschaffte oder verbesserte Inventarium bleibt, als sich von selbst verstehend, ein Eigenthum des Gutsbesizers.

Art. 268.

Wenn von einem Gutsbesizer, wegen selbst verschuldeter Nachlässigkeit oder regelloser Wirthschaft, die rückständig gebliebenen Interessen dreymal durch Sequestration haben beygetrieben werden müssen, so ist die Bank, wenn sich der Schuldner nicht freywillig zum Verkauf des Gutes versteht, berechtigt und verpflichtet, ihm die Pfandbriefe aufzukündigen, im Nichtzahlungsfall das Gut zum öffentlichen gerichtlichen Verkauf zu bringen, auch bey der dritten Sequestration bis zu ihrer vollständigen Befriedigung den Pfandbesiz fortzusetzen.

Art. 269.

Kann die Bank durch die einjährige Sequestration des Guts oder durch die schon früher von dem Schuldner (Art. 261.) eingeleitete Verpachtung, und deren nothwendig gewordenen Aufhebung (Art. 262.), nicht zu dem Thrigen gelangen, so muß das Gut auf sechs Jahr gegen gnügende Kaution öffentlich zur Arrende ausgedoten werden.

Art. 270.

Der Arrendekontrakt wird zwischen der Bankdirektion und dem Pächter auf den Grund des öffentlichen Ausgedotes und der durch Aushang bekannt gemach-

ten Bedingungen abgeschlossen. Bey dem Entwurf der letztern sind die Kreiskuratoren wegen der etwanigen Lokalverhältnisse mit ihrem Gutachten zu hören.

Art. 271.

Bey den allgemeinen Bedingungen ist in der Regel so viel als möglich darauf zu sehen, daß der Arrendator, ausser der vor allen Dingen zu bestellenden sichern Kaution, die etwa noch rückständigen Renten auf Abschlag der Arrende baar zahle, letztere halbjährig pränumerire, allem Erlaß entsage, das Gut inventarienmäßig, so wie es ihm übergeben worden, nach Ablauf der Pachtjahre zurückgebe, auch sich im nöthigen Fall der Revision der Kreiskuratoren unterwerfe. Eben so müssen, im Fall eines möglichen Verkaufs des Gutes, im Lauf der Pachtjahre, wegen der alsdann eintretenden Entschädigung des Arrendebesizers, so wie bey schlecht unterhaltenen Gütern, wegen ihres Retablissemens, die nöthigen Bestimmungen getroffen werden.

Art. 272.

Der Gutsbesitzer sowohl, in so fern er noch nicht durch eine förmliche Konkursöffnung die Disposition über sein Vermögen verloren hat, als auch seine den Pfandbriefen nachstehenden Realgläubiger, sind mit ihrem Gutachten über die Arrendebedingungen zu hören. In wie fern aber die von ihnen gemachten Vorschläge anzunehmen sind, oder nicht, hängt von den eintretenden Umständen und der Entscheidung der Direktion ab, damit nicht durch Aufstellung unausführbarer oder drückender Bedingungen der Erfolg der öffentlichen Ausbietung vereitelt werde.

Art. 273.

Hat das Andringen mehrerer Gläubiger schon vor der Verpachtung die Eröffnung des Konkurses herbeigeführt, so sind bey Abfassung der Arrendebedingungen nur die nachstehenden Hypothekengläubiger, oder der ihre gerechtfame wahrnehmende Konkurskurator zu hören.

Art. 274.

Kommt ein mit Pfandbriefen belegtes Gut zum öffentlichen gerichtlichen Verkauf, so bestimmt die Summe des Pfandbriefsdarlehns, nebst den davon etwa rückständigen Zinsen und Kosten, das minimum des Verkaufspreises, wofür der Zuschlag erfolgen darf.

Art. 275.

Sollte ein der Bank verhaftetes Gut dergestalt an seinem Werth verloren haben, daß weder die Gutsrevenue, noch der Rauffchilling, zu ihrer Befriedigung ausreichen, so ist ihr auch das übrige Vermögen des Schuldners, in so fern es die früheren und älteren Rechte seiner Privatgläubiger sonst zulassen, subsidiarisch verhaftet.

Art. 276.

Ob und in wie fern bey einer eintretenden Subhastation dem neuen Käufer das Pfandbriefsdarlehn ganz oder zum Theil zu belassen sey, hängt von der gegenseitigen Einigung und von der reglementsmäßigen Sicherheit der Bank ab.

Art. 277.

Bey der einem verschuldeten Gutsbesitzer zu bewilligenden Kompetenz kommt es, außer seiner sonstigen gesetzmäßigen Qualifikation, darauf an, ob außer der Bank noch andere Gläubiger an dem Werth des Gutes und an seinen Revenuen Theil haben oder nicht.

Art. 278.

In dem letztern Fall kann ihm, in so fern es sonst nach der Lokalität möglich ist, die Wohnung unter der Bedingung gelassen werden, daß er sich bey Verlust dieser Begünstigung aller und jeder Einnischung bey der Verwaltung des Gutes enthalte. Was ihm außerdem möglicher Weise, nach vorhergegangener Deckung der Bank, aus den Ueberschüssen des Gutes an Naturalien oder baarem Gelde bewilliget werden könne, bleibt der Beurtheilung der Direktion nach Bewandniß der Umstände überlassen.

Art. 279.

In dem ersten Fall dagegen, kann die Bank von ihrer Seite keine Kompetenz bewilligen, wodurch die Befriedigung der andern Privatgläubiger geschmälert wird, sondern sie muß die Bestimmung des dem Schuldner zu gebenden nothdürftigen Unterhalts dem Beschluß der letztern überlassen.

Art. 280.

Die in den vorstehenden Artikeln (Art. 277. seq.) enthaltenen, den verschuldeten Gutsbesitzer betreffenden, Bestimmungen finden auch in dem Artikel 263. angenommenen Fall der von Privatgläubigern ausgebrachten Sequestration oder Subhastation ihre Anwendung.

Kapitel XV.

Von der den schuldblos unglücklichen Gutsbesitzern wegen der Zinszahlung zu gestattenden Nachsicht.

Art. 281.

Wer durch unvorhergesehene, unverschuldete und gehörig nachzuweisende Unglücksfälle, wie z. B. durch gänzlichen Mißwachs, Ueberschwemmung, Feuerbrunst, Viehseuche oder durch ein anderes unabwendbares Mißgeschick behindert wird, die schuldigen Zinsen von seinen Pfandbriefen in dem einfallenden Johannistermin zu bezahlen, der hat auf die Bewilligung einer billigen Nachsicht Anspruch.

Art. 282.

Ein Gutsbesitzer, der sich in dieser Lage befindet, muß den ihn betroffenen Unglücksfall, spätestens acht Tage nach seinem Eintritt, dem Kreisrurator seines Bezirks anzeigen, und, unter Mitzuziehung eines benachbarten Societäts Mitgliedes, um eine schleunige Lokaluntersuchung bitten.

Art. 283.

Wer diese Anzeige ganz, oder ohne Anführung gesetzmäßiger Hindernisse, in der bestimmten Zeit unterläßt, der hat dadurch den Anspruch auf Zahlungsnachsicht und Anstand verwirkt, und es sich selbst bezumessen, wenn die Bank gegen ihn, so wie gegen jeden andern schuldbaren Zinszahler, mit Exekution und Sequestration verfährt.

Art. 284.

Ist die Anzeige zur gehörigen Zeit gemacht worden, so muß sich der Kreisfurator mit einem Societätsgliede ungesäumt der Untersuchung an Ort und Stelle unterziehen, und dadurch ausmitteln:

- a) die Wahrheit und den Zeitpunkt des eingetretenen Mißgeschicks, so wie die Größe des dadurch verursachten Schadens;
- b) den Betrag der gewöhnlichen Gutserevenüen;
- c) den Ausfall, der durch den erlittenen Schaden darin entstanden ist, und ob derselbe
- d) so bedeutend sey, daß er dem Beschädigten die Zinszahlung einstweilig unmöglich macht.

Art. 285.

Wer also nur einen theilweisen Verlust in einer Wirthschaftsbranche erlitten hat, der durch die übrige Einnahme ersetzt werden kann, oder wer ausser dem Gute noch anderweitiges Grund- oder Kapitalsvermögen erweislich besitzt, und folchergestalt der Selbsthilfe fähig ist, der hat auf keinen Zahlungsanstand Anspruch.

Art. 286.

Eben so wenig kann dem eine Nachsicht angedeihen, der sich durch seine eigene Schuld, durch schlechte und vernachlässigte Wirthschaftsführung, durch eine zu gewagte vom ungewissen Zufall abhängende Spekulation, oder durch einen unver-

hältnißmäßigen Aufwand, außer Stand gesetzt hat, seine pflichtmäßigen Zahlungen zu leisten.

Art. 287.

Im Fall der Kreiskurator durch anderweitige Geschäfte abgehalten werden sollte, der Lokaluntersuchung beizuwohnen, so requirirt er dazu einen unparteyischen, mit dem Schuldner nicht verwandten, zum Kreditverein gehöbigen Gutsbesitzer, der sich des ihm gemachten Auftrages nicht entziehen kann.

Art. 288.

Ergiebt sich bey dieser Untersuchung, daß nach der Größe des erlittenen Verlustes, nach den für den Gutsseigenthümer daraus entstehenden Folgen, und in Ermangelung anderer Hülfquellen, eine Nachsicht statt finden könne, so muß er befragt werden, auf wie lange er solche verlange.

Art. 289.

In der Regel kann kein Zahlungsanstand länger als auf ein Rechnungsjahr, d. h. von einem Johannistermin bis zum andern, bewilliget werden. Dagegen können dem Pflchtigen zu seiner Erleichterung Theilzahlungen in selbst gesetzten Terminen zu Gute kommen.

Art. 290.

Die Kreiskuratoren müssen die Verhandlungen über die Untersuchung mit ihrem gutachtlichen Bericht an die Bankdirektion einsenden, die durch ihren Beschluß die Zulässigkeit des nachgesuchten Zahlungsanstandes überhaupt, im zulässigen Fall dessen Dauer, so wie die verlangten Terminalzahlungen bestimmt.

Art. 291.

Die gestattete Zahlungsnachsicht kommt dem Gutsbesitzer nach bewandten Umständen, und wenn er es verlangt auch wegen der Untersuchungskosten, zu statuten, welche die Bank in diesem Fall vorschussweise bezahlt.

Art. 292.

Da letztere aber durch solche Ausfälle in ihrem Etat gezwungen ist, ihre eigenen Gläubiger, so wie die Pfandbriefsinhaber, wegen der Zinsen aus ihren eigenen Mitteln zu befriedigen, und bey deren Unzulänglichkeit fremde Kapitalien auf ihren Kredit wo nöthig aufzunehmen, so folgt auch daraus von selbst, daß der Gutsbesitzer, dessen Zinszahlung die Bank deckt, verpflichtet ist, solche derselben als ein vorgeschoffenes Kapital bis zur gänzlichen Abzahlung landüblich zu verzinsen.

Art. 293.

Die Direktion läßt sich daher, nach einem von ihr vorgeschriebenen Formular, über die rückständige Zinsensumme ein Schulddokument ausstellen, worin sich der Debitor, bey reglementsmäßiger Exekution, zur Abzahlung derselben nebst Renten in dem oder den bewilligten Terminen verpflichtet.

Art. 294.

Da ein derartiges Schulddokument mit den Pfandbriefen gleiche Rechte und Vorzüge genießt, so kann solches auch von der Direktion durch Cession in Umlauf gesetzt werden.

Art. 295.

Sie ist aber dagegen verpflichtet, im Nichtzahlungsfall, auf Anzeige des Inhabers, die reglementsmäßige Exekution gegen den verhafteten Gutsbesitzer zu verhängen, und ihn aus den eingehenden Revenüen zuerst und vorzüglich zu befriedigen.

Art. 296.

Alle diese Vorrechte gehen aber dann verloren, wenn der dritte Inhaber eines solchen Schulddokuments dem verhafteten Gutsbesitzer, nach Ablauf des Zahlungstermins, ohne ausdrückliche Genehmigung der Bank, neue Fristen gestattet. Er tritt in diesem Fall in die Rechte eines bloßen Privatgläubigers zurück.

Art. 297.

Daß von dem Zinsschuldner ausgestellte Dokument gehört, in so fern es nicht durch Cession in Umlauf kommt, zu dem eigenthümlichen Fonds der Bank, wird auf ihr Konto in Einnahme gestellt und ad depositum genommen.

Art. 298.

Die Namen derjenigen Pfandbriefsschuldner, denen von der Direktion wegen der Zinszahlung Nachsicht gestattet worden, müssen, so wie der Termin, in welchem solche abläuft, der Kasse bekannt gemacht werden, mit der Anweisung, bey nicht erfolgter Zahlung, wegen der Wiedereinzahlung die nöthigen Anträge zu machen.

Kapitel XVI.

Von Ergänzung der ausbleibenden Zinsen und dem Verfahren
bey Aufnahme von Darlehen.

Art. 299.

Damit die Bank durch unvorhergesehene Zinsenausfälle und durch die dem Schuldner zu bewilligende gesetzmäßige Nachsicht, wegen der dadurch nothwendig werdenden Vorschüsse, nicht in Verlegenheit komme, so muß sie in ihrer Kasse einen baaren eisernen Bestand bis zur Summe von 5000 Silberrubel aufbewahren, und solchen aus der bereitesten Einnahme komplettiren.

Art. 300.

Da die Direktion aus den Kassenrechnungen und Restantenlisten den Betrag des im Johannistermin erforderlichen Vorschusses im Voraus weiß, so kann sie auch beurtheilen, ob ihr eigenthümlicher Fonds und die ihr von Privatpersonen angebotenen Darlehne zur Deckung der Ausfälle hinreichen oder nicht.

Art. 301.

Sind die eigenen baaren Geldmittel nicht auslangend, um damit den Johannisstermin zu bestreiten, die nöthigen Vorschüsse zu machen, oder aufgekauften Kapitalien abzutragen, so kann die Direktion:

- a) die ihr von den Schuldnern über die Zinsen ausgestellten Schulddokumente cediren;
- b) die zum eigenthümlichen Fonds der Bank gehörigen Pfandbriefe gegen baar Geld umsetzen, oder wenn sich dazu keine Gelegenheit findet, oder der Umsatz mit Verlust verbunden ist,
- c) gegen Verpfändung derselben, von öffentlichen Kassen und von Privatpersonen im In- und Auslande die nöthigen Anleihen machen.

Nur dann, wenn alle diese Hülfsmittel wider Erwarten fehlschlagen sollten, ist

- d) die Direktion berechtigt, nach gemeinschaftlicher Berathung mit dem engern Ausschuss, und nach angelegter Repartition der nöthigen Summe unter die Societätsmitglieder, einem Jeden derselben von dem Pfandbriefsdarlehn einen verhältnismässigen Theil aufzukündigen.

Art. 302.

Zur Anwendung der beyden ersten Mittel ist die Direktion ohne weitere Rücksfrage und Autorisation der Societätsrepräsentanten autorisirt, indem sie dadurch weder das Societätsvermögen schmälert, noch neue Verpflichtungen übernimmt.

Art. 303.

Soll aber von den beyden letzten Hülfsmitteln Gebrauch gemacht werden, so muß die Direktion, gemeinschaftlich mit dem engern Ausschuss, über die Nothwendigkeit einer oder der andern Operation, und über die Art der bestmöglichen Ausführung, einen Beschluß fassen.

Art. 304.

Kann nach dem Dafürhalten des Kollegii und des engern Ausschusses das benötigte Darlehn von den Gutbesitzern oder Kapitalisten in dem Kurländischen Gouvernement aufgebracht werden, so hat eine solche Aufnahme vor allen übrigen den Vorzug.

Art. 305.

Zu auswärtigen Anleihen ist überhaupt nur dann zu schreiten, wenn solche im Reiche entweder gar nicht, oder nur unter lästigeren Bedingungen als im Auslande zu haben sind.

Art. 306.

Werden, zur Sicherheit des Pfandgläubigers, Pfandbriefe verpfändet, so müssen solche außer Cours gesetzt, und mit dem Vermerk der geschehenen Verpfändung bis zu ihrer Wiedereinlösung versehen werden.

Art. 307.

Das zuvor von dem Syndikus entworfene Schulddokument wird gemeinschaftlich von dem Direktionskollegio und dem engeren Ausschuss, im Namen und unter der Garantie des gesammten Kurländischen Bankvereins, wegen Kapital, Renten und Kosten, ausgestellt und vollzogen.

Art. 308.

Die mit einem solchen Geschäft verbundenen Kosten werden aus dem eigenthümlichen Vermögen der Bank bestritten.

Kapitel XVII.

Von dem Verfahren bey angebotenen Darlehnen.

Art. 309.

Wer ein Darlehn bey der Bank gegen Pfandbriefe zinsbar anlegen will, muß solches schon sechs Monat vor dem Johannisterrnin der Bank anzeigen, um danach ihren Johannistat vorzubereiten.

Art. 310.

Um aber der Verlegenheit vorzubeugen, die durch angebotene, angenommene und hinterher nicht gezahlte Darlehne für ihren Kredit entstehen würde, muß sich der Darleiher nach einem vorgeschriebenen Schema schriftlich reversiren, der Bank die Summe des angebotenen und von ihr angenommenen Darlehns im nächsten Johanniſtermin baar und klingend zu bezahlen, und ihr im Nichtzahlungsfall den dadurch verursachten Schaden durch Erlegung einer halbjährigen Rente der angebotenen Summe als eine liquide Schuld zu ersetzen.

Art. 311.

Die Einzahlung muß alsdann spätestens am Vormittage des dritten Johanniſtages, gegen Rückgabe des Reversals und Entgegennahme der Pfandbriefe, erfolgen.

Art. 312.

Ueber dergleichen freywillige und vertragmäßige Darlehne muß eine geordnete Liste geführt, und danach die Kasse angewiesen werden, was sie bey dem eintretenden Termin baar zu empfangen, und dagegen an Pfandbriefen auszureichen hat.

Art. 313.

Außer diesen vertragmäßigen Darlehen ist es zwar jedem Kapitalisten gestattet, in dem Johanniſtermin der Bank Gelder zinsbar anzubieten; ausserdem aber, daß die Annahme nach bewandten Umständen und Bedürfnissen von der Direktion abhängt, so muß sich auch der Darleiher alsdann, wenn keine Pfandbriefe mehr im Kassenbestande sind, mit einer von der Bankdirektion bis zum nächstfolgenden Johanniſtermin ausgestellten zinstragenden Obligation begnügen, worin der Empfang des Darlehns bezeuget und die Einlösung der Obligation durch Pfandbriefe und dazu gehörige Zinskoupons zugesichert wird.

Art. 314.

Dergleichen von der Bankdirektion unter der Garantie des Bankvereins aufgestellte Obligationen haben zwar mit den Pfandbriefen eine völlig gleiche Sicherheit, sie können aber bis zur Ablösung nur durch eine gehörig beglaubigte Cession auf den dritten Besitzer übergehen.

Art. 315.

Im Lauf des Kassenjahres, und ausser dem Johannistermin, nimmt die Bank keine baaren Gelder zinsbar an, es sey denn, daß sich der Darleiher bis zum Eintritt des letztern die kostenfreye Deposition, gegen Ausstellung eines Depositionsscheines, gefallen läßt.

Art. 316.

Die Einzahlung selbst geschieht, auf den Grund einer schriftlichen Anweisung der Direktion, an die Depositalkasse, in Beyseyn der Kuratoren und des Rentanten, gegen Aushändigung einer Depositalkuittung.

Art. 317.

Die bloße Deposition fremder Privatgelder zur Sicherheit des Eigenthümers ohne zinsbare Belegung ist nicht gestattet, da sie dem Zweck und der Bestimmung des Instituts widerspricht.

Kapitel XVIII.

Von der Aufkündigung, Bezahlung und Einlösung der Pfandbriefe.

Art. 318.

Die von der Bank ausgefertigten Pfandbriefe können von ihren Inhabern in der Regel aus den Art. 52. Theil I. Kap. II. angeführten Gründen derselben erst nach Ablauf derjenigen drey Jahre, für welche die Zinsscheine ertheilt worden sind, gekündigt werden.

Art. 319.

Bei der Aufkündigung selbst sind nachfolgende drei Fälle zu unterscheiden, je nachdem

- a) der Gutsbesitzer das auf sein Gut eingetragene Pfandbriefsdarlehn der Bank zum Behuf der Abzahlung ganz oder zum Theil, oder
- b) umgekehrt die Bank dem Gutsbesitzer in den gesetzmäßig Art. 160, 268, 276, 301. d. bestimmten Fällen aufkündigt, oder aber
- c) die Inhaber der Pfandbriefe solche der Bank zum Behuf der Einlösung durch Baarzahlung aufkündigen.

Art. 320.

Erfolgt die Aufsage von dem Gutsbesitzer, so muß solche ein Jahr vorher, und zwar 14 Tage vor dem vorletzten Johannistermin, um deshalb geschehen, damit die Bank Zeit gewinnt, die im Umlauf stehenden, auf das Gut ingrossirten Pfandbriefe wieder einzuziehen.

Art. 321.

Der aufkündigende Gutsbesitzer muß sich in der Aufsage zugleich darüber erklären:

- a) ob er das ganze Darlehn oder nur einen Theil desselben baar oder in Pfandbriefen abzahlen wolle;
- b) ob die eingezogenen Pfandbriefe in dem Hypothekenbuche seines Gutes delirt und kassirt werden sollen, und ob er
- c) im Fall der gänzlichen Abzahlung des Pfandbriefsdarlehns von der Societät auszuscheiden gemeint sey. (Art. 13. Kap. I.)

Art. 322.

Um zum Besitz der cirkulirenden und abzulösenden Pfandbriefe zu gelangen, macht die Bank bei der Vorzeigung der Zinskoupons dem Präsentanten die geschehene Aufkündigung bekannt, behält die erstern zurück, und ertheilt ihm nach einem für dergleichen Fälle abgefaßten Formular eine Recognition des Inhalts:

daß der Inhaber den von dem Besitzer des specialiter verhafteten Gutes gekündigten Pfandbrief im nächsten Johanniſtermin zum Behuf der Auswechſelung gegen einen andern von gleicher Summe einzureichen, und unter dieſer Bedingung die Auszahlung der alsdann fälligen Renten zu gewärtigen habe.

Art. 323.

Hat der Gutsbeſitzer die Deletion ſeiner Pfandbriefe in dem Hypothekenbuch verlangt, ſo werden ſolche abgeſchrieben, mit dem Vermerk der Deletion verſehen und ihm kaſſirt zurück gegeben. Eben ſo muß die erfolgte Ablöſung in dem Generalverzeichniß der Pfandbriefe am gehörigen Orte bemerkt werden.

Art. 324.

Will der Pfandbriefſchuldner von den abgelöſeten Pfandbriefen für unvorhergeſehene Fälle als von einem neuen Pfandbriefsdarlehn Gebrauch machen, um ſich die Koſten einer neuen Ausfertigung und Eintragung zu erſparen, ſo kann er verlangen, daß ſolche unter dem Siegel der Direktion verſchloſſen in dem Depositorio der Bank aſſervirt werden, und daß die Direktion ihm darüber Schein und Beweis ertheile. Die eigene Privataffervation unelirter Pfandbriefe iſt, um mögliche Mißbräuche zu verhüten, nicht geſtattet.

Art. 325.

Setzt der Gutsbeſitzer die Pfandbriefe wieder in Cours, ſo erhält er ſolche mit den nöthigen Zinſſcheinen zurück.

Art. 326.

Scheidet ein Gutsbeſitzer nach abgelöſetem Pfandbriefsdarlehn von der Societät ganz aus, ſo wird ſolches in dem Hypothekenbuche ſowohl bey dem Titel des Gutes, als auch bey dem Namen des Beſizers bemerkt, deſgleichen in dem Generalverzeichniß, auch überdem der Austritt durch das Intelligenzblatt bekannt gemacht.

Art. 327.

Daß ein ausgeschiedener Gutsbesitzer bey seinem Wiedereintritt alle Obliegenheiten eines neu Aufzunehmenden zu erfüllen habe, ist schon Art. 14. im ersten Theil vorgeschrieben.

Art. 328.

In gleicher Art wird auch in dem Art. 268. gegebenen Falle verfahren, wenn die Bank selbst gezwungen ist, dem in der Zinszahlung säumigen und nachlässigen Gutsbesitzer das Pfandbriefsdarlehn aufzukündigen.

Art. 329.

Daß es übrigens jedem Schuldner der Bank frey stehet, das aufgekündigte Darlehn ganz oder zum Theil, entweder durch eigene Einlösung und Zurückgabe der auf sein Gut ingrossirten Pfandbriefe oder durch andere, die zu seinem Privatvermögen gehören, abzuführen, folgt aus der Natur der Sache von selbst.

Art. 330.

Will der Besitzer von Pfandbriefen solche von der Bank durch Baarzahlung eingelöst wissen, so ist er nach dem Art. 210. verpflichtet, solche acht Monat vor dem Johannisttermin zu kündigen, und die Pfandbriefe nebst den Zinskoupons derselben einzureichen.

Art. 331.

Er erhält dagegen eben so, wie solches Art. 322. vorgeschrieben ist, eine Rekognition mit der Zusicherung der im nächstfolgenden Johannisttermin zu leistenden baaren Kapitals- und Zinsenzahlung.

Art. 332.

Findet die Bank in der von ihr nach Art. 312. zu führenden Differenzenliste ein ihr angebotenes Darlehn von gleicher Summe, als in dem gekündigten Pfandbriefe enthalten ist, so kann sie den Aufkündiger unmittelbar an den Darleiher verweisen, um von ihm gegen beglaubigte Cession der Rekognition die Baarzahlung zu empfangen.

Art. 333.

Der neue Darleiher empfängt dagegen gegen Einreichung der Rekognition die Pfandbriefe, auch im Fall eines von ihm nach Art. 310. ausgestellten Reversals, das letztere zurück.

Art. 334.

Uebrigens können derartige Anweisungen und Ausgleichungen nur mit Genehmigung der Interessenten alsdann statt finden, wenn aus einem solchen Austausch keine Irrungen zu besorgen sind.

Kapitel XIX.

Von dem öffentlichen Aufgebot verloren gegangener oder entfremdeter Pfandbriefe und unbekannter Pfandbriefsinhaber.

Art. 335.

Zuvörderst ist es jedem Pfandbriefsinhaber und Kapitalisten, der seine Pfandbriefe nicht in Umlauf setzen will, gestattet, solche nach Anleitung Art. 43. von der Bank mit Bezeichnung seines Namens außer Cours setzen zu lassen.

Art. 336.

Bey andern nicht außer Cours gesetzten Pfandbriefen ist es die Sache eines jeden Besitzers, sich ihre Nummer und Betrag, so wie den Namen des zur Specialhypothek eingesetzten Gutes, für unvorhergesehene Fälle anzumerken, solchergestalt für seine Sicherheit zu sorgen, und der Bank die Auffindung des Pfandbriefes in dem Generalverzeichnis möglich zu machen.

Art. 337.

In jedem Fall, wo cirkulirende oder außer Umlauf gesetzte Pfandbriefe verloren gehen, es sey durch schuldbaren oder höhern unabwendbaren Zufall oder durch Entwendung, ist der Eigenthümer verpflichtet, solches unter Beyfügung einer

Specifikation der Pfandbriefe der Direktion anzuzeigen, auch den Verlust durch das Intelligenzblatt bekannt zu machen.

Art. 338.

Kommen nun

A.

in dem nächsten Johannistermin die Pfandbriefe, oder auch nur die mit ihnen abhanden gekommenen Zinscheine, bey der Kasse zur Präsentation, so ist sie verpflichtet, den Namen des Vorzeigers auszumitteln, und ihm, je nachdem der Pfandbrief oder die Zinscheine allein eingereicht worden sind, solche unter Bekanntmachung der Veranlassung gegen ein Reversale abzunehmen, worin die geschehene Abnahme nebst der Veranlassung dazu bezeuget, und ihm, auf den Fall gehdrig erfolgter Legitimation, die Zurückgabe der in Beschlag genommener Pfandbriefe oder Zinscheine und die Nachzahlung der Renten zugesichert wird.

Art. 339.

Weydes, Dokumente und die fälligen Renten, werden bis zur ausgemachten Sache ad depositum genommen. Die Interessenten können aber verlangen, daß die letztern, in so fern sich die Summe dazu eignet, wo möglich in Pfandbriefe umgesetzt und fruchtbar gemacht werden.

Art. 340.

Dem Eigenthümer des verlorenen oder entwandten in oder außer Cours stehenden Pfandbriefes, wird der Name des Präsentanten mit der Anweisung bekannt gemacht, sein Eigenthum gegen denselben im rechtlichen Wege auszuführen, auch wie solches geschehen, der Bankdirektion zu seiner Zeit unter Einreichung des mit dem Urtheil der beschrittenen Rechtskraft versehenen Urtheils anzuzeigen.

Art. 341.

Da aber die mehrjährige Dauer eines über das streitige Eigenthum eines entfremdeten Pfandbriefes zu führenden Processes, weder mit dem Interesse der

Bank noch des wahren Eigenthümers verträglich ist, so müssen alle derartige Rechtsstreitigkeiten im Wege des summarischen Processes verhandelt werden.

Art. 342.

Der in Streit befangene Pfandbrief muß in dem Fall, wo die Bank nur die Zinscheine arretirt hat, dem Inhaber von dem Gericht ab- und bis zur rechtskräftig entschiedenen Sache ad depositum genommen werden.

Art. 343.

Die Auslieferung kann daher an den gewinnenden Theil, des sonstigen summarischen Proceßganges unbeschadet, nicht erfolgen, wenn von dem Urtheil der ersten Instanz appellirt worden ist.

Art. 344.

Das Gericht ist verpflichtet, die Bankdirektion von der Entscheidung, und ob davon appellirt worden sey, zu benachrichtigen.

Art. 345.

Wenn sich aber,

B.

in den Artikel 337. angenommenen Fällen, in dem nächsten Johannistermin kein Präsentant meldet, so müssen — die dreijährigen Zinscheine mögen abgelaufen seyn oder nicht — drei Zinszahlungstermine von dem Tage des letzten Zinsempfanges an gerechnet, abgewartet, die fälligen Renten einstweilen ad depositum genommen, und wenn auch der dritte Johannistermin fruchtlos verstrichen ist, der Eigenthümer angewiesen werden, über den verloren gegangenen Pfandbrief bey Einem kurländischen Oberhofgericht auf seine Kosten Ediktales auszubringen.

Art. 346.

In der öffentlichen gerichtlichen Vorladung muß die Art des Verlustes angezeigt und der etwanige unbekannte Inhaber zur Einlieferung des Pfandbriefes,

so wie der dazu gehörrigen Zinsſcheine, und zum Beweiſe ſeiner daran habenden Ansprüche unter der Verwarnung vorgeladen werden, daß, im Fall ſeines Ausbleibens und des nicht zum Vorschein gekommenen Pfandbriefes nebst Zubehör, ſolcher durch Urtheil und Recht für mortificirt erklärt, aus demſelben als einem vernichteten Dokument kein Anspruch irgend einer Art, weder an die Generalkaſſe der Bank, noch an das verpfändete Gut und deſſen Beſitzer geſtattet, auch auf den Grund des ausgefertigten Urtheils mit der Extrabulation des Pfandbriefes in dem Generalverzeichniß und dem Hypothekenbuche des kompetenten Gutes verfahren werden ſoll.

Art. 347.

Meldet ſich in den ex edictalibus anſtehenden Terminen ein Pfandbriefsinhaber, ſo wird zwiſchen ihm und dem Provokanten nach der Art. 340. ſeq. gegebenen Vorſchrift verfahren. Iſt keiner erſchienen, auch der Pfandbrief nicht zum Vorschein gekommen, ſo wird das Präkluſiv- und Mortifikationsurtheil abgefaßt, und dem Extrahenten ausgefertigt.

Art. 348.

Bey deſſen erfolgter Einreichung muß die Direktion den ſolchergeſtalt mortificirten Pfandbrief in dem Generalverzeichniß ſtreichen, die Extrabulation in dem Hypothekenbuche beſorgen, für den Eigenthümer aber auf dem nämlichen Gute unter einer andern Nummer einen andern Pfandbrief nebst Koupon auf ſeine Koſten ausfertigen und die immitteltſt affervirten Zinſen nachzahlen laſſen. Daß der neu ausgefertigte Pfandbrief in Abſicht der Priorität die Stelle des mortificirten erhält, und eben daher auch den Privatobligationen, die in dem Hypothekenbuch hinter dem Pfandbriefsdarlehn ingroſſirt ſtehen, ſelbſt dann vorgehet, wenn er auch in demſelben eine ſpättere Nummer erhält, verſteht ſich von ſelbſt.

Art. 349.

Iſt ein Pfandbrief durch einen höheren unabwendbaren Zufall, wie z. B. durch Brand, verloren gegangen, auch ſein Beſitz in dritter Hand nicht wahrſchein-

lich, so können dem Eigenthümer die Zinsen auch während dem Lauf des Processes gegen gehörige Kaution und besonders ausgestellte Zinsquittungen ausgezahlt werden.

Art. 350.

Wenn endlich

C.

ausser dem Fall des, der Bank von dem Eigenthümer eines in oder ausser Cours stehenden Pfandbriefes angezeigten Verlustes, ein Pfandbrief in drey Zinsterminen bey der Kasse gar nicht zum Vorschein kommt, und Eigenthümer und Inhaber unbekannt sind, so muß nach Ablauf des dritten Zinstermins die Direktion den unbekannten Inhaber desselben durch dreymalige Einrückung in das Intelligenzblatt auffordern, sich in dem nächstfolgenden vierten Termin bey der Kasse zu melden, unter Vorzeigung des Pfandbriefes und der Zinscheine zum Rentenempfang zu legitimiren, ausbleibenden Falls aber zu gewärtigen, daß der Pfandbrief durch gerichtliche Ediktalladung aufgeboden werden solle.

Art. 351.

Bleibt dieser Aufruf erfolglos, so läßt alsdann die Bank durch den Syndikus den Ediktalcitations- und Mortifikationsproceß ausbringen.

Art. 352.

Da aber dieses Aufgebot, im Fall sich Keiner meldet, zugleich dahin abzweckt, die Summe des Pfandbriefes und der davon auffkommenden Renten als herrenlos der Bank zuzusprechen, so wird der Art. 346. vorgeschriebenen Verwarnung am Schluß noch hinzugefügt:

daß die in dem aufgebodenem Pfandbriefe verschriebene Summe nebst den rückständigen Renten der Bank als ein derselben zugehöriges Eigenthum zugesprochen werden solle.

Art. 353.

Es muß also auch diesem gemäß auf den Grund des publicirten und ausgefertigten Urtheils mit der Deletion des Pfandbriefes zwar nach Art. 346. verfahren, der neu ausgefertigte Pfandbrief aber, nach geschehener Ingrossation in das Hypothekenbuch, ad depositum genommen, und auf den Namen der Bank als ihr Eigenthum, nebst den aufgelaufenen Zinsen, nach Abzug der Kosten des Ediktalprocesses in Einnahme gestellt werden. In Absicht der Priorität des neu ausgefertigten Pfandbriefes findet die Vorschrift des Art. 348. Anwendung.

Art. 354.

Melbet sich aber in dem Termin der Pfandbriefeseinhaber, so muß er, nach geschehener Ausantwortung des Pfandbriefes nebst Zubehör, sein vermeintliches oder wirkliches Eigenthum gegen die Bank ausführen, und darüber erkennen lassen.

Art. 355.

Hat sich der Inhaber gehörig legitimirt, und wird ihm das Eigenthum des Pfandbriefes zugesprochen, so muß er nichts desto weniger alle auf die Bekanntmachung und den Ediktalproceß verwandten Kosten tragen, oder sich ihren Abzug von den bey der Bank affervirten Zinsen gefallen lassen.

Kapitel XX.

Von dem eigenthümlichen Fonds der Bank und seiner Bildung.

Art. 356.

Die Bank bedarf zu ihrer Existenz, zur Besoldung der bey der Administration angestellten Beamten, des Wohnungslokals, der nöthigen Materialien und zur möglichen Bildung eines Tilgungsfonds für die Zukunft, eines eigenthümlichen Vermögens.

Art. 357.

Außerdem fallen ihr zur Last:

- 1) die zur Deckung der ausbleibenden Renten nöthigen Vorschüsse;
- 2) die etwaigen Reetablissementskosten eines in seiner Kultur zurückgekommenen Gutes;
- 3) die mit der etwaigen Aufnahme einheimischer oder auswärtiger Anleihen verbundenen Kosten;
- 4) die erste Deckung unvorhergesehener Verluste bey etwa überschätzten Gütern, bis dahin, daß der Schadensersatz von den Schuldigen erfolgen kann.

Art. 358.

Jedes Mitglied, welches an den Rechten und Vortheilen der Societät Theil nehmen will, welche für die mit Pfandbriefen belegten Güter namentlich darin bestehen, daß die Bank die von ihr gegebenen Darlehne bey richtiger Zinszahlung, und so lange der Schuldner weder die Vorschriften des Reglements verlegt, noch die Sicherheit schmälert, nicht auffündigt, ist daher auch gegenseitig verpflichtet, zu diesen Kosten, in so weit sie von den associirten Gütern aufkommen müssen, verhältnißmäßig beizutragen.

Art. 359.

Diesem gemäß werden, wenn die Bank in Thätigkeit tritt, die Unterhaltungskosten durch nachfolgende Einnahmen bestritten:

- 1) durch einen jährlichen Beytrag von $\frac{1}{4}$ pro Cent von der Summe des erhaltenen Darlehns, welcher nebst den Renten zu Johannis eines jeden Jahres an die Bank bezahlt wird;
- 2) durch die Ausfertigungsgebühren für die Pfandbriefe, und zwar mit 1 Rubel Silber für das Materiale und mit $\frac{1}{2}$ pro Cent für die Ausfertigung derselben, Abstempelung, Siegelung u. s. w;

- 3) durch die Gebühren für die Ausfertigung der dreyjährigen Zinskoupons mit 30 Kopelen überhaupt für alle drey Jahre von jedem Pfandbriefsinhaber;
- 4) durch die Einnahme von den verschollenen der Bank nach den Artikeln 352. und 353. adjudicirten Pfandbriefen, und der etwa vorkommenden Strafgeelder, so wie endlich
- 5) durch den Vortheil, den die Bank von der Gnade Seiner Majestät, des Kaisers, aus dem zu geringern Procenten bewilligtem Darlehn erwartet, und
- 6) in gleicher Art von aufgenommenen in oder ausländischen Anleihen, zu einem geringern als dem landesgesetzlichen Zinsfuß.

Art. 360.

Jeder Gutsbesitzer, der ein Pfandbriefsdarlehn erhält, muß die Beyträge sub No. 1. 2. und 3., so wie die Kosten für das Hypothekenbuch, nebst den von der Bank der Hypothekenbehörde vorschußweise bezahlten Ingrossationsgebühren, bey Ausantwortung der Pfandbriefe baar entrichten.

Art. 361.

Ob, wenn und in wie fern es möglich sey, daß sub No. 1. aufgeführte $\frac{1}{4}$ Procent im Verfolg der Zeit entweder herabzusetzen, oder ganz aufzuheben, hängt von der Zukunft, und von der Vergrößerung des Vermögensfonds der Societät ab.

Art. 362.

Ueber die sämmtlichen in vorstehender Art aufgeführten Einnahmebranchen und die davon zu bestreitenden Ausgaben wird eine besondere Rechnung geführt. Der nach Abzug der Administrationskosten und des eisernen baaren Geldbestandes von 5000 Silberrubel für unvorhergesehene Fälle (Theil 2. Kap. XVI. Art. 299.) bleibende Ueberschuß, muß zinsbar belegt, und dadurch die Möglichkeit eines Tilgungsfonds vorbereitet werden.

Art. 363.

Um die baaren Bestände des Societätsvermögens so fruchtbar wie möglich zu machen, und den Kredit der Pfandbriefe zu befördern, können auch die letztern von ihren Inhabern bey der Bank in so fern, nach vorhergegangener Bewilligung des Kollegii, diskontirt werden, als letztere die dazu nöthigen Summen entbehren kann.

Ulrich Freyherr von Schlippenbach,
Präsident der Kommission und Piltenscher Bevollmächtigter für dieselbe.

Kollegienrath Karl von Wittenheim,
Selburgscher Kommissarius.

Wilhelm von Rüdiger,
als Kommissarius des Selburgschen Kreises.

Herrmann von Ecken,
als Kommissarius des Goldbingschen Kreises.

Friedrich Baron Firschs von Mogallen,
Kreismarshall und Kommissarius von Goldbingen.

Matthias von der Recke,
als Kommissarius des Luckumschen Kreises.

V e r z e i c h n i s s
der
zu dem Reglement gehörigen Beylagen.

- No. 1. Schema zu einem Pfandbriefe, Theil I. Kap. II. Art. 36.
= 2. Schema zu den dreijährigen Zinscheinen, eodem Art. 37.
= 3. Schema zu dem Generalverzeichnis über die aufgenommenen Güter und die
darauf ausgefertigten Pfandbriefe, Theil I. Kap. III. Art. 65.
= 4. Schema zu dem Protokollbuch über die eingezahlten Zinsen, Theil II. Kap. XII.
Art. 237.
-

Eintausend



Silber - Rubel.

Des Kurländischen ritterschaftlichen Bankvereins.

Privilegirter Pfandbrief über 1000 Silber-Rubel, welcher zur Sicherheit des Kapitals und der Interessen, unter der Garantie der verbundenen Kurländischen Güter, auf das in dem _____ Kirchspiel der _____ Oberhauptmannschaft belegene Privatgut _____ von der Bankdirektion unter N^{ro} _____ des Generalverzeichnisses ausgefertigt worden, wovon die Zinsen zu 6 Procent jährlich zu Johannis in Mitau, gegen Einlieferung der zu diesem Pfandbriefe gehörigen dreyjährigen Zinskoupons, bezahlt werden. Miau Johannis 18____ (L.S.) Direktorium des Kurländischen Bankvereins

Zu diesem Pfandbriefe werden von drey zu drey Jahren Zinskoupons ausgereicht. Im dritten Jahre werden gegen Vorzeigung des Pfandbriefes neue Zinskoupons auf die folgenden drey Jahre ertheilt.

Oberhauptmannschaft

Das Privatgut _____ in dem _____

Anno 18____ den _____ ist vorstehender Pfandbrief sub N^{ro} _____ über Eintausend Silber-Rubel in dem Hypothekenbuch des Gutes _____ Volumeine _____ N^{ro} _____ ingrossiret worden.

Ad mandatum des Kurländischen Oberhofgerichts. (L.S.)

N. N.

N. N.

Obersekretair.

Obersekretair.

Kirchspiel der _____

Direktorium des Kurländischen ritterschaftlichen Bankvereins.
(Sier folgen die Unterschriften bis zum dritten Zinsschein.)

Gegen Einreichung dieses Zinsscheines werden von dem Kurländischen Pfandbriefe sub No. — über 1000 Silber-
rubel, ingrossirt in dem Hypothekenbuche des Gutes —
Volum. — No. — die Zinsen mit Sechs Procent zu
Johannis — vom 12ten bis zum 14ten Junius bey der
Kreditbank zu Mitau bezahlet. Mitau Johannis —
Stempel der Direktion. Zinsschein No. 1.

Gegen Einreichung dieses Zinsscheines werden von dem Kurländischen Pfandbriefe sub No. — über 1000 Silber-
rubel, ingrossirt in dem Hypothekenbuche des Gutes —
Volum. — No. — die Zinsen mit Sechs Procent zu
Johannis — vom 12ten bis zum 14ten Junius bey der
Kreditbank zu Mitau bezahlet. Mitau Johannis —
Stempel der Direktion. Zinsschein No. 2.

Gegen Einreichung dieses Zinsscheines werden von dem Kurländischen Pfandbriefe sub No. — über 1000 Silber-
rubel, ingrossirt in dem Hypothekenbuche des Gutes —
Volum. — No. — die Zinsen mit Sechs Procent zu
Johannis — vom 12ten bis zum 14ten Junius bey der
Kreditbank zu Mitau bezahlet. Mitau Johannis —
Stempel der Direktion. Zinsschein No. 3.

S c h e m a

zu

dem Generalverzeichniß der in den Bankverein aufgenommenen
Güter und der darauf ausgefertigten und eingetragenen
Pfandbriefe.

Beilage No. 3. ad Art. 65. Theil I. Kap. III.

Nummer und Namen des aufgenommenen Gutes und seines Besitzers.		Reglements-mäßiger Werth desselben in SRbl.	Totalsumme des Pfandbriefs darlehns in SRbl.	Nummer und Betrag der einzelnen Pfandbriefe in Silb. Rub.		Hauptnummer des Darlehns in dem Hypothekensbuch. No.	Abge-setzte und delirte Pfandbriefe.	Jahr u. Datum der Ablösung.	Bemerkungen für besondere Fälle.
No.				No.					
I	N. N. im Mitau- schen Kirch- spiel der Mi- tauschen Oberhaupt- mannschaft belegen, dem N. N. gehörig, laut Receptions- und Bewilli- gungsproto- koll vom	90900	60600	6	5000	V.	5000	Johannis 18	
				7	5000		5000	desgleichen	
				8	5000				
				9	5000				
				10	5000				
				11	5000				
				12	5000				
				13	5000				
				14	5000				
				15	5000				
				16	5000				
				17	5000				
				18	200				
				19	200				
				20	200				
				60600					

Mitau, den ten April 18

(L. S.) Direktion und Råthe des Kurländischen ritterschaftlichen Bankvereins.

Anno 18 den ten April ist das vorstehende Pfandbriefsdarlehn von 60600 Silberrubel, nebst den einzelnen Pfandbriefen von No. 6. bis 20., in das Hypothekenbuch des Gutes N. N. Volum. I. Rubr. III. sub No. V., auf den Grund des vorstehenden Extrakts, eingetragen worden.

L. S. J.

S c h e m a

zu dem

über die eingezahlten Zinsen zu führenden Protokoll.

Beilage No. 4. Kapitel XII. Artikel 237.

Verzeichniß der Anhänge.

Erster Anhang.

Grundsätze über den zum Behuf einer rechtsgültigen Präklusion auszubringenden Edictalproceß.

Zweiter Anhang.

Grundsätze zur Einrichtung und Anlegung der Hypothekenbücher über die associirten Güter, nebst dem Schema zu einem Pfand- und Hypothekenbuch, und der Tage für die Hypothekengeschäfte sub No. 1. und 2.

Dritter Anhang.

Personal- und Salarien=Etat für die Beamten und Subalternen der Kurländischen Bankdirektion.

Vierter Anhang.

Eidesformulare für die Beamten.

Fünfter Anhang.

Abschätzungsgrundsätze des Bankvereins.

G r u n d s ä t z e ,

nach welchen

über die dem Bankverein beytretenden Güter , zur Ausmittelung
unbekannter Realansprüche und stillschweigender Hypotheken , der
Ediktalproceß eingeleitet und die Anlegung der Hypotheken-
bücher vorbereitet werden soll.

Erster Anhang.

E i n l e i t u n g.

Da der Kurländische Bankverein, nach dem Art. 32. Kap. II. des Reglements, die Sicherheit der von ihm ausgegebenen Pfandbriefe jedem Inhaber dergestalt solidarisch garantirt, daß sich dieser wegen der darin verschriebenen Kapitals- und Rentensumme ohne Rücksicht auf das in dem Pfandbriefe benannte Gut lediglich an die Bank hält, die ihm dafür ohne allen Rechtsstreit aufkommt, so muß auch die letztere, deren Sicherheit in dem specialiter verpfändeten Gute beruhet, zur Aufrechthaltung ihres Credits und zur Abwendung eines möglichen Verlustes, alle gefeszmäßige Vorsicht anwenden. Sie muß also die überzeugende Gewißheit haben, daß der dem Bankverein beytretende Gutsbesitzer der unbezweifelte und unstreitige Eigenthümer des mit Pfandbriefen zu belegenden Gutes sey, daß seine Disposition über dasselbe, weder durch Familienverträge, noch durch testamentarische Verordnungen, beschränkt sey, und daß den aus den gerichtlichen Schuldenkonsignationen hervorgehenden Hypothekengläubigern kein uneingetragenes Realrecht, keine stillschweigende privilegirte Hypothek, und überhaupt kein unbekannter Anspruch eines Dritten vorgehen könne, wodurch der öffentliche Glaube getäuscht und die eingetragenen Gläubiger gefährdet werden könnten.

Die bey den Oberhauptmannschaften geführten Korroborationsbücher geben hierüber keine Gewißheit. Denn ausserdem, daß es über ihre gleichförmige ordnungsmäßige Einrichtung und Führung an einer gefeszlischen Bestimmung fehlt, so weisen sie nur den Namen des Besizers und diejenigen Realgläubiger nach,

die ihre Forderungen haben eintragen lassen. Die nach den Aurländischen Rechten privilegierten Hypotheken sind aber gerade, weil das Gesetz ihren Vorzug schützet, nie oder höchst selten eingetragen. Dies Nämliche ist auch der Fall mit den Beschränkungen der Disposition durch Testamente oder Familienverträge. Alle derartige Ansprüche bleiben den Realgläubigern, die dem öffentlichen Glauben der Korroborationsbücher vertrauten, bis zu einer eintretenden Realexekution oder bis zu einem über das Vermögen des Gutsbesizers ausbrechenden Konkurse unbekannt, und nehmen entweder den größten Theil von dem Werth des Gutes weg, durch den sich die eingetragenen Gläubiger gesichert glaubten, oder sie werden die Quelle zu sehr langwierigen und gehässigen Processen. So lange es also kein Gesetz giebt, welches die Inhaber privilegirter Pfandrechte, oder Familienberechtigten an dem Gute, zur Eintragung auf dasselbe verpflichtet, kann weder ein fester Realkredit, noch die Anlegung von Hypothekenbücher, noch überhaupt Sicherheit des Privateigenthums statt finden. Eben daher kann kein Gut eher in den Bankverein aufgenommen werden, bevor sich nicht dessen Besitzer als unbeswefelter Eigenthümer legitimirt, überdem aber

- 1) die unbekannten, sein Eigenthum beschränkenden Ansprüche jeder Art, so wie die Inhaber der stillschweigenden privilegierten Hypotheken, durch einen Ediktalproceß hat ausmitteln oder präcludiren, und demnächst
- 2) zum Behuf der Eintragung des Pfandbriefsbarlehns, über sein Gut, nach der im zweyten Anhang gegebenen Anleitung, ein geordnetes Hypothekenbuch hat anlegen lassen, wodurch die Bank und jeder ihr nachstehender Gläubiger die Ueberzeugung erhält, daß nur die Eintragung in dasselbe einzig und allein ein Vorzugsrecht gewähre, und daß kein Privilegium mehr Statt finde, welches den ingrossirten Rechten vorgehet.

Da es aber für den nur aus der Observanz hervorgegangenen, sehr oft zum Nachtheil des Realkredits gemißbrauchten Aurländischen Ediktalproceß, an

bestimmten Vorschriften fehlt, so ist es nothwendig, solchen, in so fern er auf die associirten Güter des Bankvereins angewandt werden und das Institut sichern soll, an nachstehende allgemeine und besondere Grundsätze zu binden.

II.

Allgemeine materielle Grundsätze einer jeden Ediktalladung.

§. 1.

Jede Ediktalladung ist ihrer Natur nach subsidiarisch, und findet in der Regel nur dann statt, wenn der Vorzuladende seinem Leben und Aufenthalt nach unbekannt ist, oder wenn er an einem Orte wohnt, der die Nachweisung der richtig geschehenen Behändigung einer besondern Vorladung unmöglich macht, oder wenn der Vorladende selbst über das mögliche Daseyn eines Dritten Gewißheit haben will, der sein Eigenthum rechtmäßig ansprechen könnte.

§. 2.

Die Ediktalladung zweckt also dahin ab, sowohl von dem Vorladenden, als auch von dem Vorzuladenden, möglichen Schaden abzuwenden, und das beyderseitige Interesse zu sichern.

§. 3.

Der Vorladende muß also sein Interesse zur Sache und die Nothwendigkeit und gesetzliche Zulässigkeit der Ediktalladung nachweisen.

§. 4.

Die Wirkung der Ediktalladung, und die mit dem Ausbleiben verbundenen Nachtheile, dürfen nie größer seyn, als es der Zweck der Ediktalladung und der dadurch zu schützenden Rechte erfordert.

§. 5.

Das Ausbleiben hat daher nicht immer den absoluten Verlust des Rechtes des Vorgeladenen zur Folge, vielmehr werden die für ihn daraus entstehenden

Nachtheile, nach Verschiedenheit und Mannigfaltigkeit der Fälle, durch das Gesetz, in dessen Ermangelung durch den Richter nach dem allgemeinen Grundsatz der Gerechtigkeit, nie aber durch die Willkühr des Vorladenden bestimmt.

§. 6.

Diesem gemäß muß auch die Zulässigkeit der nachgesuchten Ediktalladung, und der von dem Extrahenten zu deren Unterstützung angeführten Gründe, von dem Gericht mit Rücksicht auf die Gesetze geprüft werden.

§. 7.

Es muß ferner nach bewandten Umständen die Förmlichkeiten der Vorladung, die Art ihrer Bekanntmachung, den Zeitpunkt in und bis zu welchem der Vorgeladene sein Recht geltend und erweislich zu machen hat, bestimmen.

§. 8.

Die Bekanntmachung muß dem Zweck der Deffentlichkeit dergestalt entsprechen, daß der Vorgeladene oder dessen etwaige Erben und Rechtsnehmer von der Aufforderung und von dem Gegenstande der Sache, wobey sie interessiren, unterrichtet werden und Kenntniß erhalten können.

§. 9.

Der Vorladende muß bey dem Eintritt des dem Vorgeladenen gesetzten Termins dem Gericht nachweisen, daß alle vorgeschriebenen Förmlichkeiten der Ediktalladung wirklich beobachtet worden sind.

§. 10.

Das Präjudiz der Ediktalladung, und die darin auf das Ausbleiben gesetzten Nachtheile, sind erst dann verwirkt, wenn sich der Vorgeladene weder in Person noch durch einen Bevollmächtigten an dem letzten in der Vorladung zur Angabe benannten Tage bis zur aufgehobenen Gerichtssitzung meldet.

§. 11.

Das Gericht muß nach abgelaufenem Termin in dem abzufassenden Bescheide, sowohl über die beobachtete formelle Legalität der Ediktalladung, als auch über

ihre Folgen erkennen. Finden sich bey der erstern wesentliche Mängel, so muß die Ediktalladung erneuert und ein zweyter Termin angesetzt werden.

§. 12.

Hat es mit den Formalien der Vorladung seine Richtigkeit, und erfolgt die Präklusion, so muß der Provokant den publicirten Bescheid durch das Intelligenzblatt des Gouvernements zur allgemeinen Kenntniß bringen, um dadurch dem Publikum seine unbeschränkte Disposition über den aufgegebenen Gegenstand nachzuweisen.

B.

Besondere Grundsätze der Ediktalladung für die mit Pfandbriefen zu belegenden Güter.

§. 13.

Jeder zur Aufnahme in den Bankverein reglementsmäßig geeigneter Gutsbesitzer (Kap. IV. Art. 73. — 87.) ist demnach verpflichtet, vor der Aufnahme über sein Gut Ediktales auszubringen.

§. 14.

Eine Ausnahme von diesem Gesetz findet nur dann statt, wenn Jemand, der sein Gut erst neuerdings im Wege der öffentlichen gerichtlichen Subhastation erstanden und den Abjudikationsbescheid darüber erhalten hat, zur Tilgung des Rauffchillings oder zur Ablösung der auf dem Gute ruhenden von ihm übernommenen Schulden ein Pfandbriefsdarlehn nachsucht.

§. 15.

Durch diesen Ediktalproceß sollen also nur ausgemittelt, zur Anmeldung ihres Realrechtes aufgefordert, und bey nicht erfolgter Angabe präkludirt werden:

- 1) alle unbekannten Ansprüche an das Eigenthum des Gutes überhaupt und aus irgend einem Grunde;
- 2) alle nicht eingetragenen stillschweigenden Hypotheken, denen die Kurländischen Statutarrechte, und namentlich die kommissorialischen Decisionen von dem Jahre 1717 Desider. 24., auch ohne gerichtliche Versicherung einen Vorzug vor den ausdrücklichen Hypotheken einräumen;
- 3) alle unbekannte Servitutsberechtigte;
- 4) diejenigen eingetragenen Hypothekengläubiger, oder deren Erben und Cessionarien, die sich in dem rechtsverjährten statutenmäßigen Zeitraum von fünf oder mehreren Jahren weder gemeldet noch von ihrem Leben und Aufenthalt Nachricht gegeben haben.

S. 16.

Ausgenommen von der in Rede stehenden Ediktalladung und von aller Präklusion sind und bleiben also:

- 1) alle bekannte ingrossirte Hypothekengläubiger;
- 2) alle diejenigen, welche sich in dem unstreitigen Besitz einer Grundgerechtigkeit oder Servitut befinden, so wie
- 3) alle Personalgläubiger des grundbesitzlichen Schuldners.

Glaubt Lehrtzer, daß ihm gegen einen der vorbenannten Gläubiger oder Prätendenten ein Widerspruchsrecht zustehe, so muß er solches besonders ausführen und seinen Gegner in gewöhnlicher Weise vorladen lassen.

S. 17.

Da der Zweck einer zum Behuf der Aufnahme in den Bankverein und zur Anlegung eines Hypothekenbuches über das mit Pfandbriefen zu belegende Gut auszubringenden Ediktalladung nur dahin gehet, das Grundeigenthum zu sichern, und den Schaden und Nachtheil abzuwenden, der für den Besitzer und seine Gläubiger aus der Unkunde fremder Ansprüche entstehen könnte, nicht aber sich wissentlich mit dem Schaden eines bekannten Realgläubigers durch dessen Ver-

schweigung zu bereichern, so folgt auch hieraus die unerläßliche Verpflichtung des Provokanten, nicht nur alle bey den Instanzgerichten schon korroborirten Schulden, sondern auch alle ihm bekannten noch nicht korroborirten obligatorischen Schuldverschreibungen und Realrechte anzuzeigen, und von der Vorladung und Präklusion auszunehmen.

§. 18.

Wenn Jener, nach dem §. 4. und 5. der allgemeinen Grundsätze, der mit dem Ausbleiben des Vorgeladenen verbundene Nachtheil nicht größer seyn darf, als es der bestimmte Zweck erfordert und das Gesetz vorschreibt, so kann auch die Folge des Ausbleibens nur darin bestehen, daß der Vorgeladene nur das dingliche Recht an das Gut, nicht aber das etwanige persönliche Recht an den Vorladenden und sein übriges Vermögen, verliert.

§. 19.

Daher muß auch der Inhaber einer wegen Ablauf des fünf- oder mehrjährigen Zeitraums aufgegebenen Realsforderung mit seinem persönlichen Anspruch, selbst nach erfolgter Präklusion des Realrechtes, in so fern gehört werden, als er den Einwand der Verjährung und des daraus gefolgerten absoluten Rechtsverlustes durch nachgewiesene rechtliche Gründe zu widerlegen vermag.

§. 20.

Der Extrahent einer in der vorstehenden Absicht bey Einem Kurländischen Oberhofgericht nachgesuchten Ediktalladung muß daher sein diesfälliges Gesuch, gleich einer jeden andern Civilklage, begründen, und diesem gemäß:

- 1) sein unbezweifeltes Eigenthum an dem Gute, durch Beybringung der letzten Erwerbungsurkunde, sie bestehe in einem Erbkauf- oder Erbpandkontrakt, in einem Testament, Theilungsrecess oder in einem Abjudikationsbescheide, so wie
- 2) durch ein Attest des kompetenten Oberhauptmannsgerichtes, als der vormundschaftlichen Behörde, nachweisen:

daß weder unmündige unter seiner väterlichen oder vormundschaftlichen Gewalt stehende Kinder, noch unabgefundene minorene Miterben vorhanden sind, welchen, wegen ihres noch nicht ingrossirten Vermögens, eine gesetzlich stillschweigende Hypothek an dem Gute zustehe;

3) muß derselbe alle auf das Gut bis dahin eingetragenen Hypothekenschulden und sonstigen Realrechte, durch Beybringung der neuesten von dem kompetenten Oberhauptmannsgericht unter dessen Unterschrift und Siegel ausgefertigten Konsignation, nachweisen;

4) ist der Gutsbesitzer verheirathet, und das eingebrachte Vermögen seiner Ehegattin nicht schon durch ein darüber ausgestelltes und ingrossirtes Schulddokument gesichert, so muß er von ihr eine in Beytritt eines besondern Assistenten ausgestellte gerichtlich verlaubliche Erklärung des Inhalts beybringen:

daß sie, wohl belehrt von den ihr gesetzlich zustehenden Rechten, wegen ihres eingebrachten Vermögens an das Gut keine Ansprüche zu machen habe.

§. 21.

Da nach der bisherigen Observanz Verträge und letztwillige Verordnungen, wodurch ein Realrecht bestellt oder vorbehalten, oder die Disposition des Besitzers beschränkt wurde, zwar in den Büchern des Instanzgerichts verschrieben, in den Schuldkonsignationen aber ohne Bemerkung ihres Inhalts verzeichnet wurden, so daß also der letztere jedem Interessenten, der sich nicht das Instrument selbst auf eigene Kosten extrahiren ließ, unbekannt blieb, so ist auch in solchen Fällen die Beybringung der Urkunde bey einem nachgesuchten Ediktalproceß nothwendig.

§. 22.

Soll zugleich ein seit fünf oder mehreren Jahren unbekannter Inhaber einer ingrossirten Hypothekenschuld zum Behuf seiner Ausmittelung und eventuellen Präklusion namentlich mit vorgeladen werden, so muß der Provoquant anzeigen, wenn und an wen er die letzten Zinsen gezahlt, und überhaupt wenn er zum letztenmale Nachricht von dem Abwesenden erhalten habe.

§. 23.

Auf das solchergestalt substantiirte Gesuch gründet der Provoquant den bittlichen Antrag:

mit Ausschluß aller bis zum Tage der gerichtlich ausgefertigten Schuldenkonfignation, aus dem zu benennenden Instanzgericht, eingetragenen Schulden- und Hypothekenrechte, alle unbekannte Realprätendenten, die aus irgend einem Rechtsgrunde, er habe einen Namen welchen er wolle, namentlich und ausdrücklich aber aus gesetzlich privilegierten stillschweigenden Hypotheken, so wie aus Familienverträgen oder Testamenten, an das — zu benennende — Gut, Eigenthums- oder andere Realansprüche zu machen haben, zur Angabe und Nachweisung ihrer Rechte unter der Verwarnung edictaliter vorzuladen, daß sie bey ihrem Ausbleiben nicht weiter gehört, vielmehr auf immer damit an das Gut und dessen Zubehörungen präkludirt werden, und ihnen nur, in so fern es sonst gesetzlich zulässig ist, ihre persönlichen Rechte, gegen wen es gebühret, vorbehalten bleiben sollen.

§. 24. a.

Es ist dem Provoquanten gestattet, mehrere ihm gehörige Güter in einem Ediktalproceß aufzubieten, nur müssen die in dem eintretenden Termin über jedes Gut gemachten Angaben in besondern Protokollen verhandelt werden.

§. 24. b.

Eben so können auch mehrere Güter verschiedener Besitzer, zur Erleichterung der mit einer Ediktalladung verbundenen Kosten, in so fern in einem Proklam öffentlich aufgeboden werden, als nicht die Qualität der Güter, oder der besonders und namentlich vorzuladenden Personen, und der zu präkludirenden Realrechte, eine Absonderung erfordert. Allein auch bey einer an sich zulässigen Gesammtvorladung muß nicht allein jeder Gutsbesitzer für sein aufzubietendes Gut eine besondere, in der oben §. 20. seq. vorgeschriebenen Art justificirte Supplique einreichen, sondern es müssen auch die an jedes Gut gemachten Angaben in besondern Protokollen verschrieben werden.

§. 25.

Das Gesuch selbst wird nebst seinen Beylagen in zwiefachen Abschriften dem Oberhofgericht eingereicht, dessen Legalität und Vollständigkeit geprüft und bey befundener Zulässigkeit die Ediktalladung, dem §. 23. gemäß, bescheidsmäßig nachgegeben. Finden sich aber dabey Mängel und Anstände, so bleibt solche so lange ausgesetzt, bis der Supplikant nach der geschehenen Anweisung das noch Fehlende ergänzt und nachgeholt hat.

§. 26.

Durch den Bescheid wird nur ein Präjudicialtermin mit drey Angabetagen auf sechs Monate angesetzt, und der Extrahent angewiesen, das ausgefertigte Citationsproklam durch den öffentlichen Aushang in den fünf Oberhauptmannschaften, so wie durch die gewöhnliche dreymalige Einrückung in die beyden Reichszeitungen und das Mitauische Intelligenzblatt, zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, auch wie solches geschehen in dem angesetzten Präjudicialtermin gehörig nachzuweisen.

§. 27.

Außerdem muß die Ediktalladung auch durch dreymalige Einrückung in den Hamburger Korrespondenten zur Kenntniß des ausländischen Publikums gebracht werden.

§. 28.

Der Provokant deducirt sodann bey dem Eintritt des Termins dessen gehörig geschehene bescheidsmäßige Bekanntmachung durch Exhibition der ausgehangenen Proklama, der Zeitungen und Intelligenzblätter, wodurch die Ediktalladung zur öffentlichen Kunde gebracht worden ist, reservirt den bekannten von ihm angegebenen Gläubigern (§. 21. und 22.) ihre Rechte, erwartet die Angaben der sich etwa Meldenden, und trägt auf die Präklusion aller Ausbleibenden an.

§. 29.

Aus der wiederholten Bemerkung, daß durch diesen Ediktalproceß nur der Schuldenetat des Gutes konstatirt, und letzteres, so wie die darauf eingetragenen Gläubiger, nur gegen unbekannte Realprätendenten geschützt werden sollen, folgt auch von selbst, daß alle in dem Termin sich etwa meldenden Personalgläubiger des Provokanten mit ihren Angaben als ungehörig zurückgewiesen werden müssen.

§. 30.

Haben sich nach Ablauf der Ediktalien in den drey Angabetagen Inhaber von Realrechten gemeldet, so wird der Präklusionsbescheid in der Art ordnungsmäßig abgefaßt, daß sich das Gericht

- 1) über die Legalien der Vorladung, und ob solche bescheidsmäßig richtig sind, ausspricht, wenn dies der Fall ist;
- 2) alle Ausgebliebenen, der §. 23. enthaltenen Verwarnung gemäß, präkludirt;
- 3) den bis zum Tage der ausgefertigten Schuldenkonsignation bey dem kompetenten Instanzgericht korroborirten, so wie den von dem Provo-

kanten etwa überdem angegebenen Realgläubigern ihre Rechte respektive vorbehält und bestätigt, und endlich

- 4) zum Verfahren über die durch den öffentlichen Aufruf zum Vorschein gekommenen Realansprüche die Disputationstermine verordnet.

§. 31.

Kommt eine Angabe zur Sprache, die das Vorzugsrecht der eingetragenen Gläubiger in Anspruch nimmt, so wird der Provokant in dem Präklusionsbescheide verpflichtet, solchen den dabey interessirenden Gläubigern zur Wahrnehmung ihrer Gerechtsame in gesetzlicher Weise bekannt zu machen, auch ob und wie solches geschehen sey, bis zu dem ihm des Endes zur Eröffnung des Disputationsverfahrens anstehenden Termin nachzuweisen.

§. 32.

Bei dem letztern findet im Wege des summarischen Processes ein Schriftwechsel in zwey Säzen von zwölf zu zwölf Tagen statt. Es werden nach Befund der Umstände, und mit billiger Rücksicht auf die Weitläufigkeit und Wichtigkeit der Sache und der angeführten Gründe, nur drey Dilationen und zwar dergestalt gestattet, daß — es sey in der ersten oder zweyten Disputationsordnung — der fruchtlose Ablauf der dritten Dilation schon von selbst den Verlust des Verfahrens zur unausbleiblichen Folge hat, es mag darauf von dem Provokanten oder von einem andern Interessenten angetragen seyn oder nicht. Der Säumige wird daher übergangen, und das Protokoll dem in der Disputationsordnung folgenden Interessenten von Amts und Gerichts wegen mitgetheilt.

§. 33.

Auf den Grund des geschlossenen Schriftwechsels wird sowohl über die Qualität und Verität, als auch über das Vorzugsrecht erkannt, welches der neu angemeldeten Forderung gebührt. Gegen das ausgesprochene Urtheil stehet jedem dabey interessirenden Theile die Appellation an das kompetente Departement eines dirigirenden Senats frey. Das Rechtsmittel selbst hat aber keine hemmende Kraft.

§. 34.

Hat sich auf die erlassene Ediktalladung kein Realprätendent gemeldet, so ist mit dem Präklusionsbescheide der ganze Proceß beendet. Sollen ein zwar dem Namen nach bekannter, aber in Absicht seines Aufenthalts unbekannter (§. 15. No. 4. und §. 22.) Inhaber eines ingrossirten Realrechts, und dessen etwanige Erben und Rechtsenehmer präkludirt werden, so muß solches in dem Bescheide namentlich gesagt, auf die Extabulation und Deletion der darüber sprechenden Handfeste aus dem Korroborationsbuche des kompetenten Instanzgerichts erkannt, auch der Bescheid in diesem Fall durch dreymalige Einrückung in das Mitausche Intelligenzblatt bekannt gemacht werden.

§. 35.

Da durch die bescheidsmäßige Präklusion aller unbekannten Realansprüche das aufgebotene Gut, dessen Eigenthümer, die Bank und das Publikum gesichert, und darauf die Anlage eines Hypothekenbuches gegründet werden soll, dessen öffentlicher Glaube unerschütterlich feststeht, und da ferner den präkludirten Gläubigern ihr persönliches Recht vorbehalten bleibt, so findet auch gegen einen, auf den Grund vorschriftsmäßig erlassener Ediktalien abgefaßten und publicirten Präklusionsbescheid, zu Gunsten des Präkludirten weder eine Restitution noch irgend ein anderes Rechtsmittel statt.

§. 36.

Eben daher kann auch der Effect der Präklusion an dem Gute, wegen der nach dem vorstehenden §. davon abhängenden Folgen, durch keine Auctorität aufgehoben werden, weil sonst das Gesetz und mit ihm alle Sicherheit des Eigenthums aufhören würde.

Grund s ä t z e

zur

Einrichtung des Hypothekenwesens über die mit Pfandbriefen
zu belegenden Güter.

Z w e y t e r A n h a n g.

E i n l e i t u n g.

Wenn das Eigenthum des mit Pfandbriefen zu belegenden Gutes durch den aufgenommenen Ediktalproceß und die Präklusion aller unbekannten Realprätendenten gehörig gesichert, und die bekannten unstrittigen Realrechte und Forderungen ausgemittelt worden sind, so ist dadurch die Anlegung eines geordneten Hypothekenbuches vorbereitet. Diese muß, wenn die Aufnahme des Gutes in den Bankverein vor der Direktion beschloffen worden, alsdann sobald wie möglich erfolgen, weil alle Eintragungen und Abschungen, besonders die Ingrossation der zu Johannis auszugehenden Pfandbriefe, schon zeitig vor dem Eintritt dieses Termins geschehen seyn müssen. Diese für das Kreditwesen so wichtige Operation erfordert, wegen der gemeinschaftlichen Mitwirkung, eine ununterbrochene mündliche und schriftliche Kommunikation der Bank mit der das Hypothekenbuch führenden Behörde, die nur alsdann möglich ist, wenn beyde an dem nämlichen Orte ihren Sitz haben. Blicke das Hypothekenwesen über die associirten Güter, dessen Verwaltung eine völlige Gleichförmigkeit erfordert, bey den Oberhauptmannschaften, so würde für alle Interessenten die größte Verlegenheit entstehen, weil es der Bankdirektion bey ihren vielfältigen Geschäften nicht zugemuthet werden kann, über dessen Einrichtung und über die dabey nothwendigerweise vorkommenden Anfragen und Auskunftsertheilungen, über die Ingrossationen und Deletionen, so wie über die Eintragung der Pfandbriefe, mit fünf verschiedenen Behörden zu korrespondiren. Es tritt hinzu, daß die letztern, wegen der mög-

lichen Nachtheile, nicht mit der Post versandt werden können, und daß auch selbst im zulässigen Falle die Zu- und Rücksendung der Pfandbriefe nur gegen Bezahlung der Affekuranzkosten geschehen könnte, die für den Pfandbriefsanleiher immer drückend seyn würden, weil sie die Kosten, welche die erste Einrichtung erfordert, bedeutend vermehren. Es ist aber auch einleuchtend und unmdglich, alle die mühsamen Vorbereitungen und Vorarbeiten, welche die nöthige Zeit und eine ungestörte Aufmerksamkeit erfordern, bis zum Johannisterrmine selbst und bis zu der alsdann Statt findenden Anwesenheit der Oberhauptmannsgerichte in Mitau auszuführen. Der beabsichtigte Zweck macht daher nachfolgende gesetzliche Bestimmungen nöthig:

II.

Allgemeine Grundsätze.

§. 1.

Das gesammte Hypothekenwesen der mit Pfandbriefen zu belegenden Güter wird Einem Kurländischen Oberhofgerichte, als der ersten Gerichtsbehörde des Gouvernements, übertragen.

§. 2.

Die Verwaltung und Führung der Hypothekenbücher geschieht unter der Aufsicht desselben durch die beyden Obersekretaire, und die Reinschrift der dekretirten Eintragungen in dieselben durch einen dazu besonders vereideten Kanzellenbeamten.

§. 3.

Dagegen bleibt die Kreditsinrichtung aller übrigen nicht zum Bankverein gehörigen Güter, so wie solche bisher nach den kommissorialischen Decisionen von dem Jahre 1717 Desid. 13. No. 2. und dem Regierungspatent vom 5ten Junius

1822 No. 1930. Statt gehabt hat, und die Führung der Korroborationsbücher bey den kompetenten Oberhauptmannsgerichten.

§. 4.

Allein auch die zum Bankverein gehörigen Gutsbesitzer müssen die über ihre Güter abgeschlossenen Kauf- und Pfandkontrakte, so wie die über Privatdarlehne ausgestellten Obligationen, mit Ausnahme und Ausschluß der Pfandbriefe, nach Vorschrift und Anleitung der obigen Gesetze und des §. 98. der Kurländischen Statuten vom Jahre 1617, erst in die Korroborationsbücher der kompetenten Instanzgerichte einschreiben lassen, die alsdann verpflichtet sind, die von ihnen korroborirten Urkunden, zum Behuf der Eintragung in das Hypothekenbuch, an Ein Kurländisches Oberhofgericht einzusenden, damit weder das Publikum noch die Interessenten durch die unterlassene Ingrossation verschriebener und vorbe dingener Realrechte und durch die daraus entstandene Unvollständigkeit des Hypothekenbuches getäuscht werden.

§. 5.

So lange eine Besitzveränderung des Eigenthums weder in dem Gerichts- noch in dem Hypothekenbuche verschrieben ist, wird der in dem letztern eingetragene Besitzer, in allen mit einem Dritten über das Grundstück geschlossene Verhandlungen, als der wahre Eigenthümer angenommen. Der gefährdete Inhaber eines ihm zwar zugesicherten aber nicht eingetragenen Realrechts hat nur ein persönliches Recht auf Schadenersatz gegen den Eigenthümer.

§. 6.

Die §. 4. gegebene Vorschrift ist nur auf diejenigen neuen Besitzveränderungen zu beziehen, die sich, nach erfolgter Anlage des Hypothekenbuches, bey einem darin schon eingetragenen Gute ereignen. Wie bey der ersten Einrichtung desselben zu verfahren sey, und welche Materialien des Endes beyzubringen sind, wird unten näher bestimmt werden.

§. 7.

Da das Hypothekenbuch, sowohl nach seiner Benennung, als auch nach seiner Bestimmung, nur zur Sicherstellung gültig bestellter Realrechte abzweckt, so folgt auch daraus von selbst, daß Wechsel-, Revers-, Rechnungs- und mit einem Worte alle persönliche Schulden, sie mögen einen Namen haben welchen sie wollen, von der Einschreibung in das Hypothekenbuch ausgeschlossen bleiben, und daß alle dahin abzweckende Gesuche zurückgewiesen werden.

§. 8.

Was zur Erwerbung eines Pfand- und Hypothekenrechtes gehört, ist in dem gemeinen Recht und in den Statutargesetzen bestimmt, und wird daher als bekannt vorausgesetzt.

§. 9.

Die formmäßige Einrichtung der anzulegenden Hypothekenbücher, und die Ordnung der unter bestimmten Rubriken darin zu verschreibenden Eigenthums-
 Best. No. 1. und anderer Realrechte, gehet aus dem beyliegenden Schema No. 1. hervor.

§. 10.

Inhalts desselben muß auf das Titelblatt, außer dem Namen des Gutes und seiner etwanigen Pertinenzstücke, des Kirchspiels und der Oberhauptmannschaft, unter welcher es belegen ist, auch die Nummer gesetzt werden, unter welcher es in dem Generalverzeichniß der Bank aufgeführt ist. (Art. 65. des Reglements.) Gehört dem Gute eine Grundgerechtigkeit oder ein Realservitut auf einem andern Kron- oder Privatgute, die den Nutzungsertrag vermehrt, und dem Gute einen größern Werth verleihet, so muß solche gleichfalls auf dem Titelblatt vermerkt werden.

§. 11.

Ist das Gut ein unveräußerliches Familien-, Fideikommiß- oder ein Pfandgut, so ist diese Qualität, um das Publikum, wenn es sich mit dem Grundbesitzer einläßt, vor jeder Täuschung zu sichern, dem Namen des Gutes vorzu-

sehen, z. B. das in dem _____ Kirchspiel der _____ Oberhauptmannschaft belegene Fideikommiß- oder Erbpfandgut.

§. 12.

Unter der ersten Rubrik kommt hiernächst der vollständige Vor- und Zuname des Besizers und seine sonstige Qualität, so wie die Erwerbungsart, es sey durch Kauf, Erbtheilung, Testament, und die Summe des Erwerbungspreises zu stehen. Ist das Gut abgeschätzt, so wird der taxmäßige Werth vor der Linie gesetzt. Hat der Besizer Edivtales ausgebracht, und die Präklusion aller unbekannten Realprätendenten erlangt, so ist diese Bemerkung bey dem Besizttitel um so unerläßlicher, weil der Glaube des Hypothekenbuchs davon abhänget, und die erste Anlegung desselben davon ausgehet.

§. 13.

Wird das Gut auf einen Andern übertragen, und der Eigenthümer geändert, so bleibt nichts desto weniger der Name des Vorbesizers stehen, weil das Hypothekenbuch nachweisen soll, wie und durch welchen Titel das Gut von einem Eigenthümer auf den andern übergegangen ist.

§. 14.

Zur zweyten Rubrik gehören, wie schon die Ueberschrift andeutet, die unablässlichen Lasten aus Stiftungen und Legaten, so wie alle fortdaurende Beschränkungen des Eigenthums aus Familienverträgen, Testamenten u. s. w., namentlich die Unveräußerlichkeit des Gutes überhaupt, oder an ein fremdes Familienglied, der Antrittspreis und das Verbot seiner Ueberschuldung, das Vorkaufsrecht der Familienglieder, oder eines Dritten u. s. w. Auch gehöret zu dieser Rubrik die Servitut, welche das Gut etwa zu Gunsten eines andern zu dulden hat. Ist das Gut ein Pfandgut, welches zum statutenmäßigen Pfandbesiz gegeben oder verkauft worden ist, so hat das Wiedereinlösungrecht des Pfandgebers, so lange er

und seine Erben nicht darauf Verzicht leisten, und dem Pfandhalter das Erbrecht übertragen, hier gleichfalls seinen Platz.

§. 15.

Allgemeine landesgesetzliche Kron- und Kirchenabgaben, wozu jedes Gut verfassungsmäßig verpflichtet ist, bedürfen gar keiner Eintragung, und gehören mithin auch nicht in das Hypothekenbuch, weil sie schon durch Gesetz und Verfassung gesichert sind.

§. 16.

Unter der dritten Rubrik werden unter fortlaufenden Nummern alle hypothekarischen Schulden, d. h. alle formmäßig ausgestellte, mit dem Ingrossationskonsens des Ausstellers versehene Obligationen, die Pfandbriefdarlehne und Rationen eingetragen.

§. 17.

Ueber die bisherigen stillschweigenden gesetzlichen Hypotheken, die mit der Anlegung des Hypothekenbuches von selbst aufhören, müssen, in so fern darüber noch keine Dokumente vorhanden sind, aus denen sie hervorgehen, oder in so fern sie nicht durch richterlichen Ausspruch feststehen, zum Behuf der Eintragung besondere Instrumente oder Schuldverschreibungen ausgestellt werden.

§. 18.

Bei allen übrigen Privatschulden des Grundbesizers wird das Vorzugsrecht durch den Zeitpunkt der bey den Instanzgerichten erfolgten Korroboration bestimmt und durch die §. 4. verordnete Einsendung zum Behuf der Einschreibung in das Hypothekenbuch gesichert.

§. 19.

Ist ein Gut mit Pfandbriefen belegt worden, so muß jede neue Realbeschuldung und Eintragung, der Bankdirektion angezeigt werden, um bey einer unverhältnißmäßigen Beschuldung ihre Maaßregeln zu nehmen, und wo nöthig

das Pfandbriefsdarlehn ganz oder zum Theil aufzukündigen (Art. 55. des Reglements.)

§. 20.

Hat der Gutsbesitzer eine Vormundschaft, die mit einer Vermögensverwaltung verbunden ist, oder eine Konkurskuratel, oder eine Amtsverwaltung bey der Bank übernommen (Art. 97. und 98. des Reglements), so wird die diesfällige Qualität des Besizers auf den Grund des Konstitutorii oder des Wahlprotokolls unter dieser Rubrik verschrieben.

§. 21.

Pfandbriefe werden auf den Grund des von der Bankdirektion übersandten Extrakts aus dem Generalverzeichnis eingetragen. Die Hauptsumme des Darlehns wird, so wie solches das Schema zu dem Extrakt (Beilage No. 3. Art. 65. des Reglements) und zu dem Hypothekenbuch §. 9. besaget, in die dazu bestimmte Kolonne mit Zahlen und Buchstaben eingeschrieben, die einzelnen Pfandbriefe mit ihren Nummern kommen vor der Linie zu stehen.

§. 22.

Die richtig geschehene Eintragung wird von den Obersekretarien auf dem Extrakt attestirt, auf jedem einzelnen Pfandbriefe mit den Worten registirt:

Eingetragen in das Hypothekenbuch des Gutes N. N.

Volum. Rubrica III. No.

und der Registratur das Oberhofgerichtliche Siegel mit Buchdruckerschwärze beygedruckt.

§. 23.

Die auf den Pfandbrief zu setzende Hypothekennummer bleibt unverändert die Hauptnummer des ganzen Pfandbriefsdarlehns, um nicht durch die jedem Pfandbriefe zu gebende specielle Hypothekennummer die Eintragung zu erschweren und die Nummerzahl zu vermehren.

§. 24.

Die zu dieser Rubrik gehörige Kolonne von Cessionen ist bestimmt:

- 1) für die wirkliche Abtretung einer eingetragenen Privatobligation an einen Dritten;
- 2) für die Verpfändung oder Rautionsbestellung an oder für einen Dritten;
- 3) für den Fall, wenn der Inhaber einer solchen Privatobligation der Bank oder einem andern hinter ihm stehenden Gläubiger das Vorzugsrecht und alle damit verbundenen Rechte abtritt, und solches auf den beyderseitigen Obligationen vermerken läßt; endlich
- 4) für den Fall, wenn eine eingetragene Privatobligation auf den Grund einer richterlichen Entscheidung zur Sicherstellung eines Dritten unter Verbot gesetzt wird.

§. 25.

Da die Zahlung und Löschung einer cedirten oder verpfändeten Hypothekenschuld nicht anders als gegen Produktion des Originaldokuments bey dem Hypothekenbuche geschehen kann, und der Cessionarius oder der Pfandinhaber schon durch dessen Besitz hinlänglich gesichert ist, so ist in den §. 24. No. 1. und 2. gegebenen Fällen die Bemerkung der mit einer solchen Post vorgenommenen Veränderung auch nicht wesentlich nothwendig, und nur als eine Sicherheitsmaaßregel von dem Willen des Cessionarius oder Pfandinhabers abhängig, um sich davon zu vergewissern, daß die abgetretene Obligation nicht schon früher unter Verbot gestellt worden, und ferner um zu verhüten, daß solche auch für die Zukunft als ein präsumtives Eigenthum des Cedenten nicht in Beschlag genommen werden könne.

§. 26.

Dagegen ist die Eintragung der Prioritätscessionen, besonders wenn den Pfandbriefsdarlehen der ihnen reglementsmäßig gebührende Vorzug eingeräumt worden ist, und eines gesetzmäßig ausgebrachten Arrestes wegen der davon abhängenden Folgen wesentlich nothwendig.

§. 27.

Soll eine eingelbsete mit der Quittung des Gläubigers versehene Obligation belirt oder gelbscht werden, so wird solches in der dazu bestimmten Kolonne der zu extabulirenden Post gegenüber verschrieben, auch die Deletion auf der Originalobligation registriert, und letztere durchschnitten zurück gegeben.

§. 28.

Außerdem wird die abgelbsete Post zur bessern Uebersicht des Hypothekenbuches unterstrichen. Ist aber nur eine Abschlagszahlung geleistet worden, so bleibt die Eintragung stehen, und die gezahlte Summe wird in der gehbrigen Kolonne abgeschrieben.

§. 29.

Erfolgt die Abschlagszahlung auf ein Pfandbriefsdarlehn, so werden, ausser der im Hypothekenbuch zu bemerkenden Zahlung, die Nummern der eingelbseten Pfandbriefe unterstrichen und die letztern in der §. 27. vorgeschriebenen Art faßiret.

§. 30.

Alle Einschreibungen in das Hypothekenbuch müssen unbeschadet der Deutlichkeit kurz und bündig abgefaßt, auch das die Eintragung und Löschung begründende Instrument dabey bemerkt werden.

§. 31.

Das Kurländische Oberhofgericht vertritt nur die richtige Führung und Einschreibung in die Hypothekenbücher, keinesweges aber die Gültigkeit und Rechtsbeständigkeit der zur Ingrossation gelangenden Handlung. Es hat aber darauf zu sehen, daß nicht Verhandlungen eingetragen werden, die ihrer Natur nach (§. 7.) nicht zur Eintragung in das Hypothekenbuch geeignet sind. Eben so hat es bey Fideikommissgütern, die einen bestimmten Antrittspreis haben, keine Real schulden, die dessen Betrag überschreiten, zur Eintragung zuzulassen.

§. 32.

Da nach dem §. 4. alle Verhandlungen über ein durch Ingrossation in das Hypothekenbuch zu sicherndes Realrecht erst in die Korroborationsbücher des kompetenten Instanzgerichts eingeschrieben werden müssen, und dadurch ihr Inhalt gesichert wird, so fällt bey dem Oberhofgerichtlichen Hypothekenbuch die Führung besonderer Bücher, in welchen die zur Eintragung gelangenden Dokumente abgeschrieben werden, von selbst weg.

§. 33.

Die Hypothekenbücher müssen gleichförmig, fest und dauerhaft eingebunden, paginirt, und die Hauptrubriken gedruckt seyn. Jedes Gut erhält sein besonderes Hypothekenbuch, so wie das letztere den Namen und die Nummer, mit und unter welcher solches in dem Generalverzeichniß der Bank (Art. 65. des Reglements) eingetragen ist. Daß für eine jede Rubrik eine verhältnißmäßige Bogenzahl bestimmt seyn müsse, versteht sich von selbst. Die Anschaffung der Hypothekenbücher besorgt die Bank für Rechnung des aufgenommenen Gutes.

§. 34.

Wegen der Kosten und Gebühren für die Anlegung der Hypothekenbücher, für Eintragung und Deletionen der Pfandbriefe und Privatdarlehne, so wie bey Besitzveränderungen für die Berichtigung des Besitztittels, wird auf die Gebühren-
 Beyl. No. 2. taxen in der Beylage No. 2. Bezug genommen.

B.

Grundsätze, nach welchen bey der ersten Einrichtung der Hypothekenbücher zu verfahren ist.

§. 35.

Die Anlage der neuen Hypothekenbücher gehet von der gerichtlichen Schuldenkonsignation des kompetenten Oberhauptmannsgerichtes, von dem Oberhofgericht-

lichen Präklusionsbescheide und Designationsurtheil, und von der beygebrachten Erwerbungsurkunde des Eigenthümers aus.

§. 36.

Es erfolgt auf die Requisition der Bankdirektion, jedoch nicht eher, als bis die Aufnahme des Gutes in den Bankverein und die Summe des zu bewilligenden Pfandbriefsdarlehns bey denselben entschieden ist. (Confer. Theil 2. Kap. XI. Art. 223.)

§. 37.

Da die zur Bildung des Hypothekenbuches nöthigen Materialien (§. 35.) schon bey dem Ediktalprotokoll im Original vorhanden seyn müssen, so zeigt die Direktion dem Kurländischen Oberhofgerichte nur die Nummer des aufgenommenen Gutes und den Werth an, den die Bank entweder auf den Grund der Abschätzung oder des Erwerbungspreises nach vorhergegangener Revision des Gutes angenommen hat, mit dem Ersuchen, solchen nebst dem ausgebrachten Präklusionsbescheide, in Gemäßheit des §. 12., in der gehdrigen Rubrik zu vermerken.

§. 38.

Hat der Gutsbesitzer die Originale der Erwerbungsurkunde aus den Akten des Kurländischen Oberhofgerichts zurückgenommen und der Bank urschriftlich übergeben (confer. Art. 213. des Reglements), so müssen solche dem Erstern vollständig mitgetheilt werden, weil die geschehene Eintragung in das Hypothekenbuch auf den Originaldokumenten vermerkt werden muß.

§. 39.

Da die Eintragung der Pfandbriefe, und die Deletion der mit dem Pfandbriefsdarlehn abzulösenden Privatschulden, nach dem ordnungsmäßigen Gange der ersten Einrichtung (conf. Art. 224.) erst später erfolgen kann, so gewinnt die Hypothekenbehörde die zur Einrichtung des Hypothekenbuches nöthige Zeit.

§. 40.

Um die Einschreibung nach den Rubriken vorzubereiten, wird die wirkliche Tabelle des künftigen Hypothekenbuches, so wie solche in die Bücher übertragen werden soll, zuvor auf besondere Bogen entworfen. Sie bildet also das Konzept zu dem Hypothekenbuch.

§. 41.

Zur Erleichterung des Koncepts können die Rubriken zu der Tabelle eben so, wie die Rubriken zu dem Hypothekenbuch, gedruckt werden. Dies ist um so zweckmäßiger, da alle Besitz- und sonstige Veränderungen in dem Hypothekenbuch zuvor in die Tabelle eingetragen werden.

§. 42.

Die ganze Operation bestehet also darin, die vorhandenen Materialien nach der gegebenen Anleitung unter die gehörigen Rubriken zu rangiren, und dabey mit der nöthigen Sachkenntniß und Aufmerksamkeit zu Werke zu gehen.

§. 43.

Die ältern Schulden werden in der Ordnung, wie sie in der gerichtlichen Schuldenkonsignation des kompetenten Instanzgerichts nach dem Dato der Korroboration auf einander folgen, jedoch unter gehörigen Nummern sub rubrica III., übertragen.

§. 44.

Ist bey dem Ediktalproceß eine gesetzlich stillschweigende Hypothek zur Sprache gekommen, und dieser durch das Oberhofgerichtliche Designationsurtheil ein Vorzugsrecht vor den schon ingrossirten ältern Gläubigern zuerkannt worden, so wird eine solche Post, in so fern sonst darüber kein Instrument vorhanden ist, bloß auf den Grund des Designationsurtheils, zwar zuletzt, das heißt hinter den ältern korroborirten Schuldforderungen, eingetragen, dagegen muß in der Kolonne von Cessionen ausdrücklich bemerkt werden, daß in Gemäßheit des

Designationsurtheils dieses Ingrossatum den namentlich und nach der Nummer zu bezeichnenden ältern Schulden vorgehe.

§. 45.

Ist die Cession einer Obligation schon in der Schuldenkonsignation des kompetenten Instanzgerichts aufgeführt, so wird der Name des Cessionarius nicht in der Kolonne der Cessionen ausgeworfen, sondern in der ersten Kolonne eben so buchstäblich verschrieben, als es die Schuldenkonsignation besaget. Tritt aber die Cession erst nach angelegtem Hypothekenbuch ein, so wird sie in der dazu bestimmten Kolonne bemerkt.

§. 46.

Ist das Darlehn in Albertusgeld verschrieben, so wird der nach dem Regierungspublikando vom 5ten Junius 1815 No. 2415. in der Reichssilbermünze zu berechnende Werth in der Kolonne ausgeworfen und die Summe des Albertusgeldes hinterher gesetzt.

§. 47.

Sind alle Materialien nach der Ordnung des Hypothekenbuches in die gehörigen Rubriken rangirt, so wird die Tabelle von dem Obersekretär dem Kollegio vorgetragen, von diesem bey befundener Richtigkeit unterschrieben, und mit der Reinschrift in das dem Gute gewidmete Hypothekenbuch, durch den aus der Zahl der Kanzellisten dazu ernannten Ingrossator, verfahren.

§. 48.

Die geschehene Eintragung und ihre Uebereinstimmung mit der Tabelle wird von dem Sekretär kollationirt, und bey befundener Richtigkeit die erfolgte Ein- und Uebertragung in das Hypothekenbuch auf dem Dokument selbst, nämlich dem Erwerbungsinstrument und der gerichtlichen Schuldenkonsignation, registriert.

S. 49.

Letztere werden an die Bank zurückgesandt, und diese wird von der geschenehen Einrichtung des Hypothekenbuchs, und daß Alles zur Eintragung der Pfandbriefe vorbereitet sey, benachrichtiget.

S. 50.

Die Bankdirektion übersendet, sobald bey ihr das ganze Darlehnsgeſchäft nach der darüber im zweyten Theil Kap. XI. Art. 219. bis 224. gegebenen Vorschrift berichtet worden, den Extrakt aus dem Generalverzeichniß, die darin specificirten Pfandbriefe, die damit abzulsenden Privatobligationen, so wie diejenigen, in welchen der Bank das Vorzugsrecht abgetreten worden ist, an das Oberhofgericht mit einer bestimmten Requisition über alle einzutragende und zu delirende Posten.

S. 51.

Alle diese Einschreibungen erfolgen nach Anleitung des S. 40. seq. zuerst in die Tabelle, gelangen alsdann bey dem Kollegio zum Vortrage, werden von dem letztern vollzogen, und hiernächst nach S. 48. in das Hypothekenbuch übertragen.

S. 52.

Auf jedem Pfandbriefe und jedem Extrakt aus dem Generalverzeichniß wird, so wie es der S. 22. der Instruktion vorschreibt, die Eintragung registrirt. Dies Nämliche geschieht sowohl bey den delirten, als auch bey den Schulddokumenten, welche die Prioritätscession enthalten.

S. 53.

Mit dieser Operation ist das Hypothekenbuch abgeschlossen, und um jeden denkbaren Mißbrauch zu verhüten, wird eine jede der drey Rubriken von den beyden Obergsekretarien unterschrieben. Die Hypothekenbücher selbst, die unter ihrer unmittelbaren und besondern Aufsicht als Buchführer stehen, werden in verschlossenen Schränken aufbewahrt, wozu ihnen die Schlüssel anvertraut sind.

§. 54.

Die mit dem Vermerk der geschehenen Eintragung versehenen Pfandbriefe, nebst den Extrakten aus dem Generalverzeichniß, und die delirten oder cedirten Privatobligationen werden, unter Beyfügung der specificirten Kostenrechnung, an die Bank zurückgesandt.

§. 55.

Ueber jedes Hypothekenbuch werden besondere Beylageakten geführt, worin sich die Requisitionsschreiben der Bank und die Tabelle des Hypothekenbuches befinden. Das Aktenstück selbst enthält auf dem Rubro den Namen und die Nummer des Gutes.

§. 56.

Die von dem Gutseigenthümer, oder von der Bank, oder von dritten Personen verlangten Extrakte aus dem Hypothekenbuch werden nicht tabellenmäßig, sondern so, wie die Rubriken und Kolonnen in demselben folgen, hinter einander abgeschrieben, und unter der Unterschrift der Obersekretarien und dem Siegel des Oberhofgerichtes extradiret. Des Zusammenhanges wegen muß aber der Name des Besitzers unter der ersten Rubrik mit den nächstfolgenden durch den Zusatz: darauf sind eingetragen, verbunden werden.

§. 57.

Wegen der Folgeordnung der ingrossirten Schulden darf auch die Nummer einer bezahlten und delirten Post nicht wegfallen, es wird aber ohne weiterer Benennung der Summe gesagt: No. I. und II. deliret.

§. 58.

Hat ein Gut mehrere Besitzveränderungen erlitten, so wird in dem Extrakt nur der Name des letzten Besitzers aufgeführt.

§. 59.

Hat sich mit einer eingetragenen Schuldpfost eine Veränderung, es sey durch Rautionsbefestlung, durch Cession der Priorität, oder durch Arrestanlegung zuge- tragen, so wird solches in dem Extrakt unmittelbar hinter derselben verschrieben.

§. 60.

Die Richtigkeit der aus den Hypothekenbüchern ertheilten Extrakte oder Hypothekenscheine wird eben so wie die des Hypothekenbuches selbst (§. 31.) von dem ganzen Kollegio vertreten.

S c h e m a

zu

einem anzulegenden Pfand- und Hypothekenbuch.

Das
 in dem Kurländischen Gouvernement
 unter
 der Gerichtsbarkeit des Mitauschen Oberhauptmannsgerichts
 in
 dem Mitauschen Kirchspiel
 belegene,
 dem Kurländischen Bankverein
 associirte
 Privatgut _____

Anmerkung. Ist das Gut ein Familien-Fideikommiß, so muß auf dem Titel ausdrücklich gesetzt werden: das Familien-Fideikommißgut _____

Volum. I.

hat

Name des Besitzers.	<div data-bbox="635 142 801 182">Rubrica I.</div> <div data-bbox="579 211 862 251">Titulus possessionis.</div>	Werth in Silber= rubeln.
<div data-bbox="231 315 431 382">Carl Theodor von N. N.</div>	<div data-bbox="443 315 1000 651"> <p>Von dem Wilhelm August von N. N., laut Kaufkontrakt d. d. Mitau den _____ korroborirt in dem Mitauschen Instanzgericht den _____ für Hundert und Zwanzigtausend Siberrubel er- kauft. Nach dem Schreiben der Bankdirektion vom _____ ist der reglement- mäßige Werth des Gutes nach der Taxe auf 100000 (hunderttausend) Silberrubel festgesetzt worden.</p> <p>Ingrossirt den _____</p> </div>	<div data-bbox="1024 434 1105 458">120000</div>

Betrag in Silber- rubeln. Rubel. Kop.	Rubrica II. Onera perpetua und Beschränkungen des Eigenthums.	Deletionen.
20 60	<p data-bbox="457 314 541 342">No. 1.</p> <p data-bbox="258 349 752 649">Zwanzig Silberrubel sechzig Kopfen, welche nach dem Testament des N. N. d. d. Mitau den _____ forroborirt bey dem Instanzgericht zu Mitau den _____ zur Unterhaltung und Reparatur der Kirche zu _____ jährlich zu Johannis an die Kirchenvorsteher zu bezahlen sind. Ingrossirt den _____</p> <p data-bbox="457 699 541 728">No. 2.</p> <p data-bbox="258 735 752 1120">Das Vorkaufsrecht, welches sich der Wilhelm August von N. N. in dem §. 8. des mit dem Carl Theodor von N. N. errichteten Kaufkontrakt d. d. Mitau den _____ forroborirt in dem Mitau- schen Instanzgericht den _____ bey einem eintretenden Verkauf des Gutes vor- behalten hat. Ingrossirt den _____</p>	<p data-bbox="764 735 959 1128">Laut Renuncia- tion d. d. Mitau den _____ forro- borirt den _____ hat sich der Wil- helm August von N. N. dieses Rechtes begeben, und in dessen De- letion gewilliget. Ingrossirt den _____</p>

Betrag
in
Silber-
rubeln.

Rubrica III.

Eingetragene Schulden und Pfandbriefe.

No. I.

8000

Achttausend Silberrubel aus der Obligation des Carl Theodor N. N. an den Wilhelm August N. N., forroborirt den _____ und übertragen in das Hypothekenbuch aus der gerichtlichen Schuldenkonsignation des Mitauschen Instanzgerichts d. d. _____

ingrossirt den

No. II.

10000

Zehntausend Silberrubel aus der Obligation des Carl Theodor N. N. an den Ludwig Ferdinand N. N., forroborirt den _____ cedirt an den Kaufmann N. N. zu Riga, aus der gerichtlichen Schuldenkonsignation des Mitauschen Instanzgerichts d. d. _____ in das Hypothekenbuch übertragen und

ingrossirt den

No. III.

4000

Kaution des Carl Theodor N. N. für den N. N. auf die Summe von Viertausend Silberrubeln, zur Sicherstellung des N. N. wegen der Urrende von dem Privatgut N. N., forroborirt den _____ welche aus der gerichtlichen Schuldenkonsignation des Mitauschen Instanzgerichts vom _____ in das Hypothekenbuch übertragen und daselbst ingrossirt worden.
den

Cessionen und Verpfändungen.

Deletionen.

No. I.

Nebenstehende
8000 Silberrubel
sind auf den Grund
der von der Bank-
direktion einge-
sandten Original-
obligation d. d.
Mitau _____
delirt worden.
den _____

desgleichen

No. II.

Nebenstehende
10000 Silberrubel
auf den Grund der
Obligation d. d.
Mitau den _____
delirt den _____

No. III.

Der N. N., Besitzer des Privatgutes N. N., zu dessen
Sicherheit die nebenstehende Kaution von 4000 Silberrubeln
bestellt worden ist, hat in der dem Kautionsinstrument unter-
gesetzten Prioritätscession d. d. Mitau, den _____ dem
sub No. V. ingrossirten Pfandbriefsdarlehn von 60600 Silber-
rubeln das reglementsmäßige Vorzugsrecht eingeräumt.
Mitau, den _____

Betrag
in
Silber-
rubeln.

Rubrica III.

Eingetragene Schulden und Pfandbriefe.

20000

No. IV.

Zwanzigtausend Silberrubel aus der Obligation des Carl Theodor N. N. an den N. N., welche unterm _____ nach der gerichtlichen Schuldenkonsignation des Mitauschen Instanzgerichts d. d. Mitau _____ bey derselben korroborirt, in das Hypothekenbuch übertragen und daselbst ingrossirt worden.
den

60600

No. V.

Sechszigtausend sechshundert Silberrubel, ein von der Kur-
ländischen Kreditbank in nachstehenden Pfandbriefen gegebenes
Darlehn, und zwar:

No. 6. über 5000

=	7.	=	5000
=	8.	=	5000
=	9.	=	5000
=	10.	=	5000
=	11.	=	5000
=	12.	=	5000
=	13.	=	5000
=	14.	=	5000
=	15.	=	5000
=	16.	=	5000
=	17.	=	5000
=	18.	=	200
=	19.	=	200
=	20.	=	200

welche auf den Grund des von der Bankdirektion unter ihrer Unterschrift und Siegel ausgefertigten Verzeichnisses sub Dato Mitau den _____ April 18____ ingrossirt, auch mit dem Ingrossationsattest und der Hypothekennummer V. versehen worden sind.

den ten

Cessionen und Verpfändungen.

Deletionen.

No. IV.

Der Obligationeninhaber hat durch die der Schuldverschreibung untergesetzte Erklärung d. d. Mitau, den dem sub No. V. eingetragenen Pfandbriefsdarlehn von 60600 Silberrubeln, das reglementsmäßige Vorzugsrecht eingeräumt.

Mitau, den

No. V.

Der Pfandbrief

No. 6. über 5000 Silberrubel ist abgeldset und belirt den ten
= 7. desgleichen.

A n m e r k u n g.

Da die Kolonne von Cessionen und Verpfändungen bey Pfandbriefen wegfällt, so kann der leere Raum bey vorkommenden Deletionen, wie vorstehend, benutzt werden. Wird ein Hypothekenschein ausgefertiget, so wird bey einem abgeldseten Pfandbriefe bloß gesagt:

No. 6. belirt.

= 7. desgleichen.

No.	Gebührentaxe in Hypothekensachen.	Silberrubel.	Kop.
1	Für das von der Bank anzuschaffende Hypothekenbuch, Papier, Druckkosten und Einband	4	—
2	Für die erste Einrichtung des Hypothekenbuchs, nach Anleitung des §. 40. seq. der Instruktion exclusive der Reinschrift, mit Rücksicht auf die Größe der Materialien	12 — 16	—
3	Für die Einschreibung eines jeden Pfandbriefes, mit Einschluß der auf die Pfandbriefe und den Extrakt der Direktion zu setzenden Rekognition, nach Anleitung des §. 52. seq.:		
	a) für einen Pfandbrief von 100 bis 1000 Silberrubel exclusive	—	60
	b) für jeden über 1000 und mehr Silberrubel	1	—
4	Für jede Deletion, mit Einschluß der auf das delirte Dokument zu setzenden Rekognition	1	50
5	Für Ingrossation eines Kaufkontrakts	5	—
6	Für die Eintragung einer Akte sub rubrica II., so wie einer Privatobligation sub rubrica III. =	3	—
7	Für einen Hypothekenschein für jeden Bogen, mit Einschluß der Kollation und des Attestes der Uebereinstimmung mit dem Hypothekenbuch	1	50
8	Dem Kanzellisten für die Reinschrift eines jeden Ingrossandi, da sie die größte Akkurateffe erfordert, für jede Seite, sie sey ganz oder halb beschrieben,	—	60
9	Für eine bloße Deletion	—	30

Provisorischer
Personal- und Salarien-Etat auf fünf Jahre
für
die Beamten und Subalternen des Kurländischen ritterschaft-
lichen Bankvereins.

D r i t t e r A n h a n g .

No.		S. Rbl.
1	Ein Direktor mit einer Besoldung von	1000
2	Fünf Direktionsräthe, jeder mit einer Besoldung von 750 Silberrubel, zusammen von	3750
3	Zehn Kreiskuratoren ohne Besoldung.	
4	Der Direktionsyndikus mit einer Besoldung von	700
5	Ein Kassenrendant mit	600
6	Ein Kassenschreiber aus der Zahl der Kanzellisten	250
7	Sechs Kanzellisten, jeder mit 200 Silberrubel Besoldung, zusammen	1200
8	Ein Ministerial mit einer Besoldung von nebst freyer Wohnung und Heizung.	100
9	Zu Schreibmaterialien, Druckkosten, Holz und Licht	600
10	Für das Lokal und Wohnungsmiethe	600
Zusammen Silberrubel .		8800

Bemerkungen.

I.

1) Die fünf Direktionsräthe, welche vermöge ihres Amtes zur Aufnahme der Taxen verpflichtet sind, erhalten die Meilengelder mit 1 Rub. 20 Kop. Silb.

2) Die Kreiskuratoren erhalten bey den speciellen Taxationen und besondern Aufträgen, in so fern sie nicht von Amtswegen dazu verpflichtet sind, täglich 2 Rub. Silb. Diäten, und die Meilengelder gleichfalls mit 1 Rub. 20 Kop. Silb.; diese letzteren müssen auch den bey Lokaluntersuchungen und Taxen zugezogenen Societätsmitgliedern bezahlt werden.

3) Der Kanzellist, welcher zur Aufnahme von Taxen- und Lokaluntersuchungen von dem Rathe gebraucht wird, erhält ausser freyer Fuhre täglich 60 Kop. Silb. und die Kopialien für jeden Bogen mit $33\frac{1}{2}$ Kop. besonders bezahlt.

II.

Bei der Geschäftskorrespondenz macht die Direktion an den Civiloberbefehlshaber und den Gouverneur Unterlegungen, an die übrigen Behörden bedient sie sich des Requisitionsstils, an ihre Beamten erläßt sie Aufträge.

Eidesformulare

für

den Direktor, die Räte, den Direktionsyndikus und Rentanten.

B i e r t e r A n h a n g.

No. 1.

Eid des Direktors.

Nachdem ich _____ von der Generalversammlung des Kur-
ländischen ritterschaftlichen Bankvereins zum Direktor des Kollegii erwählt
worden bin, so schwöre ich zu Gott dem Allmächtigen einen leiblichen Eid, daß
ich diesem meinem Amte treu, redlich und gewissenhaft vorstehen, insbesondere
aber die Vorschriften des Reglements nicht allein für meine Person genau befolgen,
sondern auch als Vorgesetzter des Kollegii darauf wachen und halten will, daß
solche von allen Beamten in dem einem jeden von ihnen angewiesenen Geschäftes-
kreise beobachtet und in Ausübung gebracht werden; ich gelobe ferner, auf die Revi-
sion der Taxen und Ausfertigung der Pfandbriefe alle Aufmerksamkeit zu verwen-
den, damit dabey vorschriftsmäßig und ohne Partheylichkeit und Nebenrücksichten
verfahren werde, die meiner Aufsicht anvertrauten Kassen so oft es möglich zu
visitiren, die Bücher und Rechnungen nachzusehen, und, so viel ich vermag, Alles
zu thun, wodurch die Kreditbank und ihr Zweck befördert wird. So wahr mir
Gott helfe.

Eid der Direktionsräthe.

Nachdem ich _____ von der Generalversammlung des Kur-
ländischen ritterschaftlichen Bankvereins zum Rath erwählt worden bin, so
schwöre ich zu Gott dem Allmächtigen einen leiblichen Eid, daß ich diesem Amte
redlich und gewissenhaft vorstehen, die mir nach dem Kreditreglement obliegenden
Amtspflichten mit aller Aufmerksamkeit erfüllen, bey den mir aufgetragenen
Abschätzungen und Revisionen der Güter ohne Nebenabsichten und Partheylichkeit,
genau nach den vorgeschriebenen Taxgrundsätzen verfahren, auch in gleicher Art
bey der Revision der mir zugeschriebenen von Andern aufgenommenen Taxen zu
Werke gehen, in dem Verhältniß als Kassenturator auf eine ordnungsmäßige
Rechnungsführung und treue Kassenverwaltung halten, den Anweisungen des
Direktors die schulbige Folge leisten, und überhaupt Alles thun will, was zur Auf-
nahme und zum Wohl der Kreditbank abzweckt. So wahr mir Gott helfe.

Eid des Direktionsyndikus.

Nachdem ich _____ von einer Kurländischen Bankdirektion zu deren Syndikus ernannt worden bin, so schwöre ich zu Gott dem Allmächtigen einen leiblichen Eid, daß ich die mir obliegenden, in dem Reglement vorgeschriebenen Amtspflichten treu und gewissenhaft erfüllen, die Protokolle und Verhandlungen jeder Art, insbesondere aber das Generalverzeichnis über die in dem Bankverein aufgenommenen Güter und die darauf ausgefertigten Pfandbriefe, akkurat und richtig führen, die Expeditionen und ausgehenden Verfügungen, nach den abgefaßten Beschlüssen entwerfen, die Rechtsfachen nach meiner besten Einsicht und Kenntniß den Gesetzen gemäß bearbeiten, die Registratur und Kanzelley in Ordnung und Aufsicht halten, den Anweisungen des Kollegii gehbrige Folge leisten, und überhaupt Alles thun will, was zur Aufnahme und zum Wohl der Kreditbank abzweckt. So wahr mir Gott helfe.

Eid des Rendanten.

Nachdem ich _____ von einer Kurländischen Bankdirektion zum Kassenrendanten bestellt worden bin, so schwöre ich zu Gott dem Allmächtigen einen leiblichen Eid, daß ich diesem Amte redlich und getreu vorstehen, mich nach den Vorschriften des Reglements und den Anweisungen des Kollegii genau richten, die Rechnungen und Kassenbücher akkurat und richtig führen, die mir anvertrauten baaren Gelder, Pfandbriefe, Zinskoupons und andere Dokumente sorgfältig aufbewahren, Nichts davon veruntreuen, die mir obliegenden Zahlungen pünktlich leisten, und mich überhaupt so betragen will, wie ich es vor Gott und dem mir vorgesezten Kollegio verantworten kann. So wahr mir Gott helfe.

Taxationsgrundsätze

des

Kurländischen Bankvereins.

Fünfter A n h a n g.

Erster Abschnitt.

Von der Ausmittelung des Werthes der mit Pfandbriefen zu belegenden Güter überhaupt, und wie dabey zu verfahren.

Artikel 1.

Der Werth eines in den Bankverein aufzunehmenden Gutes und die davon abhängige Summe des Pfandbriefedarlehns wird entweder durch dessen Ankaufspreis oder durch die Taxe bestimmt.

Art. 2.

Der Ankaufspreis wird jedoch nur bey denjenigen Gütern zur Richtschnur genommen, die bis zum Schluß des Jahres 1821 zu Erb- oder Pfandrecht erkaufte, auch bis dahin auf den Namen ihres gegenwärtigen Besitzers in dem Korroborationsbuch des kompetenten Oberhauptmannsgerichts wirklich verschrieben worden sind. (Confer. Reglement Theil I. Kap. I. Art. 10. und II., Theil II. Kap. XI. Art. 214. seq.)

Art. 3.

Auf derartige Güter kann das Pfandbriefedarlehn bis auf die Hälfte des erwiesenen Einkaufspreises bewilliget werden, wenn zuvor ihr gegenwärtiger Zustand und ihre Beschaffenheit an Ort und Stelle von einem Rath aus dem Collegio, unter Zuziehung eines benachbarten zum Bankverein gehörigen Gutsbesizers, untersucht worden ist, und wenn nach dem Befund dieser Untersuchung aus der Belegung der Hälfte des Einkaufspreises mit Pfandbriefen keine Gefahr oder Unsicherheit für die Bank zu besorgen steht.

Art. 4.

Alle nach dem Jahr 1821 erkaufte Güter müssen ordnungsmäßig abgeschätzt werden. Die Taxe selbst wird von der Bankdirektion revidirt, nach den angenommenen Grundsätzen geprüft und der Werth festgestellt. (Reglement Theil II. Kap. XI. Art. 218.)

Art. 5.

Abgeschätzte Güter können bis auf $\frac{2}{5}$ des festgestellten taxmäßigen Werthes mit Pfandbriefen beleget werden. (Reglement Theil I. Kap. I. Art. 11.)

Art. 6.

Ob und unter welchen Umständen die nochmalige Revision einer aufgenommenen Taxe an Ort und Stelle entweder von Amtswegen oder auf die Beschwerde des Gutsbesizers erfolgen könne, ist in dem Reglement Theil II. Kapitel XI. Art. 227. und 228. bestimmt.

Art. 7.

Die Revision einer aufgenommenen Taxe an Ort und Stelle erfolgt durch ein anderes Mitglied aus dem Direktionskollegio unter Zuziehung eines Kreisfurators. (Reglement Theil II. Kap. XI. Art. 228.)

Art. 8.

Auch der Werth der vor dem Jahre 1822 erkaufte Güter kann taxmäßig ausgemittelt werden, wenn es der Gutsbesitzer verlangt, und den Einkaufspreis des Gutes nicht zum Grunde gelegt wissen will. Hat er sich aber darüber in seiner Eingabe nicht erklärt, so bleibt es bey der Art. 2. angenommenen Grundregel und bey der Lokaluntersuchung.

Art. 9.

Die Taxe selbst wird, nach Verschiedenheit der nach den unten vorkommenden Sätzen zu würdigenden nutzbaren Gegenstände, in die General- und Specialtaxe eingetheilt. Die letztere wird nur als Ausnahme von der Regel gestattet.

Art. 10.

Bey der Generaltaxe werden zwar alle Nutzungszweige eines Gutes untersucht; die Abschätzung und Werthbestimmung selbst aber, beschränkt sich bloß auf Ackerbau und Viehzucht, und auf die Ausmittlung ihres Betrages.

Art. 11.

Die Specialtaxe kann als Ausnahme auf vorhergegangene Nachweisung der dafür sprechenden Gründe nur Statt finden:

- 1) wenn ein Gut seine bedeutendsten Einkünfte aus solchen bleibenden Zweigen der Oekonomie beziehet, die bey einer allgemeinen Taxe nicht geschätzt werden dürfen;
- 2) wenn der erweislich vorhandene Kulturzustand eines Gutes so vorzüglich ist, daß dessen Ertrag den bey der generellen Taxation angenommenen Maassstab übertrifft, und wenn dieser erhöhte Kulturzustand aus den eigenthümlichen nachhaltigen Hülfquellen des Gutes hervorgehet;
- 3) wenn die Lokalität dem Gute besondere Vorzüge und bleibende Einkünfte sichert, die bey der generellen Abschätzung nicht in Anschlag kommen.

Art. 12.

Die Generaltaxe wird von einem Mitgliede des Direktionskollegii unter Beyhülfe eines benachbarten dem Bankverein associirten Gutsbesizers aufgenommen. Bey einer Specialtaxe wird ausserdem der Kreisurator mit zugezogen. (Regl. Theil I. Kap. V. Art. 90.)

Art. 13.

Kein zur Societät gehbriger Gutsbesitzer kann seine Beyhülfe bey Aufnahme von Taxen verweigern. (Regl. Theil I. Kap. I. Art. 6. Theil I. Kap. XI. Art. 155.) Um Prägravationen zu verhüten, kann aber solche nur zweymal im Jahre und auch nur dann verlangt werden, wenn das abzuschätzende Gut entweder in dem nämlichen oder in einem benachbarten Kirchspiele belegen ist.

Art. 14.

Wiß dahin, daß sich der Bankverein durch den Beytritt und die Aufnahme mehrerer Gutsbesitzer gebildet haben wird, müssen zu den ersten Generaltaxen und Lokaluntersuchungen, in Ermangelung eines benachbarten Societätsmitgliedes, die Kreisuratoren zugezogen werden.

Art. 15.

Wegen der Entschädigung der Taxatoren, und der ihnen zustehenden Diäten und Meilengebühren, wird auf den im dritten Anhang befindlichen Personal- und Salarien=Etat Bezug genommen.

Art. 16.

Da von der richtigen Aufnahme der Taxe die Sicherheit der Bank abhängt, so sind auch die sämmtlichen Abschätzungskommissarien, so wie solches schon Theil I. Kap. VII. Art. 129. bey den Kreisuratoren verordnet worden ist, zu dem Grade der Aufmerksamkeit verpflichtet, den die Gesetze von Kunst- und Sachverständigen verlangen.

Art. 17.

Sie sind namentlich dafür verantwortlich, daß die in der Taxe aufgeführten Nutzungszweige in quali et quanto wirklich existiren, so wie für die richtige Anwendung der Taxprincipien.

Art. 18.

Sie dürfen sich daher auch nicht auf die bloße einseitige Angabe des Gutsbesitzers und seiner Leute allein verlassen, sondern sie müssen alle Gegenstände an Ort und Stelle selbst prüfen, untersuchen, und sich von der Wahrheit überzeugen.

Art. 19.

Seiner Seits ist der Besitzer des abzuschätzenden Gutes verpflichtet, den Commissarien alle von ihnen verlangten, das Gut, seine Benutzungen und seinen Zustand betreffenden Nachweisungen zu suppeditiren, namentlich die etwa vorhandene Gutskarte, nebst Vermessungsregister, die letzte Revisionsliste, die geführ-

ten Wirthschaftsrechnungen, die Gehorchtabelle, das Wackenregister, die etwanigen Pachtverträge, die Vorschufsbücher des Bauernmagazins und des Hofes, so wie die letzten Quittungen über die bezahlten Kron- und Landesabgaben, mit einem Worte Alles, was zur Aufnahme eines vollständigen Gutsinventarii gehöret.

Art. 20.

Sollte ja die Taxe durch erweisliche Ueberschätzung eines Gutes einen Schaden und Ausfall an dem bewilligten Darlehn erleiden, so trifft die stufenweise subsidiarische Verpflichtung zum Schadenersatz zuerst und unmittelbar die Taxatoren, sodann die, die Taxe revidirenden Direktionsglieder und das Kollegium selbst, alsdann die Oberhauptmannschaft in welcher das Gut belegen ist, und zuletzt die ganze Societät. Die Verantwortlichkeit der Direktionsglieder und des Kollegii beschränket sich jedoch nur auf die bey der Revision der Taxe erweislichenmaßen begangenen Versehen. Für die Existenz der abgeschätzten Nutzungszweige und ihre Qualität dürfen sie nicht haften.

Art. 21.

Es stehet daher bey dem Vortrage der Taxe in dem Kollegio jedem dissentirenden Mitgliede frey, sein von dem Beschlusse der Mehrheit abweichendes Votum, jedoch unter ausdrücklicher Anführung rationeller Gründe, zu den Akten zu geben.

Art. 22.

Jeder Untersuchung und Würdigung eines Gutes muß die Aufnahme eines vollständigen Examinationsprotokolls vorausgehen, welches aus den Art. 19. angegebenen Hülfquellen gebildet wird.

Art. 23.

Da die Abschätzungskommissarien als Sachverständige von selbst ermessen werden, worauf es bey der Ausmittelung ankommt, so müssen sie, um sich die Arbeit und Uebersicht des Ganzen zu erleichtern, von einem ordnungsmäßigen Plan der zu untersuchenden und abzuhandelnden Gegenstände ausgehen.

Art. 24.

Sie müssen diesem gemäß, zur Beobachtung eines gleichförmigen Verfahrens, im Allgemeinen ausmitteln, die Lage und Gränzen des Gutes, seine Entfernung von der nächsten Kreisstadt, den Zeitpunkt wenn, von wem, und für wie viel es erkaufte worden, die Beyhöfe und seine sonstigen Pertinentien, auch ob etwa darüber oder über dessen Gränzen ein Streit obschwebt, den Zustand der Wohn- und Wirthschaftsgebäude, die Seelen- und Gesinderzahl, die ohngefähre Größe und Eintheilung der Felder, die Ausfaat, den Viehbestand, die etwanigen Grundgerechtigkeiten, die Kron-, Landes- und Kirchenabgaben.

Art. 25.

Daraus folget von selbst, daß auch diejenigen Wirthschafts- und Nutzungszweige, die besonders bey einer Generaltaxe nicht geschätzt werden, namentlich Wälder, Seen u. s. w., der Vollständigkeit wegen historisch bemerkt und angeführt werden müssen. Das aufgenommene Examinationsprotokoll muß von dem Gutsebesitzer unterschrieben werden.

Art. 26.

Hat dadurch die Kommission eine allgemeine Uebersicht von dem Gute, seinem Zustande und Realitäten erhalten, so gehet sie zur wirklichen Lokaluntersuchung über, und prüft nunmehr, nach der Anleitung des Generalprotokolls, alle einzelnen Gegenstände durch die Einnahme des Augenscheins, durch die Abhörung der Wirthschaftsaufseher, auch wo nöthig der Bauerschaft, so wie der auf dem Gute in Pachtverhältnissen stehenden Personen. Daß bey der Examination derselben der Gutsebesitzer nicht anwesend seyn darf, versteht sich von selbst.

Art. 27.

Der Befund dieser mit aller Genauigkeit aufzunehmenden Lokaluntersuchung wird in einem besondern Protokoll ausführlich beschrieben, um daraus zu ersehen, ob und in wie fern die Wirklichkeit mit dem Generalprotokoll und den darin gesammelten Nachrichten übereinstimme.

Art. 28.

Auf den Grund aller dieser Verhandlungen schreitet nunmehr die Kommission zur Aufnahme der Tare selbst, und macht das Resultat derselben dem Gutbesitzer bekannt, so wie solches im zweyten Theil Kap. XI. Art. 217. des Reglements vorgeschrieben ist.

Art. 29.

Die solchergestalt ausgearbeitete mit der Unterschrift der Kommissarien versehene Tare wird unter ihrem gutachtlichen Bericht der Bankdirektion eingereicht, die solche nach bewandten Umständen und nach geschehener Revision feststellt, und danach das Darlehn bewilliget, oder aber bey befundener Unrichtigkeit zu deren Berichtigung das Nöthige verordnet. (Conf. das Regl. Theil II. Kap. XI. Art. 218. und 226. seq.)

Zweyter Abschnitt.

Von dem Verfahren bey Revision der vor dem Jahre 1822 erkauften Güter, und Würdigung derselben nach dem Einkaufspreise.

Art. 30.

Die Güter aus dem obigen Zeitpunkt bedürfen zwar keiner reglementsmäßigen Abschätzung, in so fern sonst nicht der Eigenthümer solche ausdrücklich verlangt (Art. 8.), und sie können daher bis zur Hälfte des Einkaufspreises mit Pfandbriefen belegt werden.

Art. 31.

Da aber die Fälle möglich und denkbar sind, daß der Besitzer bey dem Ankauf über oder unter der Hälfte verlegt worden sey, oder daß das Gut seit seinem Ankauf Theile des Ganzen verloren, oder daß es durch eine mehrjährige schlechte Bewirthschaftung an seinem dermaligen Werthe verloren habe, so muß sein gegen-

wärtiger Zustand durch eine Kommission untersucht werden, wegen deren Mitglieder auf die vorhergegangenen Art. 3. und 14. Bezug genommen wird.

Art. 32.

Der Zweck der Untersuchung, welcher der Kommission zum Leitfaden dient, gehet also dahin:

ob dem Gutbesitzer ohne Gefahr der Bank nach dem gegenwärtigen Zustande seines Gutes die Hälfte des Einkaufspreises als Darlehn bewilliget werden könne?

Art. 33.

Die Kommission legt bey dieser Ausmittlung das letzte Erwerbungsdocument des Besitzers zum Grunde. Hat er das Gut aus einem Konkurse oder überhaupt durch Hammerschlag erstanden, so läßt sie sich das Inventarium und die Verkaufsbedingungen vorlegen, um sich so viel als möglich von der damaligen Beschaffenheit, auf jeden Fall aber von den Bestandtheilen und der Integrität des Gutes zu unterrichten.

Art. 34.

Bey der Untersuchung des gegenwärtigen wirthschaftlichen Zustandes befolgt sie die allgemeine in dem ersten Abschnitt Art. 21. bis 26. inclusive für alle Arten von Abschätzungen gegebene Anleitung.

Art. 35.

Allein anstatt einer Würdigung nach den aufgenommenen und gesammelten Materialien, hat sie sich in ihrem abzugebenden Gutachten bloß darauf zu beschränken: ob der ausgemittelte gegenwärtige Zustand des Gutes gegen den Einkaufspreis in einem angemessenen Verhältniß stehe, und ob solches der Bank für den halben Kauffschilling die gesetzmäßige Sicherheit gewähre?

Art. 36.

Glaubt die Kommission, daß die Bank Gefahr laufe, wenn der Ankaufspreis zum Maaßstabe des zu bewilligenden Darlehns dienen soll, so muß sie die Gründe entwickeln, welche ihre Besorgniß rechtfertigen.

Art. 37.

Ist die Direktion damit einverstanden, so muß sich der Darlehnsucher der Abschätzung des Gutes unterwerfen, wobey die Verhandlungen der Kommission über den Befund desselben zum Grunde gelegt werden.

Dritter Abschnitt.

Von der Aufnahme der Generaltaxe.

Art. 38.

Bey der Generaltaxe wird bloß der Ertrag von dem Ackerbau und der Viehzucht ausgemittelt, nach den unten vorkommenden Grundsätzen geschätzt, und danach der reglementsmäßige Gutswerth bestimmt.

Art. 39.

Bey der Generaltaxe werden von dem ausgefundenen Gutswerth die Wirthschaftskosten und Abgaben aller Art in der Regel nicht abgezogen, weil angenommen wird, daß diese durch den sehr niedrig angenommenen Taxationswerth und durch die nicht zur Taxe gezogenen Nuzungsbranchen gedeckt sind.

Art. 40.

Bey Ausmittlung des Ertrages aus dem Ackerbau wird nur die Ausaat im Winterfelde in Anschlag gebracht. Bey der Ausaat werden auf fünf Revisionsseelen, nach der letzten Revision vom Jahr 1815, vier Loß Ausaat im Winterfelde als das Maximum angenommen.

Art. 41.

Da, nach dem Artikel 26. des Konferenzialschlusses vom Jahre 1799, die Güter der Selburgschen Oberhauptmannschaft, wegen der geringern Güte ihres Bodens und ihrer Entlegenheit von den Städten, zu den Landeswilligungen weniger beytragen, als die Güter in den andern Oberhauptmannschaften, so wird bey der Würdigung ihres Ackerbaues von dem Art. 40. angenommenen Maximo der Ausfaat noch $\frac{1}{5}$ abgezogen.

Art. 42.

Allein auch das zur Grundlage angenommene Maximum (Art. 40.) findet überhaupt nur dann statt, wenn in den letzten sechs Jahren erwiesenermaßen wirklich so viel ausgesäet worden ist. Ist dieß nicht der Fall, so wird nur die wirklich ausgemittelte Minderfaat in Anschlag gebracht. Uebersteigt aber die vorgefundene Ausfaat jenes Maximum, so wird der Ueberschuß bey der Taxe nicht gerechnet.

Art. 43.

Da, wo sich im Winterfelde eine geringere als die reglementsmäßig Art. 40. angenommene Ausfaat findet, jedoch unter gehöriger Bestauung stehende Sæeteiche benutzet werden, kommen solche dergestalt zum Anschlage, daß auf jedes fehlende Lof im Winterfelde drey Lof im Teiche gerechnet werden. Dies Nämliche gilt auch von den vorhandenen Weyfeldern, wenn ihre regelmäßige Benutzung nachgewiesen ist.

Art. 44.

Die Güte des Bodens zerfällt in drey Klassen:

- a) zur ersten Klasse gehört ein Boden, der aus gutem fetten Lehm, oder guter schwarzer Erde, oder aus fruchtbarem grandigem Lehm besteht;
- b) zur zweyten Klasse ein gemischter düngerhaltiger Boden;
- c) zur dritten Klasse endlich gehören Felder, deren Boden aus Sand, Moor oder weißem Lehm besteht.

Art. 45.

Jede Kossstelle, nach dem revisionsmäßigen Maaß von 225 Quadratruthen, hat, nach Verschiedenheit des klassificirten Bodens, folgenden reglementsmäßigen Werth:

- 1) eine Kossstelle erster Klasse einen Kapitalwerth von 300 Silberrubel, und Kreditwerth bey der Bank, nach Theil I. Kap. I. Art. 11., zu $\frac{2}{3}$ gerechnet, 200 Silberrubel;
- 2) in der zweyten Klasse einen Kapitalwerth von 225 Silberrubel, und Kreditwerth nach gleichem Verhältniß 150 Silberrubel;
- 3) in der dritten Klasse 150 Silberrubel Kapital- und 100 Silberrubel Kreditwerth.

Art. 46.

Dieselbe Eintheilung in Klassen findet auch rücksichtlich der Leichausfaat und ihrer Werthbestimmung statt.

Zur ersten Klasse gehören Leiche, die eine feste Grundlage haben, und in denen in den ersten Jahren ihrer Benutzung Sommerweizen oder Gerste gesäet wird.

Zur zweyten Klasse Leiche, die einen gemischten Boden haben.

Zur dritten Klasse gehören Leiche, deren Boden Moor oder Torf ist.

Beyfelder werden stets wie Leiche von der dritten Klasse angesehen, da selbige nicht auf den Grad der Tragbarkeit wie Leiche gebracht werden können.

Art. 47.

Da jede drey Los in Leichen für ein Los im Winterfelde gerechnet werden, so ist die Art. 45. enthaltene klassificirte Werthbestimmung auch bey Abschätzung der erstern anzunehmen.

Art. 48.

Findet sich eine Verschiedenheit des Bodens in den drey Brustfeldern des Gutes, so wie in den verschiedenen Ackertheilen, so wird jedes Feld und jeder

Urkreid von den Taxatoren besonders gewürdigt, die Klasse, zu welcher es gehören soll, bestimmt, und, mittelst eines Durchschnittspreises, der Kapital- und Kreditwerth ausgemittelt, welcher der Koffstelle beygelegt werden soll.

Art. 49.

Besteht das Gut aus einem Hauptgute und mehreren Beygütern oder sogenannten Vorwerken, so wird die Abschätzung eines jeden Gutes besonders vorgenommen, und der Werth des Bodens nach der ausgefundenen Qualität bestimmt.

Art. 50.

Da die drey Brustfelder auf den Gütern selten von ganz gleichem Flächeninhalte sind, so müssen sich die Taxatoren von der Größe eines jeden Feldes überzeugen, die Ausfaat in den Feldern des Hauptgutes und der Beygüter zusammen addiren, und durch die Zahl 3 dividiren, um die der Abschätzung zum Grunde zu legende Ausfaat auszumitteln.

Art. 51.

Das Maximum des in Anschlag zu bringenden Viehbestandes wird nach der Größe der angenommenen und der Taxation zum Grunde gelegten Ausfaat bestimmt, und auf 5 Koffstellen Ausfaat, nach Art. 40. 41. seq., werden drey Pachtfüße gerechnet; vorausgesetzt, daß dieser Viehbestand wirklich vorhanden ist, und aus dem eigenthümlichen Fonds der Güter seit wenigstens 6 Jahren erhalten worden. Was diese Zahl übersteigt, kommt nicht zur Abschätzung.

Art. 52.

Besteht ein abzuschätzendes Gut aus dem Hauptgute und mehrern Nebengütern oder sogenannten Vorwerken, so haben die Taxatoren, bey Ausmittlung des anzunehmenden und zur Abschätzung zu bringenden Viehbestandes, die Totalsumme der auf dem Hauptgute und auf seinen Beygütern befindlichen Pachtfüße zu berücksichtigen, so daß, wenn sich auch auf einem oder dem andern dieser Güter weniger Pachtfüße befinden sollten, als nach der Ausfaat desselben erfordert wird,

sämmtliche Güter zusammen aber eine so große oder noch größere Anzahl Pachtkühe besitzen, als im vorhergehenden Artikel bestimmt worden, der Viehbestand als komplett zur Taxation kommen muß.

Art. 53.

Bey mehreren Hauptgütern eines Besitzers, die getrennt für sich bestehen, kann jene Kompensation nicht Statt finden.

Art. 54.

Wenn auf einem Gute die Art. 51. vorgeschriebene Anzahl von Pachtkühen nicht vorhanden ist, dagegen aber seit wenigstens sechs Jahren Mastung gehalten worden, so wird jede fehlende Pachtkuh durch zwey an deren Stelle gerechnete Mastochsen kompensirt, wenn gleich in der Regel der aus zwey Mastochsen zu ziehende Gewinn den einer Pachtkuh übersteiget.

Art. 55.

Ist der Viehbestand wegen eingetretener Unglücksfälle momentan verringert, oder wenigstens seit den letzten sechs Jahren nicht so groß, als er nach Art. 51. erfordert wird, weil bis dahin nach andern ökonomischen Grundsätzen verfahren worden, so soll der reglementsmäßige Viehbestand nur dann bey der Taxation zum Grunde gelegt werden, wenn

- a) der Gutbesitzer die Unterhaltung jenes Viehbestandes aus dem eigenthümlichen Fonds des Gutes nach ökonomischen Grundsätzen nachweist;
- b) wenn er dafür Sicherheit leistet, daß nach gehobenen Hindernissen die demselben fehlende Zahl von Pachtkühen angeschafft und der Viehbestand reglementsmäßig komplettirt werden wird.

Art. 56.

Der Werth, nach welchem Pachtkühe in Anschlag zu bringen sind, ist nach der Verschiedenheit des Lokals verschieden.

- 1) Auf Gütern, welche von den Städten Mitau, Libau und Riga bis drey Meilen entfernt liegen, rechnet man den jährlichen Ertrag von einer jeden

Pachtkuh, die zur Taxation kommt, 8 Rubel Silber als Zinsen eines Kapitals von 133 Rub. 33 Kop., worauf nach dem Reglement Theil I. Kap. I. Art. 11. kreditirt werden 88 Rub. 88 Kop. Silber.

- 2) Auf Gütern, welche bis zehn Werst von den Kreisstädten entfernt sind, ferner auf Gütern, welche bey einer großen Entfernung von den Kreisstädten zur ersten und zweyten Klasse gehören und hinreichende Weide- und Winterfütterung haben, wird die Pachtkuh zu 6 Rub. Silber gerechnet, als die Zinsen eines Kapitals von 100 Rub. Silb., worauf $66\frac{2}{3}$ Rub. Silb. kreditirt werden.
- 3) Auf Gütern von der dritten Klasse, welche mehr als zehn Werst von den Kreisstädten liegen, wenn diese hinreichende Weide- und Winterfütterung haben, ferner auf Gütern von der ersten und zweyten Klasse, die mehr als zehn Werst von den Kreisstädten entfernt sind, und Mangel an Weide- und Winterfütterung leiden, wird die Pachtkuh zu 5 Rub. Silber gerechnet, als die Zinsen eines Kapitals von 83 Rub. 33 Kop. Silb. und von 55 Rub. 56 Kop. Silb. Kreditwerth.
- 4) Auf Gütern, welche zur dritten Klasse gehören, weiter als zehn Werst von den Kreisstädten liegen und Mangel an Weide- und Winterfütterung leiden, wird die Pachtkuh gerechnet zu 4 Rub. Silb., als die Zinsen eines Kapitals von 66 Rub. 66 Kop. Silb. und 44 Rub. 44 Kop. Silb. Kreditwerth.

Art. 57.

Da, wo Wirth, die früher Gehorch leisteten, ihre Gesinder in Pacht genommen haben, und dem Hofe gar keine Arbeit leisten, wird der halbe Pachtzins, es bestehe derselbe in Geld- oder Naturallieferung, oder in beyden zusammen, als die Zinsen von dem Kapitalwerthe angenommen, und auf dem also konstatirten Kapitalwerthe zwey Drittel kreditirt. In einem solchen Falle muß aber der Menschenbesatz dieser Gesinder ausgemittelt, und von der Totalsumme der Revisionsseelen abgezogen werden.

Art. 58.

Die Taxatoren sind verpflichtet, sich auf das Vollständigste von der Wahrheit solcher Pachtverträge zu überzeugen, so wie davon in Kenntniß zu setzen, daß der Pachtzins von den Pächtern gezahlt werden könne und gezahlt werde.

Art. 59.

Sollte sich bey einem oder dem andern Gute der Fall ereignen, daß entweder die Ausfaat, oder der Viehbestand, oder beyde zusammen geringer sind als Art. 40. seq. und 51. reglementsmäßig angenommen worden ist, so haben die Taxatoren zu untersuchen, entweder ob der wirkliche und wahre Werth der zur Taxe gebrachten Gegenstände den reglementsmäßigen Werth so weit übersteige, oder ob die übrigen nicht zur Taxation gezogenen Nutzungsbranchen so viel Revenüen geben, daß aus denselben die bey der Generaltaxe nicht in Abzug gebrachten Wirthschaftsausgaben und öffentlichen Lasten ganz sicher gedeckt werden können.

Art. 60.

Wo nach dem vorerwähnten Artikel, weder die besondere Tragbarkeit des Bodens und der Zustand der Viehpacht, noch die übrigen nicht in Anschlag gebrachten Einkünfte des Gutes hinreichen, die Wirthschaftsausgaben und öffentlichen Leistungen zu decken, da müssen solche von dem Kapitalwerthe in Abzug gebracht werden, indem nur zwey Drittel von dem, was nach deren Abzug übrig bleibt, kreditirt und mit Pfandbriefen belegt werden kann. Die Taxatoren haben aber genau im Protokolle die Gegenstände, welche den Abzug veranlassen, specificire, so wie ferner anzugeben, warum sie den Abzug für nothwendig erachten.

Art. 61.

Wo die Felder nicht revisorisch vermessen sind, haben die Taxatoren die Ausfaat zuvörderst durch Befragung des Gutsherrn, der Wirthschaftsaufsichter und Wirth, so wie durch Einsicht der Wirthschaftsbücher, auszumitteln.

Art. 62.

Um die Angaben zu vergleichen, werden einzelne Probereeschen gemessen. Treffen diese mit der Angabe ohngefähr zusammen, so daß keine bedeutende Differenz zu besorgen ist, so ist die Ausfaat als ausgemittelt anzusehen.

Art. 63.

Wenn der Betrag der von den Taxatoren als wirklich vorhanden befundenen Ausfaat bey weitem geringer ist, als die von dem Gutsbesitzer angegebene, und wenn der letztere die auf die Probereeschen gegründete Berechnung der Taxatoren nicht als Basis der Abschätzung will gelten lassen, so muß die Ausfaat durch revisirische Vermessung der Felder ausgemittelt werden.

Art. 64.

Wo die Felder eines Gutes zur 3ten oder 2ten Klasse gehören (Art. 44.), aber durch ihren ganz vorzüglichen Kulturzustand einen bedeutend erhöhten Werth, als den im Reglement Art. 45. angenommenen, erlangt haben, da soll es den Taxatoren gestattet seyn, den Kapitalwerth der niedern Klasse bis zu dem der zunächst vorstehenden zu steigern, wenn der Gutsbesitzer diesen erhöhten Kulturzustand und die vermehrte Tragbarkeit des Gutes aus unzweifelhaft richtig geführten, wenigstens sechsjährigen Wirthschaftsbüchern und Aussagen der Zeugen dargethan und nachgewiesen hat, daß der verbesserte Zustand aus den eigenen Mitteln des Gutes hervorgebracht worden, diese Mittel auch demselben für die Zukunft zu Gebote stehen, und das Gut selbst sich nicht in dem Art. 57. und 58. angegebenen Falle befindet, wo dessen erhöhte Tragbarkeit zur Deckung der Wirthschaftsausgaben und öffentlichen Leistungen verwendet werden. Ueber die Beweggründe zu einer derartigen Steigerung des Werthes haben die Taxatoren die Gründe ausführlich in dem Taxationsprotokoll zu verschreiben.

Art. 65.

Die Dreyfelberwirthschaft ist die Basis aller Schätzungen. Wo eine andere als diese Wirthschaftsart Statt findet, haben die Taxatoren selbige auf diese zu reduciren, und danach den Werth des Gutes auszumitteln. Sollten die Abweichungen aber von der Art seyn, daß eine Reduktion unmöglich und die Anwendung der hier angegebenen Grundsätze unausführbar wird, so haben die Taxatoren an das Direktorium gutachtlich zu berichten, die über die bisherige Bewirthschaftung aufgenommenen Verhandlungen einzusenden, und mit der weitem Abschätzung, bis zum Eingang der erbetenen Instruktion, anzustehen.

Art. 66.

Dasselbe gilt auch da, wo die Knechtwirthschaft eingeführt seyn sollte, und wo daher der Grundsatz, die Ausfaat nach Revisionsseelen zu berechnen, nicht Statt finden kann.

Art. 67.

In der Regel ist kein Gutsbesitzer berechtigt, die Einsicht oder Mittheilung der von einem fremden Gute aufgenommenen Generaltaxe zu verlangen. Nur in dem Fall, wenn die Bank auf ein abgeschätztes Gut ein Darlehn bewilliget, welches $\frac{2}{3}$ des letzten Kauffchillinges beträgt, hat ein Societätsmitglied aus der Oberhauptmannschaft, worin das Gut belegen ist, das Recht, bey dem engern Ausschusse, unter Anführung rationeller Gründe, darauf anzutragen, daß derselbe bey der nächsten Revision der Bankdirektion die aufgenommene Taxe seiner Prüfung unterziehe, und nach bewandten Umständen, zur Abwendung eines zu besorgenden Nachtheils, das Nöthige verordne.

Vierter Abschnitt.

Von der Aufnahme der Specialtaxe.

Art. 68.

Da, wo nach dem Artikel 11. und 12. der Gutsbesitzer die Aufnahme einer Specialtaxe verlangt, ist er verpflichtet, nicht nur die Gründe, welche die Aus-

nahme von der Regel rechtfertigen, sondern auch diejenigen Gegenstände anzuzeigen, die einen bleibenden Nutzungsertrag gewähren, und ausser dem Ackerbau und der Viehzucht abgeschätzt werden sollen.

Art. 69.

Zu den Gegenständen dieser Art gehören:

- 1) Krüge und Jahrmärkte.
- 2) Mühlen.
- 3) Geld- und Naturalzinsner und Pächter.
- 4) Waacke und Spinnerey.
- 5) Branntweinsbrand und Mastung.
- 6) Waldbenußung durch Holzverkauf und Theerbrand.
- 7) Ziegelbrand.
- 8) Gyps- und Heuverkauf.

Art. 70.

In so fern bey einer Specialtaxe einige von diesen Gegenständen zur Taxe kommen, werden alle Wirthschafts- und Unterhaltungskosten und alle öffentlichen Abgaben, sie haben Namen wie sie wollen, von dem taxmäßigen Gutswerth abgezogen.

Art. 71.

Daß auch bey der Aufnahme solcher Taxen die im ersten Abschnitt Art. 22. seq. verordnete Untersuchung vorausgehen, und dabey mit der größten Aufmerksamkeit verfahren werden muß, versteht sich von selbst.

Art. 72.

Bey Würdigung der Güte des Bodens findet die Klassifikation des dritten Abschnitts Art. 44. und 46. statt.

Art. 73.

Boden erster Klasse wird mit 8 Korn über die Saat gerechnet;

Boden zweyter Klasse mit 5 Korn, und

Boden dritter Klasse mit 3 Korn Ertrag über die Saat.

Das Maximum des Ertrages bey Leinsaat ist 4 Korn über die Saat und 10 Riespfund Flachß auf jeder Loffstelle. Das Minimum kann hier nicht angegeben werden, indem solches von den Taxatoren nach der Beschaffenheit und Kultur des Bodens ausgemittelt werden muß.

Art. 74.

Wo Güter sich durch eine ganz besondere Kultur auszeichnen, da kann auch, nach Art. 64., ein Gut mit Boden aus der dritten Klasse zur zweyten, und mit Boden aus der zweyten Klasse zur ersten erhoben werden, mit Beobachtung alles dessen, was in jenem Artikel vorgeschrieben worden.

Art. 75.

Das Maximum der Ausfaat wird bestimmt nach dem Gehorch und nach der Zahl der Wirthen, und dabey angenommen, inclusive der Arbeiter:

- 1) Für einen jeden Ganzhäker eine Ausfaat von 12 Lof in jedem Felde.
- 2) Für den Halbhäker 8 Lof.
- 3) Für den Viertelhäker 4 Lof.

Art. 76.

Nach Art. 47. und seq. wird die Ausfaat in Leichen und Beyfeldern nur dann Gegenstand der Taxation, wenn die Ausfaat in den Brustfeldern geringer ist, als in dem Art. 75. angegeben worden, und diese Ausfaat zur Komplettirung der in den Brustfeldern mangelnden Ausfaat dienen soll. Wo die volle Ausfaat in den Brustfeldern statt hat, da kommen weder Säteteiche noch Beyfelder zur Taxation.

Art. 77.

Die Art. 75. bestimmte Ausfaat wird nur dann angenommen, wenn sie wirklich vorhanden ist, seit wenigstens 6 Jahren bestanden hat, und wenn die, mit der in den Freiheitszustand übergegangenen Bauerschaft abgeschlossenen Kontrakte, sie für die Zukunft sichern.

Art. 78.

Unter einen Ganzhäker versteht man einen Wirth, der, ihn mit einbegriffen, 6 arbeitsfähige Menschen männlichen Geschlechts, 6 Arbeitspferde, eben so viel Milchkühe, 15 Koffellen Ackerland in jedem Felde ohne das Knechtsland, und 30 Fuder Heu, zu $1\frac{1}{2}$ Schiffpfund das Fuder gerechnet, besitzt, und jede Woche einen Arbeiter zu Pferde und eine Magd im Hofe stellt.

Ein Halbhäker ist ein Wirth, der, inclusive seiner Person, 4 arbeitsfähige Menschen, 3 Pferde, 3 Milchkühe, 10 Koffellen Ackerland in jedem Felde ohne das Knechtsland, und 20 Fuder Heu besitzt, eine Woche einen Arbeiter zu Pferde, die andere, eine Magd im Hofe stellt.

Ein Viertelhäker ist ein Wirth, der, ihn mitgerechnet, 3 arbeitsfähige Menschen, 2 Pferde, 2 Kühe besitzt, in jedem Felde 6 Lof ohne das Ackerland der Knechte ausfaat und 10 Fuder Heu hat, alle 14 Tage einen Arbeiter und alle 14 Tage eine Magd auf eine Woche im Hofe stellt.

Art. 79.

Da der Gehorch der Wirths lediglich von der Dotation ihrer Gesinder abhängt und von dem damit verbundenen Menschenbesatz, so müssen sich die Taxationskommissarien davon vergewissern und überzeugen, ob das in dem vorhergehenden Artikel erforderte Acker- und Wiesenland wirklich vorhanden ist, ob in der Regel die Bauerschaft ohne besondere Unterstützung des Hofes besteht, oder ob sie jährlich bedeutende Vorschüsse an Brod, Vieh und Pferden bedarf, in welchem Falle aus den geführten Büchern im sechsjährigen Durchschnitt der Betrag dieser

Vorschüsse ausgemittelt und von den Reventuen in Abzug gebracht werden muß.

Art. 80.

Da es in manchen Gegenden Kurlands, zuweilen in den fruchtbarsten Theilen desselben, nur wenig Wiesenland giebt, so kann der in Art. 75. bey den Gefindern erforderliche Heubedarf kompensirt werden, wenn an Stelle der Heuschläge die Wirthe eine größere als dort bestimmte Ausfaat haben, in welchen Fällen alsdann

- I Loffstelle Ackerland No. 1. in jedem Felde mehr, an Stelle von 4 Fuder Heu,
- I Loffstelle No. 2. für $2\frac{1}{2}$ Fuder Heu, und
- I Loffstelle No. 3. für $1\frac{1}{2}$ Fuder gerechnet wird.

Art. 81.

Sollte auf einem oder dem andern Gute rücksichtlich der Stellung der Arbeiter eine Abweichung von der Regel Statt finden, so hat die Kommission zu untersuchen, ob die durch die wöchentlichen Arbeiter zu leistende Arbeit auf andere Art, jedoch aus den eigenen Kräften der Bauerschaft, bewerkstelligt, oder ob selbige durch eine andere eben so viel Ertrag gewährende Leistung kompensirt werde.

Art. 82.

Es hat daher die Kommission, da ihr nur das Maximum des Gehorches einer jeden Klasse von Wirthen vorgeschrieben werden kann, aus der von ihr angestellten Untersuchung und dem ausgemittelten Gehorch, nach den hier angegebenen Grundsätzen, alle die Zwischenklassen, welche sie vorfindet, zu bestimmen, auch bey Wirthen, welche einen geringern Gehorch leisten, oder schlechter dotirt sind, als in Art. 75. und 78. vorgeschrieben worden, diesen eine noch niedrigere Klasse, als im Reglement angenommen wird, anzuweisen.

Art. 83.

Wie die Ausfaat auszumitteln sey, ist Art. 61. — 63. vorgeschrieben.

Art. 84.

Rücksichtlich der Viehpacht gelten die in Art. 51. — 54. ertheilten Vorschriften.

Art. 85.

Bei Krügen und Mühlen, die auf Arrende vergeben sind, werden von der Arrendesumme 30 Procent abgezogen. Der Rest ist die zu 6 Procent gerechnete Rente des Kapitalwerthes. Es ist jedoch erforderlich, daß dergleichen Arrendekontrakte seit wenigstens 6 Jahren Statt gehabt haben, und daß gegen ihre Wahrheit und Aechtheit keine Zweifel vorwalten.

Art. 86.

Bei Krügen auf Hofeswaare, Mühlen auf Mehl und Jahrmärkten, muß der Guttsbesitzer aus richtig geführten, über allen Zweifel erhabenen Wirthschaftsbüchern, den sechsjährigen Ertrag derselben nachweisen, auch alle die Auskünfte und Beweise der Kommission geben, die diese von ihm fordert und deren Herbeschaffung ihm möglich ist. Von dem durch eine sechsjährige Fraktion ausgemittelten Durchschnittspreis wird ein Drittel als der reine Gewinn angenommen, und der Zins, zu 6 Procent gerechnet, bestimmt den taxmäßigen Kapitalwerth der abzuschätzenden Gegenstände. Bei Mühlen muß überdem ihr baulicher Zustand in Erwägung gezogen werden, und bedürfen sie bedeutender und kostspieliger Reparaturen oder Bauten, so wird der Betrag für diese von dem Kapitalwerthe abgezogen, worauf nur dann dargeliehen werden kann, wenn die erforderlichen Bauten und Reparaturen vollzogen sind.

Art. 87.

Bei verpachteten oder auf Zins ausgegebenen Gefindern hat die Kommission den Werth derselben nach der Ausfaat, nach der Güte des Bodens und nach dem Viehbestande auszumitteln, die darüber aufgestellten Grundsätze der speciellen Taxation in Anwendung zu bringen, und von dem Ganzen das Konsumtionsform

und den Knechtslohn abzuschlagen. Findet sie die angegebene und gehörig nachgewiesene Pachtsumme dem zu 6 Procent gerechneten Zinswerthe des von ihr herausgefundenen Kapitalwerthes gleich, oder ist dieser niedriger, so nimmt sie die Pachtsumme als Basis bey ihrer Abschätzung an; ist solche größer, so bestimmt nur der von ihr ausgefundene Werth die Größe der Abschätzung.

Art. 88.

Die Wacke wird nach den untengesetzten Preisen berechnet, davon werden 20 Procent abgezogen, und der Rest giebt die Zinsen à 6 Procent des anzunehmenden Kapitalwerthes. Der Ertrag der Spinnererey kommt nur in so fern in Anrechnung, als der Gutsebesitzer aus sechsjährigen Wirthschaftsbüchern einen alljährlichen Verkauf von Garn oder Leinwand, die aus der Spinnererey gewonnen worden, nachweisen kann. In dem Falle, wenn die Spinnererey zu den Gutseleistungen gehört, und nicht für Geld oder Lohn bewerkstelligt wird, müssen wie bey der der Wacke 20 Procent vom Ertrage abgezogen werden.

Art. 89.

Bey Branntweinbrennereyen, die seit wenigstens sechs Jahren existiren, muß der Gutsebesitzer nachweisen, daß er die Feuerung mit dem aus seinen eigenen Wäldern gewonnenem Holze bestritten habe, so wie ferner aus den Wirthschaftsbüchern das Quantum des jährlich verbrannten Getreides, welches, wenn es nicht drey Viertel des reinen Kornetrages, nach Abzug der Saat, der Konsumtion und der Deputatsstücke übersteigt, bey der Abschätzung pro basi angenommen wird. Der reine Gewinn aus dem Branntweinsbrande wird inclusive der Mästung mit 20 Kop. Silb. von jedem verbrannten und bey der Taxation angenommenen Kop Getreide angeschlagen. Wo mit erkauftem Holze Branntwein gebrannt wird, müssen die dafür verwandten Ausgaben in Abzug gebracht werden.

Art. 90.

Bey Kalk= Ziegel= und Theerbrand, bey dem Bau= und Brennholzverkauf, hat die Kommission sich von der Nachhaltigkeit des Materials und der Gewißheit

des Absatzes Ueberzeugung zu verschaffen. Von dem reinen Ertrage nach den niedrigsten Preisen sind 50 Procent abzuschlagen und als die Zinsen des Kapitals anzunehmen. Ob eine Vermessung der Wälder nothwendig sey, hat die Kommission zu bestimmen, und die Gründe, die dafür sprechen, zu verschreiben.

Art. 91.

Beym Gypsverkauf ist die Nachhaltigkeit des Materials und die Gewißheit des Absatzes genau auszumitteln. Aus einem wenigstens sechsjährigen Ertrage muß die Kommission den reinen Durchschnittswerth dieser Revenüen feststellen, von demselben 30 Procent abziehen und den Bestand als Zinsen zu 6 Procent des Kapitalwerthes annehmen.

Art. 92.

Der Verkauf von Heu kann nur dann statuiert werden, wenn auf jede Kofstelle Ackerland nach Art. 80. mehr als drey Schiffpfund Heu gewonnen werden, wo alsdann das mehr gewonnene Heu als baare Geldrevenüe angesehen wird, wenn der Gutsbesitzer nachweist, daß in einem Zeitraum von neun Jahren wenigstens sechs Jahre lang Heu verkauft worden ist.

Art. 93.

Die Preise der Getreidearten sind:

Der Lof Winterweizen 180 Kop. Silb.

=	=	Roggen	.	120	=	=
=	=	Gerste	.	90	=	=
=	=	Hafer	.	50	=	=
=	=	Erbsen	.	100	=	=
=	=	Leinsaat	.	200	=	=

Ferner:

I Schiffpfund geschwungner Flachß 40 Rub. Silb.

I = Heu I = =

Art. 94.

Von dem solchergestalt ausgefundenen Ertrage der Gutsrenten werden nunmehr in Abzug gebracht:

- 1) alle Wirthschaftsausgaben, als Deputat und Lohn der Wirthschaftsbediente und der etwa zu haltenden Knechte;
- 2) die Kosten des Oekonomiearztes und der Apotheke, wenn solche bisher von dem Gutsbesitzer bestritten worden;
- 3) diejenigen Kron- und Kirchenabgaben, die der Herr zu tragen hat, ferner die Landeswilligungen;
- 4) die Kronabgaben, wenn selbige das Gut bisher für die Bauerschaft gezahlt, oder deren Zahlung kontraktmäßig zu tragen übernommen hat;
- 5) der Bauernvorschuß, wo sich selbiger nach Art. 79. aus den Lokalverhältnissen ergibt.

Art. 95.

Der Art. 41. angeordnete Abzug für die Güter der Selburgschen Oberhauptmannschaft findet auch bey der speciellen Taxation statt, so daß von dem durch die Specialtaxe ausgefundenen Kapitalwerthe, ausser den Art. 94. angegebenen Ausgaben, annoch 20 Procent in Abzug kommen, und nur auf den in der Art. 41. gemittelten Kapitalwerth zwey Drittel desselben creditirt und mit Pfandbriefen belegt werden können.

Art. 96.

Bei der Aufnahme der speciellen Taxe hat die Kommission zugleich den Werth des Gutes nach den Grundsätzen der generellen Taxation anzugeben, um zu beurtheilen, um wieviel das darauf nach speciellen Taxationsgrundsätzen zu bewilligende Darlehn größer ist, als dasjenige, was nach generellen Principien nur gegeben werden könnte. Um soviel nun jenes Darlehn größer ist, als dieses letztere, zahlt der Gutsbesitzer ein Procent jährlich schuldtilgend so lange ab, bis

das Mehrbargeliehene getilgt ist, und seine Schuld dem nach generellen Tar-
grundsätzen anzunehmenden Darlehn gleich kommt.

Art. 97.

Wegen Prüfung und Feststellung der aufgenommenen Specialtare durch das
Direktionskollegium, wird auf die allgemeinen Grundsätze des Reglements Bezug
genommen.

Art. 98.

Die nämliche Einschränkung, unter welcher es nach dem Art. 67. des dritten
Abschnitts bey einer Generaltare einem Societätsgliede gestattet ist, seine Ein-
wendungen gegen die Abschätzung durch den engern Ausschuß zur Kenntniß des
Kollegii zu bringen, gilt auch bey der Specialtare.

Entwurf

über die Organisirung des ritterschaftlichen Kreditvereins.

Artikel 1.

Die Bestätigung des ritterschaftlichen Kreditvereins, als eines öffentlichen Instituts (Art. 1. und 25.), dessen Errichtung vom ganzen Lande beschlossen worden (Landtagschluß von 1820 S. 7.), wird im Namen Einer Wohlgebornen Ritter- und Landschaft nachgesucht.

Art. 2.

Diese im Namen der Ritterschaft geschehene Nachsuchung verbindet aber keineswegs die Glieder der Ritterschaft als solche zur Garantie für die Societät, indem diese Garantie nur von denjenigen geleistet wird, die nach den Vorschriften des Reglements als wirkliche Glieder im Verein aufgenommen sind und denselben bilden.

Art. 3.

Wer als Mitglied des Vereins angesehen wird, und als solches an der Garantie Theil zu nehmen hat, ist im Kap. I. des Reglements enthalten.

Art. 4.

Alle diejenigen, welche die Errichtung des Kreditvereins wünschen, es mögen dieselben nach Errichtung desselben gleich, oder später, oder gar nicht in denselben eintreten wollen, haben ihre Namen in das deshalb in jedem Kirchspiele cirkulirende Verzeichniß, von welchem das Schema hier beygefügt ist, einzutragen.

Art. 5.

Diese Eintragung ist nothwendig, um ungefähr die Größe und den Werth der Hypothek kennen zu lernen, auf welches Allerhöchsten Ortes ein Darlehn als erster Fonds zu geringerem Zinsfuße nachgesucht werden soll.

Art. 6.

Die als Mittel zum gemeinschaftlichen Zweck erforderlichen Kosten, welche die nachgesuchte Bestätigung des Reglements und die Bitte um ein Darlehn zu geringeren Zinsen verursachen, trägt das Land vorschußweise.

Art. 7.

Nach erfolgter Bestätigung des Reglements haben alle diejenigen, welche nach Art. 4. sich subscribirt haben, von der männlichen Revisionsseele, nach der Aufnahme von 1815, ein für allemal 20 Kop. Silb. zu entrichten.

Art. 8.

Dieser Beytrag von 20 Kop. Silb. per Revisionsseele ist dazu bestimmt:

- 1) um die bey der ersten Errichtung nothwendigen Ausgaben zu decken, als z. B. die Besoldung der Beamten, Miethe des Lokales, Anschaffung des Schreibmaterials, Siegel, Stempel u. s. w.;
- 2) um die Vorschüsse aus der Ritterschaftskasse, in so fern solche von denjenigen getragen werden, die nicht in den Verzeichnissen sich eingeschrieben haben, wieder zu bezahlen.

Art. 9.

Sollten diese Beyträge zur Wiedererstattung der Vorschüsse nicht ausreichen, so sind letztere späterhin aus den ersparten eigenthümlichen Mitteln der Bank zu liquidiren.

Art. 10.

Ob und wann jene Beyträge dereinst den Kontribuenten refundirt werden sollen, hängt von der Bestimmung der Interessenten ab, sobald der eigenthümliche Fonds so angewachsen ist, daß jene Beyträge aus den Zinsen des Kapitals bezahlt werden können.

Art. 11.

Alle diejenigen, welche nach Art. 7. zu den Kosten der ersten Stiftung beygetragen haben, genießen den Vorzug, daß sie

- a) bey dem Eintritt in den Kreditverein nur die im Reglement Art. 359. No. 1. — 3. zu entrichtenden Unterhaltungskosten zu tragen haben, es mögen dieselben oder ihre Nachfolger in den Besitz ihrer Güter gleich nach Errichtung des Vereins oder später in denselben eintreten wollen;
- b) daß, wenn mehrere Gutsbesitzer zu gleicher Zeit zum Eintritte sich melden, ihnen vor den nicht subscribirten Gütern der Vorzug gebühret;
- c) daß nur aus ihnen das zur Administration des Bankvereines nothwendige Personale gewählt werden kann.

Art. 12.

Alle diejenigen Gutsbesitzer, die sich nach Art. 4. nicht subskribirt haben, wenn selbige oder ihre Nachfolger in dem Besitze ihrer Güter dem Kreditverein beitreten wollen, haben 50 Kop. Silb. von der männlichen Revisionsseele, nach der Aufnahme vom Jahre 1815, zu entrichten. Dieser Beytrag wird zum eigenthümlichen Fonds der Bank geschlagen und kann nie refundirt werden.

Art. 13.

Beträgt die Zahl der Subskribenten wenigstens die Hälfte der sämtlichen adeligen Gutsbesitzer Kurlands, so geschieht die Wahl der zu den verschiedenen Aemtern nothwendigen Individuen nur durch diese Interessenten; sollte die Anzahl der Subskribenten geringer seyn, so werden das Erstmal die Aemter durch Wahl des ganzen Landes besetzt.

Art. 14.

Die Kandidaten zu den verschiedenen Stellen können aber nur aus den in den Verzeichnissen inskribirten Personen vorgeschlagen und aus ihnen die Aemter besetzt werden.

Art. 15.

Wer sich das Ballottement nicht verbeten hat, und durch Stimmenmehrheit gewählt worden ist, wird eo ipso Mitglied des Kreditvereins. Ob derselbe, nach den Vorschriften des Reglements, Mitglied des Vereins auch künftig bleiben und ferner seiner Funktion vorstehen könne, muß noch vor dem Eintritt des nächsten Generalkonvents ausgemittelt werden.

Art. 16.

Die erste Wahl, so wie die erste Zusammenberufung des Konvents und der nöthigen Vorbereitung, wird durch Ausschreibungen von Seiten der Ritterschaftskommittee veranstaltet.

Unterzeichnet von den Gliedern der Kommission.

Schema zu den Subskriptionslisten.

Oberhauptmannschaft N. N., Kirchspiel N. N.

Name des Gutbesizers.	Name seines Gutes.	Zahl der gehorenden Wirthse.	Männliche Seelenzahl nach der Revision von 1815.	Ausfaat im Winterfeld.	Ob derselbe ein Darlehn verlange.	Ob derselbe ge- genwärtig kein Darlehn begehre.	Anmerkung.
A. A.	G. B.	Zehn Ganzhäker.	Hundert und funfzig.	Hundert und vierzig Lof.	Ja.		Alle diejenigen Eingeseffenen des oben rubri- cirten Kirch- spiels, welche sich für ihre Güter nicht in diesem Ver- zeichnisse ein- geschrieben ha- ben, werden nach Artikel 12. des Organisa- tionsreglements beurtheilt; es haben solche Güter, falls sie im Kreditver- ein später auf- genommen werden sollen, 50 Kov. Silber von der Revi- sionssele zu entrichten.
C. D.	E. F.	Vierzig Halbhäker, fünf Wiertler.	Drey- hundert und funfzig.	Drey- hundert und achtzig Lof.		Nein.	